Klassenkampf

10 JAHRE

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Klassenkampf erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Mitteldeutscher Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leipzigerstraße 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 36171 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leipzigerstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Sonnabend, 24. Januar 1931 | 11. Jahrgang Nr. 20

Zweiter politischer Massenstreik in Danzig

Die Werftbetriebe einbezogen — Massendemonstrationen trotz Verbots

Faschistischer Senat zur Zurücknahme der Krankenmordvorlage gezwungen

Danzig, 23. Januar. (Eig. Drahtm.)

Gestern wurde kurz über schwere Zusammenstöße im Danziger Parlament berichtet, die mit der gewaltsamen Entfernung kommunistischer Abgeordneter durch ein riesiges Polizeiaufgebot endeten. Am gleichen Tage ist zweitenmal in kurzer Zeit die Danziger Arbeiterschaft in den politischen Massenstreik gegen Durchführung des Ermächtigungsgesetzes getreten.

Auch diesmal dauerte der von der KPD und RGO geführte Streik volle 24 Stunden. Entgegen den Meldungen der bürgerlichen Presse beteiligte sich nicht nur die große Mehrheit der Hafenarbeiter an diesem Kampf, sondern auch bedeutende Teile der Werftarbeiterschaft. Infolgedessen war die Arbeitsruhe im Hafen nahezu vollständig. Der politische Massenstreik wurde von wuchtigen Demonstrationen begleitet, die vom frühen Morgen an durch die Stadt zogen. Am Mittag zogen zwei riesige Demonstrationszüge durch die Straßen, die am Nachmittag durch starke Züge aus den Vororten nach dem Zentrum der Stadt verstärkt wurden. Die Straßen wurden trotz des Demonstrationsverbotes völlig von den Demonstranten beherrscht, gleichzeitig fanden auch in Zoppot und auf dem Lande Massendemonstrationen statt.

Bezeichnend für die politische Bedeutung des Kampfes ist die Tatsache, daß die Nationalsozialisten neben der in bisher noch nie dagewesenem Maße aufgebotenen Polizei als bewaffnete Hilfspolizei gegen die Arbeiter vorging.

Der wuchtige Massenstreik hatte den Erfolg, daß der Senat gezwungen wurde, die Krankenmordverordnung, die nach Brüninglichem Muster durchgeführt werden sollte, zurückzuziehen.

Auch die Sozialdemokraten stimmten unter dem Druck der Massenempörung entgegen ihrer früheren Haltung gegen Gehaltsabbau bei den unteren Beamten.

Damit fiel das Gehaltskürzungsgesetz, für das eine verfassungsändernde Mehrheit notwendig war. Darauf brachte der Senat eine Ergänzung zum Ermächtigungsgesetz ein, daß solche Beamtengehälter mit einer Steuer belegt werden sollten. Sofort wurde das Ermächtigungsgesetz, verbunden mit einer Reihe von Hungerverordnungen, (Sozialabbau, Mieterhöhung, Steuer usw.) unter stürmischem Protest der Kommunisten mit einer Mehrheit angenommen. Die Sitzung mußte mehrmals unterbrochen werden.

Obwohl der kommunistischen Fraktion das Wort verweigert wurde, sprachen die Vertreter der Hafenarbeiter.

Unter stürmischem Beifall der vollbesetzten Tribüne brandmarkten die Genossen Serozki und Klenkowski die Hungerpolitik des Senats. Durch Kriminalpolizei, die der sozialdemokratische Volkstagspräsident herbeirief, wurden die kommunistischen Abgeordneten aus dem Parlament hinausgeworfen.

*

Die zweite machtvolle Durchführung des politischen Massenstreiks in Danzig ist ein Fanal für die Arbeiterschaft ganz Deutschlands. Die Bedeutung dieses zweiten politischen Massenstreiks geht noch über den ersten hinaus. Auch die Werftarbeiter sind diesmal einbezogen worden. Die Tatsache, daß der Senat seine reaktionäre Krankennotverordnung zurückziehen mußte und daß die SPD ihren beabsichtigten Verrat an den unteren Beamten nicht offen durchzuführen wagte, zeigt die praktische Bedeutung dieser Streikbewegung.

Der politische Massenstreik als Waffe gegen die faschistische Diktatur gewinnt mit der weiteren Zuspitzung des Klassenkampfes immer größere Bedeutung.

Lernt aus den Lehren von Danzig!

20 Millionen Arbeitskulis in der ganzen Welt ohne Arbeit und Brot

Genf, 24. Januar. (Eig. Drahtm.)

Das Internationale Arbeitsamt gibt bekannt, daß nach seiner Schätzung die Zahl der Arbeitslosen in der ganzen Welt heute ungefähr 20 Millionen beträgt. Davon leben angeblich auf Europa ungefähr 11 Millionen Arbeitslose, und 9 Millionen auf außereuropäische Länder. Selbstverständlich ist diese Zahl viel zu niedrig gegriffen.

4765000 Arbeitslose in Deutschland

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtm.)

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gibt bekannt, daß am 15. Januar insgesamt ungefähr 4 765 000 Arbeitslose in Deutschland amtlich gemeldet sind. Davon erhalten nur 2 396 000 Arbeitslosenunterstützung und 900 000 Krisenunterstützung. Weit über 1,5 Million müssen mit wenigen Wohlfahrtspfennigen begnügen oder erhalten überhaupt nichts. Die Erhöhung der Arbeitslosen gegenüber dem 31. Dezember 1930 betrug rund 900 000 Arbeitslose.

20000 Berliner Arbeitslose rüsten zum 25. Februar

Am 20. Januar tagten in Berlin die Vertreter von 50 Stempelstellen, die zur Vorbereitung des Internationalen Erwerbslosentages am 25. Februar Stellung nahmen. In der Diskussion sprachen zwölf Redner, die die ungeheure Not unter den 600 000 Berliner Erwerbslosen schilderten und gleichzeitig berichteten von dem starken Kampfwillen der Erwerbslosen. Auch Vertreter aus der Provinz Brandenburg berichteten von ihren Erfahrungen. Der Vorsitzende des Erwerbslosenausschusses Jossen, der bis vor wenigen Tagen noch der SPD angehörte, aber jetzt mit den SPD-Führern gebrochen hat, sprach, daß die SPD-Führerschaft gegen die Interessen der Arbeitslosen ist. Die Konferenz nahm eine Resolution an, in der die Forderungen der Arbeitslosen niedergelegt sind und in der die erwerbslosen Massen aufgefordert werden, zum 25. Februar zu rüsten.

6 Prozent Lohnabbau für Angestellte im Ruhrbergbau

Essen, 24. Januar. (Eig. Drahtm.)

Für die technischen und kaufmännischen Angestellten im Ruhrbergbau wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen Gehaltsabbau von 6 Prozent vorsieht.

Kleingewerbetreibende rebellieren gegen die Ausplünderung

In Osterode haben die kleinen Geschäftsleute eine Protestaktion gegen die Erhöhung der Elektrizitätstarife beschlossen, die von den großkapitalistischen Welf-Harzer-Kraftwerken vorgenommen wurde. Die kleinen Geschäftsleute wollen die Beleuchtung der Schaufenster auf die Dauer von 14 Tage einstellen.

Gehaltsraub an städtischen Beamten abgelehnt

Mansfeld, 23. Januar. (Eig. Bericht.) Die Stadtverordnetenversammlung in Mansfeld hat den Antrag des Magistrats auf Herabsetzung der Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten als der gesetzlichen Grundlage entbehrend abgelehnt.

Brüning muß flüchten!

Erwerbslose Arbeiter in Chemnitz „begrüßen" Brüning

Chemnitz, 23. Jan. (Eig. Bericht.)

Der Sächsische Industriellen-Verband hält hier seine Tagung ab, auf welcher weitere Maßnahmen zur Durchführung des Lohnraubs, der Raub der Erwerbslosenunterstützung und die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter beschlossen werden sollen. Brüning, der Kanzler der Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur, zur verstärkten Massenausplünderung kam zu diesem Zwecke nach Chemnitz, Um die Befehle der Unternehmer entgegenzunehmen.

Bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof wurde er von den hungrigen Erwerbslosen mit Niederufen empfangen, so daß er sich, umgeben von einem dichten Polizeikordon, schleunigst in sein Auto flüchtete und davonfuhr.

Kampf um Leuna

Halle, den 24. Januar.

Die bevorstehenden Betriebsrätewahlen sind für uns ein Akt der Kampfmobilisierung, ein Akt der Organisierung der Einheitsfront in den Betrieben für den Streik. Unter allen Industriegruppen unseres Bezirkes ragt eine hervor, die wegen ihrer kriegsentscheidenden Bedeutung, wegen der Größe ihrer Betriebe, wegen der führenden Stellung des herrschenden Trusts im politischen und wirtschaftlichen Leben ganz Deutschlands die wichtigste ist: die chemische Industrie, deren Hauptmasse sich aus den Betrieben der IG-Farben zusammensetzt. Und unter den Betrieben der chemischen Industrie ist wiederum einer, auf den nicht nur das Gesamtproletariat unseres Bezirks, sondern das ganze deutsche, ja das ganze internationale Proletariat sieht: Leuna, der größte aller chemischen Betriebe, der wichtigste Betrieb im kommenden Kriege.

Die Abstimmung der Leunabelegschaft für oder gegen das Rote Kampfprogramm und die Rote Liste ist eine entscheidende Abstimmung an einem Punkte, der für das Schicksal der deutschen Revolution entscheidend ist.

Man kann sich schwerlich einen politischen Akt vorstellen, der von größerer Bedeutung ist, als die Abstimmung der Leunaproleten — und so, als eine politische Entscheidung allerersten Ranges, muß sie von uns betrachtet und vorbereitet werden. Schon heute gilt es, alle Parteiorganisationen des ganzen Einzugsgebiets von Leuna, insbesondere der Strecke Halle—Naumburg, auf die Organisierung roter Leunawahlen als ihre entscheidende Aufgabe einzustellen. In der inneren Einstellung auf diese Wahlen muß sich zu wesentlichen Stücken auch die Ueberwindung des skandalösen Zustandes unserer Parteiarbeit im Leunawerk, der Aufbau einer wirklich aktionsfähigen Leunazelle vollziehen.

Es ist nicht nur Sache der Kommunisten — es ist Sache aller klassenbewußten Arbeiter, den Zustand unmöglich zu machen, wo Parteimitglieder, die im Leunawerke beschäftigt sind, sich in Ortsgruppen, in Kommunalfraktionen, in allen möglichen Massenorganisationen betätigen und darüber ihre Arbeit an der viel wichtigeren Stelle, im Betriebe, vernachlässigen. Solche Mitglieder der Partei, die sich der wichtigsten und verantwortlichsten, aber auch gefährlichsten Arbeit entziehen, und sich dafür an unwichtigeren und mindergefahrvollen Punkten betätigen, müssen mit der Verachtung aller revolutionären Arbeiter bestraft und aus jeder Funktion in der Arbeiterbewegung verdrängt werden.

Es gibt keine Kommunisten, die irgendwo bessere und wertvollere revolutionäre Arbeit leisten könnten als im Leunawerk.

Die Einstellung unserer ganzen Partei auf den entscheidenden Punkt, die Erfassung aller im Betriebe tätigen Parteimitglieder und die Organisierung neuer revolutionärer Arbeiterelemente in der Leunazelle bildet die erste Voraussetzung für die wirkliche Mobilisierung der Leunaarbeiter. Diese Mobilisierung wird um so erfolgreicher sein, je mehr und je besser die revolutionäre Arbeit sich nach den einzelnen Betriebsgruppen, Abteilungen und Schichten des Leunawerkes gegliedert, je besser es uns gelingt, immer tiefer in die Massen des Leunaproletariats einzudringen, immer konkreter vor den Arbeitern jedes Betriebsteiles die Fragen zu stellen, die sie bewegen.

Die Grundfragen, die im Betriebsrätewahlkampf im Leunawerk stehen, sind schon heute klar. Im verstoßenen Jahr hat sich in immer neuen und brutaleren Formen der versteckte Lohnraub an den Leunaproleten vollzogen. Arbeitsverkürzung ohne Lohnausgleich, von den Reformisten in heuchlerischer Weise als Schutzmittel gegen Arbeitslosigkeit gutgeheißen, war das Hauptmittel dieses Lohnraubes. In Wirklichkeit stehen die Dinge natürlich so, daß in der verkürzten Arbeitszeit für verkürzten Lohn dieselbe, ja eine größere Arbeit geleistet werden muß, wie zuvor. Im Silo, Bau 140, müssen beispielsweise jetzt von einer Vier-Mann-Kolonne in acht Arbeitsstunden rund 2700 Zweizentnersäcke verladen werden, während noch vor zwei Jahren für den gleichen Lohn 600 Säcke in acht Stunden verladen wurden. Und so ist es überall.

Lohnraub und die grenzenlose Hetzarbeit infolge der kapitalistischen Rationalisierung sind die betrieblichen Hauptfragen, mit denen sich die Leunaproleten im kommenden Wahlkampf beschäftigen müssen — im vollen Bewußtsein dessen, daß diese Maßnahmen der Ausbeuteroffensive Maßnahmen zur Vorbe-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0001

reitung des imperialistischen Krieges sind.

Gegen die Außenoffensive gilt es, den Gegenstoß der Arbeiter zu organisieren. Vor wenigen Wochen, bei der Einführung der 40-Stundenwoche, ist den Leunaproleten bereits der Geduldsfaden gerissen. Ihre Empörung eroberte die Versammlungen, die von der verräterischen Bürokratie zur Kampfabwürgung einberufen worden waren. Gegen die Empörung der Leunaproleten, gegen ihren Streikwillen ergriff der bürgerliche Staat die schärfsten Gegenmaßnahmen. Karabiner und Panzerwagen hielten im Gebiet des Leunawerkes ihren Einzug, um die revolutionäre Demonstration und den Streik durch Terror zu verhindern. Noch fehlte das organisatorische Rückgrat, der revolutionäre Vertrauensmännerkörper, die starke RGO-Gruppe, die der Belegschaft den nötigen Rückhalt zur Durchbrechung des Terrors, zur Eröffnung des Streiks gegeben hätten. Dieses Rückgrat gilt es, nun im Wahlkampf zu schaffen.

Diesen Wahlkampf führen wir im Zeichen der Organisierung des Streiks der Leunaproleten, der ein Streik von einschneidender politischer Bedeutung sein wird.

Schon zeichnet sich auch der Anlaß des Streiks deutlich genug ab. Nach unseren unwidersprochenen Enthüllungen hielt am 21. Januar der Aufsichtsrat der IG-Farben eine Sitzung zwecks Vorbereitung des offenen Lohnraubs im Umfange von 15 Prozent ab. Die Beschlüsse dieser Sitzung müssen bald ans Tageslicht kommen.

Die IG-Farben, die in Deutschland die größten Profite macht, hält als führende Gruppe des deutschen Finanzkapitals den Augenblick zum offenen Lohnraub für gekommen — und diesem Angriff der Ausbeuter gilt es durch den Angriffsstreik der Leunaproleten und aller Chemiearbeiter um ihre Forderungen zu begegnen.

Der Vorbereitung dieses Kampfes dient die Stellungnahme der Leunaproleten zur Tätigkeit des bisherigen Betriebsrats und seiner reformistischen Führung, die den Wahlkampf einleiten wird, ihr dient die offene bolschewistische Selbstkritik, in der die revolutionäre Betriebsratsminderheit die Schwächen ihrer eigenen Arbeit aufrollen und gemeinsam mit ihren Wählern die Möglichkeiten ihrer künftigen Verbesserung überprüfen wird. Die Vorbereitung des Streiks dient die Massenmobilisierung der Leunaproleten zur Aufstellung eines Kampfprogrammes, das die Forderungen der Belegschaft zusammenfaßt, dient die gemeinsame Arbeit zur Schaffung eines roten Wahlausschusses und zur Aufstellung einer roten Liste, die alle kampfbereiten Kräfte aus allen Werksteilen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit vereinigt. Wir sind uns bewußt, daß wir zur wirklichen Organisierung dieser Einheitsfront eine schwere Arbeit zu bestehen haben — aber wir müssen sie erfüllen, weil Leuna ein Brennpunkt der kommenden Kämpfe ist. Alle Kräfte, nicht nur der Kommunisten und RGO-Anhänger, sondern aller klassenbewußten Arbeiter müssen zusammengerissen werden, um diese Aufgabe zu lösen, um

Leuna zu unserer roten Hochburg gegen den Faschismus zu machen.

Das Dorpmüller-System am Prang

Berlin, 23. Januar. (Eig. Bericht.)

Am Freitag stand im Haushaltausschuß des Reichstags die Beratung des Etats des Verkehrsministeriums zur Debatte. Schon der Berichterstatter mußte auf die verbrecherische Politik auf Grund der vorliegenden Verhältnisse der Reichsbahn eingehen, rechtfertigte aber alles mit der ungeheuren finanziellen Notlage des Unternehmens.

Genosse Abg. Chwolek, der selbst Eisenbahner ist, brandmarkte in seiner ausführlichen Rede das System der Reichsbahn an.

Die Reichsbahnunfälle werden direkt zu einem Schrecken Deutschlands.

Im Jahre 1930 gab es 2830 Betriebsunfälle. 270 tote Eisenbahner sind das Opfer der Ausbeutungspolitik auf der Eisenbahn. Genosse Chwolek schilderte die Ursachen, die zu einer solchen Katastrophe führen und die in der **unmenschlichen langen Arbeitszeit, in der verschärften Ausbeutung des Personals und der Rationalisierung zu suchen sind.**

Von 140 vorhandenen Hauptwerkstätten sind bereits 70 geschlossen worden und in den 70 Werkstätten wurde die Belegschaftsziffer über 50 Prozent noch reduziert.

Trotz dieser Schließung und Massenentlassungen verkürzt man nicht die Arbeitszeit. Die Reichsbahn ist nicht in der Lage, die Fahrzeuge zu unterhalten. Sie muß bereits jetzt

7000 Güterwagen und 1600 Lokomotiven abstellen.

Und im Jahre 1931 beabsichtigt Dorpmüller ebenfalls zahlreiche Entlassungen und Stillegungen von Dienststellen vorzunehmen. Die Entlohnung der Eisenbahner ist einfach ein Skandal.

Der Durchschnittslohn der Reichsbahnarbeiter beträgt 18 Mark die Woche.

Auf der einen Seite ungeheure Ersparungen, auf der anderen Seite werden Millionensummen hinausgeworfen für den Bahnschutz, die Technische Nothilfe, die Eisenbahnjugendvereine und an Korruptionszulagen. Der Reichsverkehrsminister konnte angesichts der Anklage durch den Genossen Chwolek nicht umhin, auf die Ausführungen einzugehen und führte als Entschuldigung an, daß die Reichsbahn durch den Young-Plan keine Erleichterung erfahren habe, sondern im Gegenteil noch eine höhere Belastung.

Herr Scheffel, der Vorsitzende des Einzelverbandes der Eisenbahner, hatte nichts weiter zu erklären, als die Notlage der Reichsbahn, die „sich aus dem Verkehrsrückgang ergebe", zu bedauern. Man müsse Mittel und Wege suchen, wie man über den Berg hinwegkomme.

Die Gewerkschaften seien im Interesse der Erhaltung der Reichsbahn für die Republik zu allen Opfern bereit, das haben sie bewiesen an der Zustimmung zur Einlegung von Feierschichten für das Personal.

Ueber die von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Anträge, die besonders die

Verkürzung der Arbeitszeit bei der Reichsbahn auf 7 Stunden täglich bei vollem Lohnausgleich, die sofortige Beseitigung der Feierschichten, die Wiedereinstellung der im Jahre 1930 entlassenen 27 000 Eisenbahnern, die Wiederein der im Jahre 1930 geschlossenen acht Hauptwerkstätten Kürzung der hohen Gehälter der höheren Reichsbahnbeamten

fordern, wird in der Montagssitzung des Ausschusses zu werden.

Der 78. „Hochverrä'er"

Gestern wurde vor dem IV. Strafsenat der Genossen Stolze, Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, zu 22 naten Festung verurteilt. Die Verurteilung erfolgte wegen am 22. Juni des vergangenen Jahres geholtenen Rede auf dem Treffen der freien Gewerkschaftsjugend. Auf dieser hielt der Genosse Stolze eine Rede und richtete sich besondere an die Polizei und die Reichswehr, meinsamen Kampf für die Forderungen des Proletariats Kriminalbeamte, die an der Kundgebung teilnahmen, zierten den Genossen Stolze und am Tage darauf auf dem Kölner Polizeipräsidium vernommen. Die beamten behaupteten, daß der Genosse Stolze in seiner Lenin-Zitat verwandt habe, in dem es heißt, daß sie besser bewaffnen sollen.

Konzentrierter Angriff d Sozialfaschisten gegen d A.K.V. Halle

Die Sozialfaschisten haben im Kampfe um die Mitglie des AKV-Halle schändlichen Bankrott erlitten. Sie gezwungen, die Austrittsparole auszugeben und damit bankrott selbst zu bestätigen. Sie haben einen jämmerlichen kurrenzladen aufgezogen, für den sie selbst von den AKV ausgetretenen Mitglieder nur eine kleine Minderheit winnen konnten.

Nun, nach dem politischen Bankrott ihres Kampfes AKV, versuchen sie nach echt faschistischen Methoden die nossenschaft die sie nicht erobern konnten, zu zerstören; schädigten Mitteln kaputt zu machen, so wie die italienischen die Arbeitergenossenschaften niedergebrannt haben.

Alle von der SPD beherrschten Organisationen wurden gesetzt um den AKV zu vernichten. Die von dem sozialdemokratischen Landrat Streicher geleitete Kreisbank sucht Mittel des AKV beschleunigt einzutreiben, obwohl völlig ausreichende Sicherheiten für den vom Konsumverein in Anspruch genommenen Kredit in ihren Händen sind. Die von Sozialfaschisten geleitete Krankenkasse hat jedem Kapitalisten monatelang die Beiträge stundet, mit Zwangseintreibung gegen den AKV. Das schlimmste aber hat sich die Leitung des Zentralverbandes der GGG burg geleistet. Die Volksfürsorge hatte mit dem Konsum Halle eingeräumte Hypothek von 400 000 Mark zum 31. 1931 gekündigt. Der Konsumverein Halle

ist auch in der Lage, diesen Riesenbetrag am Fälligkeitstage zurückzuzahlen,

da ihm von einer anderen Bank eine neue Hypothek von Mark zum 31. März zugesichert wurde. Das aber reformistischen Zentralinstanzen um jeden Preis zu dern und deshalb haben sie die Volksfürsorge veranlaßt Rückzahlung der Hypothek bereits zum 24. Januar fordern.

Die Sozialfaschisten wollen das von den Mitgliedern AKV-Halle in jahrzehntelanger Arbeit gesammelte Vermögen Genossenschaft für ein paar hunderttausend Mark in ihren bringen. Sie wollen die genossenschaftliche Massenorganisation des Halleschen Proletariats, die sie nicht erobern konnten, zerstören — und zu diesem Zweck jedes Mittel recht. Sie machen ein ungeheures Geschrei die angebliche Unfähigkeit der Leitung des roten Konsum die Tatsache zu verhüllen, daß

sie den AKV-Halle, der den Stürmen der Krise bis standghalten hat und der sogar imstande wäre, die den Renegaten künstlich erzeugte Riesenverschuldung die GGG abzutragen, um jeden Preis vernichten wollen.

Aber die Herren Sozialfaschisten irren sich, wenn sie mit diesen Mitteln die Massen der Verbraucher für sich zu können. Die Werktätigen Halles werden für diese das in der Zerstörung der genossenschaftlichen Organisation einzige Aufgabe sieht, nur Haß und Verachtung

5 Proz. Gehaltsabbau für die Angestellten

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtm.)

Die Gewerkschaftsbürokraten haben dem Schiedsspruch für die Reichs- und Staatsangestellten, der die Hungergehälter um 5 Prozent ab 1. Februar kürzt, ihre Zustimmung gegeben und haben die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Das ist ein Alarmsignal für alle Angestellten. Dieser Gehaltsraub von 5 Prozent auf Antrag der Gewerkschaftsbürokratie für die Reichs- und Staatsbeamten ist nur das Zeichen für die gesamte Unternehmerschaft, die Gehälter abzubauen. Was heute für die Staatsangestellten gilt, passiert morgen den Angestellten der gesamten privaten Unternehmen. Das zeigen folgende Meldungen:

5 Prozent „freie Vereinbarung" im Leipziger Einzelhandel

Leipzig, 24. Januar. (Eig. Meld.)

In der Nacht zum Sonnabend wurde nach vierstündigen Behandlungen zwischen dem Leipziger Verband des Einzelhandels und den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften eine „freie Vereinbarung" getroffen, nach der die Gehälter ab 1. Februar um zirka 5 Prozent gekürzt werden. An dieser freien Vereinbarung sind sowohl die freien Gewerkschaften als auch der deutschnationale Handlungsgehilfenverband beteiligt.

Parallel mit dem Lohnraub der Unternehmer an den Arbeitern geht der Gehaltsraub an den Angestellten. Rücksichtslos wird den werktätigen Massen das Einkommen gekürzt. Dabei wird kein Unterschied gemacht, ob es sich um Angestellte oder Arbeiter handelt. Auch die Werktätigen dürfen in ihrem Kampf keinen Unterschied machen. Geschlossen und einheitlich müssen sie den Kampf aufnehmen und durchführen. Arbeiter und Angestellte in einer Front gegen den gemeinsamen Gegner, das Unternehmertum.

Kämpft gegen Gehalts- und Lohnabbau, kämpft gegen den reformistischen Verrat, gegen den Faschismus. Schließt die Einheitsfront unter Führung der RGO.

Sechs Prozent Lohnraub für die Feinkeramiker

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtm.)

Für die Feinkeramische Industrie ist von dem Schlichter ein Schiedsspruch gefällt worden, der einen Abbau der Lohntarife und der Akkordtückpreise um 6 Prozent vorsieht.

900 Clever Schuharbeiter im Streik

In Cleve (Rheinland) sind 900 Arbeiter der Schuhfabrik Gustav Hoffmann in den Streik getreten. Die Arbeiter kämpfen gegen den Lohnabbau.

Schuharbeiter, folgt überall diesem Beispiel!

Nazi-Arbeiter rebellieren

Die gesamte nationalsozialistische Presse schweigt zu der Enthüllung, daß Hitler und die übrigen Naziführer im Ruhrgebiet und am Niederrhein mit den großindustriellen Scharfmachern verhandelt haben. Doch mußte unter dem Sturm der bisherigen Nazianhänger der Naziführer Florian zugeben, daß er in der Solinger Konferenz mit den Unternehmern und dem Syndikus der IG-Farben verhandelt hat. Er will diese Tatsache damit beschönigen, daß er erklärt, daß der lohnräuberische IG-Farbensyndikus Klein nicht als Vertreter des Chemietrusts, sondern als Nationalsozialist bei der Konferenz war. Doch gelingt es den Naziführern nicht mehr, die Empörung ihrer bisherigen Anhänger zu beschwichtigen.

Das zeigte sich bei einer Betriebsversammlung, die die Nationalsozialisten für den IG-Farben-Großbetrieb in Dormagen einberufen hatten. Dort erklärte der nationalsozialistische Referent, daß Lohnerhöhungen gänzlich verfehlt seien und der Streik als Kampfmittel abgelehnt werden müsse.

In der Diskussion trat das nationalsozialistische Betriebsratsmitglied Ruzbaum diesen Ausführungen eines bezahlten faschistischen Lohnraub-Agenten entgegen.

Er erklärte, daß die nationalsozialistischen Führer anläßlich der Lohnabbauofensive und der Massenentlassungen keinen Ausweg gezeigt haben. Die Eindrücke der Versammlung hatten den Vertretern der KPD und RGO Redefreiheit zugesichert. Trotzdem wollte die Versammlungsleitung dem Vertreter der RGO nach wenigen Minuten das Wort entziehen.

Voller Empörung darüber erklärte nun Ruzbaum seinen Austritt aus der NSDAP und forderte alle anwesenden Arbeiter auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Die übergroße Mehrheit der Versammlung folgte dieser Aufforderung.

Diese Rebellion bisheriger Nazianhänger muß die Kommunisten und RGO-Anhänger ermutigen, die Aufklärungsarbeit unter den Naziangängern zu verstärken und den Naziführern, diesen Agenten des Großkapitals, überall gebührend entgegentreten.

Holzarbeiterstreik in Württemberg

Aussperrung in Bremen und Berlin — Ungeheuerlicher Lohnraub der Unternehmer

Stuttgart, 24. Januar (Eig. Drahtm.)

In den Hauptorten der württembergischen Holzindustrie sind die Holzarbeiter gegen einen Lohnraub von 8 Prozent in den Streik getreten. Im März sollte ein weiterer Lohnraub von 7 Prozent folgen.

Bremen, 24. Januar (Eig. Drahtm.)

Die Holzindustriellen von Bremen haben die Tischler und Maschinenarbeiter ausgesperrt.

In Berlin-Neukölln ist bei der Firma Gebrüder Schönduvel die 300 Mann starke Belegschaft ausgesperrt worden, weil sie sich weigerte, einen Lohnabbau zu schlucken.

Mit ungeheurer Brutalität stoßen die Holzindustriellen vor. Ein Lohnraub folgt dem andern. Die Vertragspolitik der Reformisten ermuntert die Unternehmer dazu, fordert sie geradezu auf, immer frechere Vorstöße zu machen.

Auch Leipziger Holzarbeiter stehen im Kampf. 400 sind hier ausgesperrt. Auch Leipzigs Holzarbeiter müssen den einheitlichen, geschlossenen Kampf aufnehmen und durchführen.

Streikbeschluß gegen Lohnabbau

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtm.) In der Betriebsversammlung der Firma Behr, Eisengießerei, Berlin-Weißensee, beschloß einstimmig die gesamte Belegschaft, den beabsichtigten Lohnabbau in Höhe von 8 Prozent unter Führung des Roten Metallarbeiterverbandes mit Streik zu beantworten. Durch den Streik der Kollegen schob die Firma 14 Tage den Lohnabbau auf, trat jetzt aber erneut mit ihrer Lohnabbauforderung, die die beiden Etappen des Lohnabbaues in der Metallindustrie 3 und 5 Prozent summiert, vor die Belegschaft.

Maulheld Goebbels kneift

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtm.) Während der Albrecht vorgestern den Nationalsozialisten im Saalbau in Berlin eine heftige Abfuhr erteilte, wagte es der feige Goebbels nicht, vor den Weddinger Arbeitern arbeiterfeindliche Politik zu vertreten. Die Pharusfestsaal überfüllt, so daß auf dem Hofe eine Parallelversammlung durchgeführt werden mußte. Auch die weiteren fünf Massenversammlungen waren überfüllt.

Oppositionssieg im Konsumverein Schwarzenberg

Bei den Vertreterwahlen im Konsumverein Schwarzenberg (Sachsen) erhielt die rote Liste 1 687 Stimmen, die Sozialdemokratie 743 Stimmen. Die Opposition bei der letzten Wahl 540 Stimmen gewonnen.

Dieses Ergebnis zeigt, daß überall dort, wo die Opposition den Konsumvereinen eine energische Arbeit durchführt, Erfolge erzielt werden.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und Wirtschaft; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Gaukreis; Elli Geisler für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Bezirke und Gaue; Arthur Burkert, Halle, für Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0002

Reisefieber in Genf

Ein Ende mit mühsam verschleiertem Krach

WTB. Genf, 23. Januar. Der Völkerbundsrat hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, daß die Abrüstungskonferenz für den 2. Februar 1932 einberufen wird. Was den Abrüstungsrapport angeht, so hat sich der Rat in dieser Sitzung für nicht entschieden. Der Rat hat weiter beschlossen, daß der Präsident nicht durch die Konferenz gewählt, sondern durch den Rat ernannt wird.

Angesichts der Schwierigkeiten, die sich in dieser Frage auf der jetzigen Tagung ergeben haben, wurde beschlossen, die Wahl [illegible] die Mitgabung des Völkerbundes zu verschieben.

Genf, 23. Jan. Angesichts der völligen Ergebnislosigkeit der Genfer Verhandlungen drängen die Delegationen der Großmächte, insbesondere Frankreich und England auf so schnellen Abbruch der Tagung. Während Henderson die Parlamentsverhandlungen in England zum Vorwand nimmt, um seine Abreise zu motivieren, bietet Herrn Briand der Kurz der Regierung Steeg einen willkommenen Anlaß zum Abbruch.

Fast alle wichtigen Entscheidungen wurden bis zum Mai vertagt. In der Oberschlesienfrage sucht man noch im letzten Augenblick zu einem Kompromiß zu gelangen. Deutsche und die polnische Delegation arbeiten gemeinsam mit der japanischen Botschafter, der zum Berichterstatter gewählt wurde, an der Abfassung einer Kompromißformel, die den beiden Teilen Recht gibt, bzw. nicht weh tut und eine Basis der Verständigung auf Kosten der oberschlesischen Minderheiten liefern soll.

Charakteristisch für den Charakter des Völkerbundes ist die Tatsache, daß die ukrainischen Beschwerden über die [illegible] „Befriedungs"-Aktion der polnischen Behörden in der Westukraine bis auf einige belanglose Proteste bürgerlicher Gruppen zurückgewiesen werden.

Keinen Pfennig für die faschistische Diktatur!

Kühnes Auftreten der Kommunisten im Piłsudskis Parlament

Warschau, 23. Januar. Bei der ersten Abstimmung über den Budgetkredit im polnischen Sejm sprach das Mitglied der Kommunistischen Sejmfraktion, Rożek, über die **zwangsweise Zwangseintreibung.**

Rożek erklärte namens der Arbeiter- und Bauernmassen Polens, der Westukraine und Weißrußlands, daß die werktätigen Massen **keinen Pfennig für die Unterstützung der faschistischen Diktatur** für den blutigen Terror, für die Folterung der politischen Gefangenen, für die „Befriedung" der Westukraine und für die **Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion** herhalten werden. Die Arbeiter und Bauern **verjagen** aus den Städten und Dörfern die Gerichtsvollzieher, die ihnen die letzte Kuh und den letzten Rock nehmen.

Auf Zurufe von Mitgliedern des „Parteilosen Blocks" erklärte Rożek, daß die **Sowjetunion** das einzige Land der Welt ist, in dem die **Arbeitslosigkeit restlos liquidiert** ist, in dem man eine Ära kennt, in dem der Wohlstand die Kultur und die Freiheit der werktätigen Massen mit jedem Tage machen. Die polnischen Arbeiter und Bauern werden dem Proletariat der Sowjetunion folgen.

Alle Bemühungen der Sozialfaschisten, unter dem Deckmantel heuchlerischer oppositioneller Phrasen die Arbeiter- und Bauernmassen vom revolutionären Kampfe abzulenken, werden erfolglos bleiben. Die überwältigende Mehrheit der Unterdrückten schlägt sich **unter den Fahnen des Kommunismus** zum Kampfe für Sowjetpolen zusammen.

Nach diesen Worten entzog der Sejmvorsitzende Rożek [illegible] das Wort.

120 000 Schuharbeiter vor der Aussperrung

27. London, 23. Januar. Die Verhandlungen für ein neues Abkommen in der englischen Schuhindustrie, die am Freitag wieder aufgenommen wurden, verliefen ergebnislos. Den Wünschen der Unternehmer auf Herabsetzung der Löhne stehen die Forderungen der Arbeiter auf eine Einschränkung der Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden und Erhöhung der Mindestlöhne um 8 v. H. gegenüber. Von den Verhandlungen werden 120 000 Arbeiter betroffen. Die Unternehmer drohen mit Aussperrung.

Der Sturz des Kabinetts Steeg

Paris, 23. Januar. Der Sturz der Regierung Steeg erfolgte formell wegen der durch den Ackerbauminister Boret betriebenen Politik der Preistreiberei für Getreide. Diese Politik zugunsten der Getreidespekulanten kam auch dem Herrn Minister Boret persönlich zugute, da er selbst einer der beteiligten Getreidespekulanten ist. Gegen die Regierung stimmten diesmal auch die Sozialdemokraten, die bisher bei für die reaktionäre Regierung Steeg gestimmt haben.

Der „Vorwärts" nimmt gestern ausführlich Stellung zur Regierungskrise in Frankreich, wobei ihm einige interessante Bemerkungen entschlüpfen. Er stellt fest, daß die französischen Sozialdemokraten keineswegs die Absicht hatten, das Kabinett Steeg zu stürzen. Leider hätten sie, um Boret zu stürzen, das ganze Kabinett stürzen müssen. Gleichzeitig läßt der „Vorwärts" durchblicken, daß seine französischen Freunde jederzeit bereit seien, die reaktionäre Steeg-Regierung wieder an die Krippe zu bringen.

Dabei bleibt unklar, warum diesmal das Kabinett gestürzt wurde, zumal Steeg vorher bereits von Boret abgerückt war. Ueber die Hintergründe dieser Angelegenheit gibt der „Vorwärts" eine charakteristische Andeutung. Er schreibt:

„Für Genf hat der Regierungsstreit voraussichtlich die Wirkung, daß Briand als demissionierter Minister nichts Entscheidendes mitmachen wird — ein Argument mehr für diejenigen, die die Entscheidung in dem Prozeß gegen die polnischen Minderheitenverletzer vertagen wollen!"

Hier liegt der Hase im Pfeffer! Die französischen Sozialdemokraten haben das Kabinett Steeg gestürzt, um im Interesse des französischen Imperialismus Herrn Briand in Genf einen Vorwand für die Abreise von der erfolglosen und blamablen Völkerbundstagung zu verschaffen.

Verschärfung des Textilkampfes in Lancashire

Die Arbeiter durchkreuzen die Verratsmanöver der Gewerkschaftsführer — Massenstreikposten verhindern Streikbruch — Ausdehnung des Kampfes

TU. London, 23. Januar. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Kampf in der Spinnereiindustrie sich verschärfen wird. Soweit man bisher den Verlauf der Abstimmung der Arbeiter über die Einführung des „mehr-Webstühle-per-Weber-Systems" verfolgen konnte, sind in vielen Bezirken die Arbeiter gegen das System und gegen eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Das genaue Ergebnis der Abstimmung wird erst gegen Ende der Woche vorliegen.

London, 23. Januar. Das von den Mitgliedern gewählte Streikkomitee in Nelson hat sich auf die nicht dem Verbande angehörenden Webereien konzentriert, in denen gegenwärtig kein Kampf vor sich geht. In der Fabrik Wilkinson verpflichteten sich 400 Arbeiter, gegen die Eröffnung von Verhandlungen und zugunsten der Arbeitseinstellung in allen Betrieben zu stimmen. Vor der Fabrik Hyton in Barrsford, in der eine Anzahl unorganisierter Arbeiter von auswärts nach dem Mehrstuhlsystem arbeitet, wurden von dem von den Mitgliedern gewählten Streikkomitee Massenstreikposten in der Stärke von 1000 Mann aufgestellt, und die Streikbrecher kamen nur dank sehr starken Polizeischutzes mit heiler Haut davon. Heute morgen kamen nur 50 Prozent der Streikbrecher zur Arbeit.

Die beiden Ortsverbände von Clitheroe und Nelson, die große Bedeutung besitzen, haben heute ihren Mitgliedern geraten, gegen die Erteilung von Vollmachten an die Gewerkschaftsbürokraten zur Führung von Verhandlungen zu stimmen. Dies beweist, daß sich die reformistischen örtlichen Gewerkschaftsbeamten unter einem starken Drucke der Massen befinden.

Vor neuen Kämpfen im Kohlenbergbau

London, 23. Januar. Die Reichs-Minderheitsbewegung der Bergarbeiter gab heute eine Erklärung heraus, worin sie die Aufmerksamkeit auf das Ablaufen der Abkommen in den Revieren von Schottland, Durham und Northumberland und auf die Ende Februar in Süd-Wales neuentstehende Lage lenkt, wobei die Notwendigkeit, in diesen wichtigen Kohlenrevieren die engste organisatorische Einheit herbeizuführen, betont wird.

Zum 22. Februar ist eine Reichskonferenz und zum 21. Februar eine besondere Konferenz der Streikausschüsse von Süd-Wales einberufen worden.

Die IAH. hält in Süd-Wales ihre Küchen weiter offen, um dem schrecklichen Elend, das nach dem Streik eingetreten ist, zu begegnen. Mit großer Begeisterung wurde die Meldung von verschiedenen Spenden, die von Genossen im Auslande eingetroffen sind, aufgenommen. Der revolutionäre Gewerkschaftsbund Frankreichs sandte eine Spende von 620 Mark, und die selbst im Streik stehenden schwedischen Textilarbeiter sandten einen Beitrag von 80 Mark.

Organisiert den Weltkampftag gegen Arbeitslosigkeit am 25. Februar!

Der Massenschritt der Hungerarmee in Amerika

Gewaltige Erwerbslosendemonstrationen — Erbitterter Kampf mit der Polizei

Neuyork, den 23. Januar. In der Stadt Oklahoma marschierten tausend Arbeitslose zum Rathause, wo sie um Unterstützungen demonstrierten; als ihnen diese abgeschlagen wurden, kam es zu einem Angriff auf einen Lebensmittelladen. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor und mißhandelte die Verhafteten. Später mußte unter dem Drucke der Arbeitslosen die **Gewährung von Unterstützungen** von der Gemeinde zugestanden werden.

In New York demonstrierten 25 000 Arbeiter. Der Bürgermeister lehnte die Forderungen der Arbeitslosen ab. Die Arbeitslosen leisteten der Polizei kräftig Widerstand. 5 Polizisten wurden verletzt.

In Los Angeles griffen 500 Polizisten 10 000 Demonstranten, darunter zahlreiche Mexikaner, an, mißhandelten und verhafteten viele und überfielen die Organisationslokale und die Wohnungen der Arbeiter.

In Saint Louis beteiligten sich 5 000 Arbeitslose am Zuge, 10 000 an der Demonstrationsversammlung; die Demonstration wurde von der Polizei angegriffen.

In Baltimore beteiligten sich an einer Arbeitslosendemonstration 5 000.

In San Francisco veranstalteten 5 000 Arbeitslose eine Demonstration.

LLL.-Feier in New York

New York, den 23. Januar. An der Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier in New York beteiligten sich 30 000 Arbeiter. Die Kundgebung wies die Angriffe Fils' auf die Sowjetunion und auf die Kommunistische Partei wuchtig zurück und forderte zur Verstärkung des Kampfes gegen die Kriegsgefahr auf.

Viereinhalbfache Saatfläche für die Frühjahrsaussaat

120000 Traktoren — 18 Millionen Hektar Saatfläche

Aufruf der Genossen Stalin und Molotow an die werktätigen Massen der Sowjetunion zur bolschewistischen Frühjahrsaussaat

Moskau, 23. Januar. In einem vom Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Genossen Molotow und dem Sekretär des ZK. der KPSU., Genossen Stalin, unterzeichneten Aufruf an alle Partei-, Sowjetwirtschafts-, Genossenschafts-, Kollektivwirtschafts- und KVD.-Organisationen über die Kontrahierung der Frühjahrsaussaat 1931 heißt es:

Die Ueberholung der Voranschläge des Fünfjahrplans in den verflossenen zwei Jahren, insbesondere in der Schwerindustrie und im Landmaschinenbau, gewährt der Sowjetmacht die Möglichkeit, im dritten Jahre des Fünfjahrplans die Kapitaleinlagen in der Landwirtschaft gegenüber den vergangenen Jahren noch weiter zu erhöhen und somit die staatliche Unterstützung des Dorfes zur Kollektivierung der armen und Mittelbauernwirtschaften und zur Durchführung der Aufgabe der Liquidierung des Kulakentums als Klasse zu verstärken. Demgemäß und in Anbetracht der bevorstehenden Kampagne zur Kontrahierung der Frühjahrsaussaat erachten es der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion und das ZK. der KPSU. für notwendig, folgende staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft durchzuführen:

Im Laufe 1931 der Landwirtschaft 120000 Traktoren im Gesamtwerte von 200 Millionen Rubel zur Verfügung zu stellen; 1040 neue Maschinen- und Traktorenstationen neben den bisherigen 360 zu schaffen, die eine Frühjahrsaussaat von 18 Millionen Hektar anstatt 4 Millionen Hektar im Vorjahre gewährleisten sollen; für den Bau dieser Stationen 540 Millionen Rubel aufwenden; die Belieferung von landwirtschaftlichen Maschinen zu verdoppeln, indem solche Maschinen zu einem Gesamtwert von 758 Millionen Rubel bereitgestellt werden gegen 400 Millionen Rubel im Vorjahre, wobei bereits im Frühjahr Maschinen im Werte von 370 Millionen Rubel an die Landwirtschaft geliefert werden sollen. 7000 Automobile, darunter mindestens 2000 für Maschinen- und Traktorenstationen, sollen der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Es sollen ferner 24 Millionen Zentner mineralische Düngemittel im Werte von 105 Millionen Rubel aufgebracht werden. 40 Millionen Rubel sind zur Bekämpfung der Insekten vorgesehen gegenüber 19 Millionen im Vorjahr. Zwecks Erhöhung des Ernteertrages der Kollektivwirtschaften sollen 21 Millionen Zentner selektiertes Saatgut bereitgestellt werden. Für die Kollektivwirtschaften, Maschinen- und Traktorenstationen werden 1050 Millionen Rubel im Rahmen des Staatsetats als langfristige Kredite bewilligt. Neben den erwähnten Maßnahmen soll der Staatsbank die Verpflichtung auferlegt werden, als Vorschüsse für kontrahierte Saat insgesamt 335 Millionen Rubel bereitzustellen.

Alle diese Aufwendungen sollen den enormen Ausbau der technischen Ausrüstungen auf der materiellen Basis der wachsenden Kollektivwirtschaftsbewegung gewährleisten und somit die Rohstoff- und Nahrungsmittelquellen des Landes erweitern. Ferner wird eine Anzahl Maßnahmen genannt, die vom Ackerbau- und Belieferungskommissariat zur Kontrahierung verschiedener Frühjahrsaussaaten getroffen werden sollen.

Der Rat der Volkskommissare der UdSSR. und das ZK. der KPdSU. fordern alle Partei-, Sowjetwirtschafts-, Genossenschafts-, Kollektivwirtschafts- und KVD.-Organisationen auf, auf bolschewistische Art die Kontrahierung der Frühjahrsaaten in Angriff zu nehmen, ihre Kräfte zu mobilisieren und den Arbeiter- und Bauernmassen die Bedeutung der von der Sowjetmacht getroffenen Maßnahmen zur technischen Neuausrüstung und Kollektivierung der Bauernwirtschaften klarzumachen, zum neuen Aufstieg der Kollektivwirtschaftsbewegung der Millionenmassen des Dorfes die Führung zu übernehmen und somit entscheidende Erfolge bei der Liquidierung des Kulakentums als Klasse sowie bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes zu gewährleisten.

Der Rote Bannerorden der Arbeit

dem leninistischen Komsomol

Moskau, 23. Januar. Das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion beschloß, dem Kommunistischen Jugendverband der Sowjetunion in Anerkennung seiner Initiative in der Stoßbrigadenbewegung und im sozialistischen Wettbewerb, die die erfolgreiche Durchführung des Fünfjahrplanes gewährleisten, den Roten Bannerorden der Arbeit zu verleihen.

Steile Kurve der Arbeitslosigkeit

London, 23. Januar. Die Zahl der Arbeitslosen Großbritanniens ist auch in dieser Woche stark gewachsen und erreicht nunmehr 2 636 168 gegenüber 1 476 261 in der entsprechenden Woche des Vorjahres. Während dieser Woche ist die Gesamtzahl um 18 398 gestiegen, doch beträgt die Anzahl der neu hinzugekommenen Vollarbeitslosen 44 773.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0003

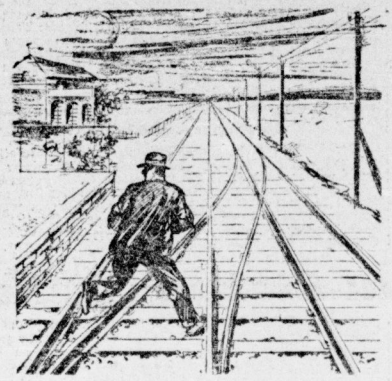
PROLETARISCHES FEUILLETON

Auftrag des Kommunisten Tschelan / Von D. Bi

I.

Wie ein Sturm bricht der Tag an. Die Straße wacht auf vom Geschrei der Extrablätter. Durch den blauen Nebel des Morgens gleiten die elektrischen Bahnen, überfüllt von Menschen mit dunklen, übernächtigten Gesichtern. Sie haben die Morgenzeitungen mit der Sensation in Händen:

„Kommunisten-Hauptquartier ausgehoben. — Polizei im Feuergefecht mit Terroristen — Der geheimnisvolle Kampf im Morgengrauen. — Der Polizei ist es gelungen, die hochverräterische Zentrale der verbotenen kommunistischen Jugendorganisation unweit unserer Hauptstadt in Samobor auszuheben. Unsere tüchtigen Polizeitruppen haben in der ersten Dämmerung des Morgens das geheimnisvolle Haus umzingelt und nach



heftiger Gegenwehr von seiten der Kommunisten, nach einem dreistündigen Feuergefecht gestürmt. In diesem Kampf sind die drei sich im Hause Befindenden, die Brüder Mischitsch und Janko Oreschki, getötet worden. (Die Toten sind 22 bis 25 Jahre alt.) Leider gelang es nicht, wichtiges Dokumente habhaft zu werden, da die Kommunisten scheinbar so lange mit verbissenster Wut kämpften, bis das letzte Dokument verbrannt war.

Doch wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist die Polizei auch anderen Schlupfwinkeln der Kommunisten auf der Spur und wird in den nächsten Tagen einen Generalangriff auf diese staatsgefährliche Organisation unternehmen."

Die Menschen lesen diese Nachricht in den Straßenbahnen, in den Fabriken, vor den Arbeitsbörsen, sie sagen nichts. Die schwarze Hand des Faschismus streckt sich über das Land. Die Salven bei der Füsilierung der Freiheitskämpfer sind die Ehrensalven des Königs Alexander Karadjordjevitsch. Der besponnte Stiefel zermalmt die blühenden Kornfelder des Landes, und die munteren Bauern Kroatiens haben das Lachen verlernt. Die Fahnen der Nationen sind eingerollt. Das Volk ist stumm — denn überall lauern die Henker. Aber das Volk denkt. Und irgendwo in seinem Bewußtsein reift die Gewißheit: die Kommunisten organisieren den Kampf um die Befreiung.

II.

Zwei Stationen vor Zagreb steigt ein junger Bauer in den Zug. Sein Gesicht ist braun und die Augen hell und froh. Tief im Futter seines bis zum Boden reichenden Schafpelzes hat er den Tod geborgen: den Auftrag an das Küstenland. Er ist ein Kurier der illegalen Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Er wird erwartet. Ein kurzes Gespräch.

Zwei Umschläge verschwinden in der Tasche eines sehnigen, dunkeläugigen Arbeiters. An der nächsten Station steigt der Bauer ab.

Der andere sieht ihm nach. Fast klammert er sich mit seinen Blicken an die breiten Schultern des Entseilenden. Im Augenblick, wo der um die Ecke des schiefen, kahlen Stationsgebäudes verschwindet, fühlt er ein kühles, drückendes Gefühl in der Magengegend. Ein leises Gefühl, wie Angst.

Den einen Umschlag verstaut er tief in die Tasche. Den anderen öffnet er. Es ist seine Instruktion. Sie lautet: Zagreb nicht aussteigen. Direkte Weiterfahrt Spalato. Provokateure am Werk. Nach Samobor — erwarten Polizeidurchbruch. Küstenland warnen. Papiere dürfen um keinen Preis in ihre Hände gelangen.

III

In der geheimen Abteilung der Hauptpost von Spalato nimmt der Agent der politischen Polizei ein chiffriertes Telegramm entgegen. Er leitet es sofort durch eine spezielle Telephonverbindung an den Chef der politischen Polizei. Der Inhalt lautet: Zug 11.30 Uhr Zagreb—Spalato, Abteilung 3716/B Tschelan in Empfang nehmen. (Folgt Personalbeschreibung.)

Das Telegramm erreicht 10.40 Uhr den Chef der politischen Polizei. Um 11 Uhr warteten drei unauffällig gekleidete Herren auf dem Bahnhofsperron auf das Eintreffen des Schnellzuges aus Zagreb.

IV.

Der Zug jagt über die Felder. Die sind hell und weit, fast ohne Ende. Wie ein Schatten huscht er an den kleinen weißen Dörfern Istriens vorbei. Drinnen sitzt Tschelan. Er sitzt an einem Eckfenster des Abteils 3716/B und starrt mit den kleinen grauen Augen in die Ferne. Er sieht nichts. Denkt an den Auftrag. Der Zug hebt vor Schnelligkeit. Die schmierigen Fenster des Waggons klappern, die Bauern füllen den engen Raum mit ihren lauten Reden. Sie sprechen über Politik. Fuchteln mit den Armen, die in dicken Pelzen stecken und spucken im Bogen aus dem Fenster.

Einer ist da, sein Gesicht ist grau und durchfurcht. Aber in seinen Augen sitzt Lust und Wissen. Der sagt: „Worüber reden wir denn, etwa von der Regierung? Was mischt sich unsereiner in derartiges. Aber die Steuern sind es. Die erwürgen uns Bauern. Sie schnüren uns die Kehle ab, daß wir verdursten wie Saatland ohne Wasser."

Der gegenüber von Tschelan hat ein verhutzeltes, schiefes Gesicht. Die spitze Fellmütze beschattet es tief. Nur der vertrocknete, zahnlose Mund ist sichtbar. Weinerlich sagt der: „Marja hat gestern doppeltes Maatgeld gezahlt."

„Hat sie?"

„Das haben sie sich wieder fein ausgedacht, die Wohlgeborenen."

Tiefer neigen sich die dunklen Gesichter der Bauern. Aus dem Nebenwaggon klingt zur Harmonika der wehmütige Gesang eines Soldatenliedes:

Hej! Rekruten, was seid ihr so gelb?
Müssen gelb sein,
Müssen bald verbluten,
Wir Rekruten . . .

Tschelan sieht in die Gesichter der Bauern, versucht in den Runen zu lesen, die die Schrift, die das Leben geschrieben. Er müht sich, in ihre hungrigen Herzen zu sehen. Aber die Bauern schweigen sofort, wie sie die Blicke des Fremden merken. Sie sind mißtrauisch. Hinter jedem Menschen wittern sie den Spion.

V.

Im Augenblick, als Tschelan vom Trittbrett des Zuges springt, pflanzen sich zwei Männer unmittelbar vor ihm auf. Der eine ist breitschultrig, untersetzt, mit flacher, eckiger Stirn. Der andere sehnig, hochgewachsen. Im Hintergrund steht ein dritter. Tschelan sieht an ihm nur zwei ungewöhnlich große Fäuste. Sie stecken in hellgelben, grellen Lederhandschuhen und spielen mit einem Bambusstock.

„Zweiko Tschelan, im Namen des Königs."

Einen Augenblick lang kreisen die Dinge im Kopfe Tschelans. Dann ist wieder alles klar. Es gibt keine Wahl. Sie dürfen die Papiere nicht bekommen. Um keinen Preis. Sein Schritt ist fest, da er, zwischen den beiden unauffällig auf das Stationsgebäude zugeht. Es lockt ihn, den Kopf zu wenden, um festzustellen, ob der mit den Mörderhänden noch hinten sei. Er zwingt sich, es nicht zu tun. Er ist hinten. Nur den Kopf nicht verlieren.

Eine braune Tür, darüber steht Bahnpolizei. Sie öffnet sich. Er steht einem glatzköpfigen Polizeikommissar gegenüber. Der starrt vom Schreibtisch aus auf ihn. „Ihre Papiere", sagt er.

Eine kalte, unsichtbare Hand umklammert die Stirn Tschelans. Es ist alles gleich, denkt er, nur die Papiere dürfen sie nicht haben. Sechs Augen beobachten ihn scharf. Er kann keine Bewegung machen, die sie nicht kontrollieren. Und draußen vor der Tür hört sein gespanntes Ohr die gierigen Tritte des Mannes mit dem Bambusstock.

Das eine Auge des Kommissars ist leicht zusammen[illegible] Das andere ist aufgerissen und zuckt. Ueber seinem Tisch [illegible] an der kahlen Wand das Bild des Königs.

Er ist erstaunt über die vollkommene Ruhe, die ihn [illegible] erfüllt. Vollkommene Ruhe. Ein dünner Rauchfaden [illegible] kerzengrade daraus zur Decke. Tschelan folgt der Linie, [illegible] läuft mit dem Zeiger der Uhr zusammen. Es ist genau 11.30 [illegible] Es kann nicht länger als eine Sekunde gedauert haben, [illegible] er das Zimmer betreten hat.

„Sie sind avisiert", der Kommissar sagt es mit der [illegible] Grimasse eines Lächelns. „Legitimieren!"

Wie eine Schlange kriecht das Wort auf Tschelan zu.

„Der zuerst", denkt er. „Wenn ich bis drei gezählt [illegible] Also . . ."

„Hier." Er sagt es mit ruhiger, fast mit liebkos[illegible] Stimme. Er lächelt nichtssagend, während seine Hand [illegible] Brusttasche greift. Tschelan steht außerhalb sich selbst, [illegible] beobachtet sich, das Fühlen ist ausgeschaltet. Sein Gehirn [illegible] tioniert wie ein Chronometer. Die Muskeln der Hand [illegible] Brusttasche straffen sich. Dann ist alles dunkel. Im Augen[illegible] wo die ausgestreckte Hand schießt, weiten sich die grünen [illegible] des Kommissars vor Entsetzen.

Die Hand funktioniert mit unverständlicher, automa[illegible] Schnelligkeit, noch zweimal wendet sie sich. Ein einziger [illegible] schrei. Der Weg zur Tür ist frei. Langsam stößt er die Tür [illegible] Steigt über den einen hinweg ins Freie. Mit raschen Sch[illegible] überquert er den Schienenstrang. Vergebens sucht sein [illegible] nach dem Mann mit dem Bambusstecken. Im Augenblick [illegible] hinter dem Bahndamm verschwindet, rast ein Polizei[illegible] heran. Er eilt den Holzplätzen des Hafens entgegen.

VI.

Zur selben Stunde waren sämtliche Eisenbahn- und Sch[illegible] stationen blockiert. Eine Armee von Polizisten besetzt[illegible] Straßen von Spalato. Jedes Arbeiterhaus wurde durch[illegible] Von einem Ende bis zum anderen Ende des Reiches [illegible] sämtliche Stationen den Steckbrief Zweiko Tschelans. [illegible] und Nächte ohne Unterbrechung wurde Jagd auf ihn ge[illegible] Dutzende Tageszeitungen brachten spaltenlange Berichte [illegible] den Verlauf dieser Jagd, wie die Berichte von Kriegsschau[illegible] alles ohne Ergebnis. Eine große Zeitung wurde verboten [illegible] sie schrieb, es sei anzunehmen, daß die Flucht nur gelin[illegible] konnte, weil die Bevölkerung mit ihm ist.

Sie hatte die Wahrheit geschrieben.

Tschelan hat das Küstenland gewarnt.

Song von Angebot und Nachfrage

„Die Maßnahme"

Reis gibt es oben am Fluß.
Unten am Ufer des Meeres brauchen die Leute Reis.
Wenn wir den Reis in den Lagern lassen,
Wird der Reis für sie teuer.
Die den Reiskahn schleppen, kriegen dann noch weniger Reis.
Dann wird der Reis für mich noch billiger.
Was ist eigentlich Reis?

Weiß ich, was Reis ist?
Weiß ich, wer das weiß?
Ich weiß nicht, was ein Reis ist.
Ich kenne nur seinen Preis.
Der Winter kommt, die Leute brauchen Kleider,
Da muß man Baumwolle kaufen.
Und die Baumwolle nicht hergeben,
Wenn die Kälte kommt, werden die Kleider teuer.

Die Baumwollspinnereien zahlen zu viel Lohn.
Es gibt überhaupt zu viel Baumwolle.
Was ist eigentlich Baumwolle?
Weiß ich, was Baumwolle ist?
Weiß ich, wer das weiß!
Ich weiß nicht, was eine Baumwolle ist.
Ich kenne nur ihren Preis.
So ein Mensch braucht zuviel Fressen,
Dadurch wird der Mensch teurer,
Um das Fressen zu schaffen, braucht man Menschen.
Die Köche machen das Essen billiger, aber
Die Esser machen es teurer.
Es gibt überhaupt zu wenig Menschen.
Was ist eigentlich ein Mensch?
Weiß ich, was ein Mensch ist?
Weiß ich, wer das weiß!

Der General

Karl bricht in die Kasernen ein

(Korrespondenz aus dem Gefängnis.)

In Neuminster in Holstein wurde ich als 19jähriger Rekrut für das Mordhandwerk abgerichtet. Das wohlberechnete System des Militarismus bestand darin, das junge Schlachtvieh überhaupt nicht zum eigenen Denken kommen zu lassen. Alle Aufmerksamkeit wurde mit Gewalt auf den Dienst konzentriert.

Aber eines Tages platzte die Politik wie eine Bombe mitten auf dem Kasernenhof. Und daran war ein leibhaftiger General schuld. Karl Liebknecht saß zwar hinter den dicken Mauern des Zuchthauses, aber er war unheimlich lebendig in der Angst der herrschenden Kriegsverbrecher.

Da kam nun dieser Mann mit den breiten roten Streifen an der Hose — es war Generalmajor von Wright — auf unseren Kasernenhof und hielt eine „kernige" Ansprache an die Rekruten. Wir standen im Halbkreis um dieses große Tier herum, das da von Deutschlands Größe und Zukunft posaunte, die ja schon damals längst im Wasser lag.

Und die Stimme des Generals schwoll plötzlich zu einem häßlichen Kreischen, als er zornentbrannt auf die vaterlandslosen Gesellen zu sprechen kam, die nicht wert seien, Deutsche zu heißen.

Liebknecht!

Der Name war gefallen. Der General hatte ihn in höchster Wut herausgeschleudert. Wie ein Donnerschlag krachte der Name in die muffige Kasernenhofluft. Ein unsagbarer Stolz [illegible] mich. Ich sah, wie der Riese Proletariat, hochaufgerichtet, [illegible] den Kasernenhof schritt und den General wie einen [illegible] zerfetzt . . .

Nun war Stoff zur Diskussion vorhanden. Abends [illegible] auch die jungen Rekruten plötzlich Zeit, über das Thema [illegible] knecht" und „Nieder mit dem Krieg" zu sprechen. Ich [illegible] Herrn General dankbar.

Wir denken an die schlichten Worte Lenins, [illegible] er in einem Artikel im März 1915 schrieb: „Die Arbeiter [illegible] lands ziehen das Sozialisten als Genossen die Hand [illegible] die wie Karl Liebknecht handeln."

Unser Witzblatt

Das Neueste ist, daß die Hakenkreuzler beabsichtigen, [illegible] 15. Januar ab ein eigenes Witzblatt unter dem Titel „[illegible] Brennessel" herauszugeben. Nun sind wir zwar der [illegible] nung, daß an sich die vorhandenen politischen Blätter der [illegible] Leute bereits vollinhaltlich als Witzblätter anzusehen [illegible] hin ist die Absicht der SA.-Männer, nun auch satirisch [illegible] rollen zu lassen, ein neuer Beweis dafür, daß die Schädlinge [illegible] mit allen Mitteln für das Dritte Reich arbeiten. Für den [illegible] empfindenden Menschen ist Hitler allerdings nicht Subjekt [illegible] dem Objekt der Satire. Wer Näheres darüber erfahren will [illegible] das politische Witzblatt „Eulenspiegel", das von der [illegible] sten Nummer an in wesentlich verbesserter Form mit [illegible] Inhalt und reichhaltig illustriert erscheint.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

20 — 11. Jahrg. 1. Beilage — Klassenkampf — Sonnabend, 24. Januar 1931

Anklagen und Mahnworte

Kumpels, in die vorderste Kampffront

Gruben-Delegierte berichten auf der Zeitzer Konferenz — Macht die Braunkohlenbetriebe streikreif

Auf der Kampfkonferenz gegen den Faschismus am Sonntag in Zeitz sprach ein Reihe von Bergarbeiterdelegierten aus dem Zeitz-Weißenfelser Revier. Unter anderem entrollte ein Arbeiter der Grube Naumburg ein erschütterndes Bild von dem Hetzkampf im Betriebe, das das Leben der dort arbeitenden Proleten stündlich in Gefahr bringt. Er schilderte, wie kürzlich der Bergarbeiter Hadrika infolge Grund des dort herrschenden Antreibersystems und

mangels jeglicher Schutzvorrichtungen von der Maschine erfaßt und zum Fleischklumpen zermalmt wurde. Die Grubenverwaltung war noch so bestialisch, daß sie nicht einmal den Betrieb anhalten ließ, um den Leichnam zu bergen, sondern sie forderte einen anderen Arbeiter auf, dies zu tun, also beim Gang der Maschine, um noch ein weiteres Leben aufs Spiel zu setzen!

Die sanitären Einrichtungen der Grubenverwaltung waren so beschaffen, daß noch nicht einmal eine Decke vorhanden war, den Schmutz zuzudecken; die Kumpels mußten dieses tun mit ihren Röcken und Kuckucken! Obwohl dieser Kumpel fast 41 Jahre von jener Grubengewaltigen ausgebeutet wurde, erklärte die Grubenverwaltung, daß nur 1 Kumpel der Beerdigung beiwohnen könnte, und das Mitgehen aller nächsten Arbeitskollegen den Profit der Grubengewaltigen schmälern würde!

Ein anderer Delegierter der Fabrik Webau sprach von den dortigen jammervollen Zuständen. Die Fabrik Webau vereinigt halb Zeitz und halb Braunkohlenindustrie. Die früher gezahlten Prämien sind dort in Wegfall gekommen,

2 Feierschichten wurden eingelegt, so daß die Arbeiter mit 18—22 Mark Wochenlohn heimgehen müssen! Davon müssen sie Haushalt und noch die von den Lauchen zerrissenen Kleider durch andere ersetzen. Daß dies den meisten nicht möglich ist, und sie dadurch buchstäblich mit Fetzen bekleidet im Betrieb herumlaufen, ist jedem erklärlich.

Kumpel richtete speziell an die Kleinbauern den Appell, sich einzureihen in die Front aller Werktätigen. In schlichten Worten eines Großvaters erklärte er ihnen, daß sie alles Mißtrauen gegen die Industriearbeiter überwinden müßten. Wörtlich sagte er: „Wenn auch auch mal ein paar Kartoffeln weggeholt haben, nehmt es nicht übel, das haben die Umstände mit sich gebracht."

Die vorstehend geschilderten Fälle beweisen, wie rücksichtslos und bestialisch das Unternehmertum darangeht, das Lebensniveau der Arbeiter bis ins maßlose herabzudrücken. Alle Bergarbeiter-Delegierten betonten die Notwendigkeit zur Auslösung eines mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks unter Führung der RGO. Kumpels, gehe deshalb heran an die Organisierung des Kampfes. In ganz Mitteldeutschland liegen die Verhältnisse ähnlich wie im Zeitzer Revier. Wenn es nach den Bonzen gehen soll, dann könnt ihr verrecken und umkommen. Schafft die rote Einheitsfront im Betrieb, heraus zum Streik!

Kumpels, in die vorderste Kampffront

„Geht wieder nach Hause, wir brauchen Euch heute nicht!"

Unerhörte Unternehmerprovokation auf dem Tagebau Wählitz

Ein Arbeiter schreibt uns:

Tagebau Wählitz steht wohl im Leutesschikanieren mit an erster Stelle. Es ist doch ziemlich stark, wenn die Proleten oft recht plötzlich mit anfahren dürfen und einfach wieder nach Hause geschickt werden. Glauben die Herren Direktoren, es macht den ausgemergelten Proleten Spaß, in dem Drecke stundenweit bis zu ihrer Arbeitsstätte zu laufen? Es heißt dann: „Geht wieder nach Hause; heute wird nicht gearbeitet." Das ist vorige Woche zweimal vorgekommen und diese Woche ging's am Montag gleich wieder so los. Am gleichen Tage wurden jedoch wieder etliche Kumpels für Dienstag bestellt. Wir fragen an: Weshalb bestellt man nicht alle?

Mit solchen Methoden will man die Belegschaft mürbe machen und die Kollegen gegenseitig aufhetzen!

Es gärt wegen diesen unerhörten Provokationen mächtig unter der Belegschaft. Die Proleten meuterten. Kumpels, mit Meuterei allein ist's nicht getan, hier heißt es kämpfen, schnell und entschlossen handeln. Kützel zum Streik, die Situation ist günstig. Schart euch alle, die ihr noch abseits steht, um die KPD und die RGO. Sie allein ist die richtige Führerin, sie zeigt uns den rechten Weg. **Kollegen, rüttelt die Säumigen auf, erscheint alle am Sonntag, dem 25. Januar, zur Belegschaftsversammlung im Gasthof „Zum grünen Tal" in Zetsch.**

Für 40-Stundenwoche und vollen Lohnausgleich

9000 Holzarbeiter im Kampf

Aussperrung in Hamburg, München, Sachsen und im Rheinland — Die Holzarbeiter von Halle wehren sich, macht alle Holzbetriebe streikreif

Nach den Mitteilungen des Holzarbeiterverbandes sind bis jetzt 9000 Holzarbeiter in ganz Deutschland ausgesperrt. Am stärksten ist die Aussperrungsmelle in Hamburg, am Niederrhein und in Sachsen.

Die Reformisten versuchen die Tatsache der Aussperrung abzuschwächen, um ihre völlige Untätigkeit zu verhüllen. Wenn sie sagen, daß von 120 000 Holzarbeitern nur 9000 ausgesperrt seien, so ist zunächst festzustellen, daß von den 120 000 im Tarifgebiet vorhandenen Holzarbeitern die Hälfte arbeitslos ist, der Prozentsatz der Ausgesperrten also doch schon beträchtlich ist, außerdem muß damit gerechnet werden, daß die Unternehmer weitere Holzarbeiter aussperren, wenn sie ihre dringendsten Arbeiten erledigt haben. Die absolute Passivität gegenüber dieser Aussperrung ist direkter Verrat, zumal die Verbandsbürokratie offen zum Ausbruch bringt, daß sie mit einem Lohnabbau einverstanden ist.

Demgegenüber fordert die RGO die Holzarbeiter auf, ebenfalls den Lohnabbau abzulehnen, überall Gegenforderungen zu stellen und zur Abwehr des Lohnabbaues in den Streik zu treten. Gewiß sehen wir im Unternehmerlager Schwankungen, doch gerade das muß die Holzarbeiter ermutigen, überall entschlossen die Waffe des Streiks anzuwenden und ihre Forderungen durchzusetzen.

Schafft eigene Streikleitungen unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Der Kampf in Halle

A.-K. Vor einiger Zeit wurde bei der Firma Claus & Rühle, Böllbergerweg, die Schaufenstereinrichtungen herstellt, durch Aushang bekanntgemacht, daß ab 16. Januar der Lohn um 8 Prozent gekürzt werde und im Februar nochmals um 7 Prozent.

Mithin sollte also eine Lohnkürzung von 15 Prozent vorgenommen werden. In der Spitze macht die jetzige Kürzung 9 Pf. von 1.14 M. aus.

Der Betriebsrat, der sich aus parteilosen Arbeitern zusammensetzt, ließ zunächst die Dinge an sich herankommen. Schließlich nahm er am Donnerstag, dem 15. Januar, Verhandlungen mit der Betriebsleitung auf, die sich aber auf ein Verhandeln nicht einließ, sondern ein glattes Ja oder Nein verlangte!

Vom Holzarbeiterverband war den Kollegen empfohlen worden, weiterzuarbeiten. Darüber waren jedoch die Arbeiter sehr empört und der Verband mußte schließlich dem Betriebsrat die Genehmigung erteilen, einen Lohnabbau abzulehnen, was dieser dann auch tat.

Daraufhin sperrte die Firma die ganze Belegschaft von 54 Mann aus und versucht jetzt, Arbeiter zu dem herabgesetzten Lohne zu bekommen. Das ist ihr aber nur zu einem kleinen Teile gelungen. Es arbeiten jetzt sechs oder sieben Streikbrecher dort, die alle von auswärts sind. Sofort nach Bekanntwerden dieser Zustände bei Claus & Rühle haben sich erwerbslose Arbeiter den streikenden Kollegen zur Verfügung gestellt, **um mit ihnen gemeinsam das Streikpostenstehen zu übernehmen.** Wie wir hören, soll inzwischen ein Kollege aus Könnern, der bei Claus & Rühle angefangen hatte, seine Tätigkeit wieder eingestellt haben.

Neben Claus & Rühle streiken auch noch die Kollegen einiger kleinerer Firmen in Halle, so die von Reinecke & Andag, von Walter in der Lessingstraße und von Preller in der Zwingerstraße. Die Kollegen von Hanke in der Albrechtstraße streiken nicht, weil dort der Unternehmer den Lohnabbau zurückgenommen hat. Aus allem ist ersichtlich, daß die Kollegen gegen Unternehmer und Bonzenbrut etwas erreichen, wenn sie geschlossen stehen. **Stärkt auch unter den Holzarbeitern überall die Betriebsgruppen der RGO!**

Bonzen schicken „Delegierte" auf General-Versammlungen die gar nicht gewählt sind

A.-K. Die Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes Bitterfeld bestimmte, entgegen dem Willen der Mitgliedschaft, die Delegierten zur Generalversammlung. Die Mitglieder hatten den Kollegen Max Trotzsch gewählt. Als Ersatzmann den Kollegen Kerchland. Kollege Trotzsch kandidierte 1930 auf einer roten Betriebsratsliste und tat stets seine Pflicht als revolutionärer Gewerkschaftler. Nach 13jähriger Mitgliedschaft wurde er ausgeschlossen. Die Verbandskollegen protestieren aufs schärfste gegen den Ausschluß und sie erwarteten wenigstens, daß als Delegierter zur Generalversammlung nunmehr der Ersatzmann fahren würde, der Kollege Kerchland. Die Gewerkschaftsbürokratie bestimmte aber unter der Leitung von Breschneider und Krause den SPD-Mann Paul Edler, der das Vertrauen der Kollegen absolut nicht genießt. Mit dieser Diktatur haben die Bonzen erst recht die Kollegen auf die Politik der RGO gestoßen. Das Vertrauen zur RGO wächst im gesamten Verbandsbezirk. Die ganze Angelegenheit kam in einer Mitgliederversammlung heraus, die für Brehna angesetzt war. Krause war als Referent nicht erschienen und das Büromädel vom Verband tappte zu sehr. Die Mitglieder kamen dahinter, daß Edler als Mandatsräuber fungiert hatte. Edler brachte beim Vorhalten seiner Handlungsweise kein Wort heraus. **Verbandskollegen, bringt durch gute Fraktionsarbeit die Mitgliedschaft restlos hinter euch, dann haben die Bonzenstreiche bald ein Ende.**

Lohnabbau im Dresdner Konsum-Verein

Auch im Dresdner Konsumverein „Vorwärts", der völlig unter sozialdemokratischer Leitung steht, wird ein Lohnabbau durchgeführt. Der sozialdemokratische Betriebsrat schlug nach vorheriger Vereinbarung mit der Leitung folgende Regelung vor: Es sollen abgezogen werden bei einem Monatseinkommen von 60—100 Mark 3 Prozent, bis 150 Mark 4 Prozent, bis 200 Mark 5 Prozent, bis 500 Mark 6 Prozent, bis 400 Mark 7 Prozent.

Dabei gibt es Bürokraten an der Spitze des Konsumvereins, die Monatsgehälter von über 1000 Mark haben.

Schuhfabriken fordern 27 bis 42 Prozent Lohnabbau

Die Schuhfabrik-Unternehmer, die den Lohntarif für ganz Deutschland gekündigt haben, fordern bei den männlichen Arbeitern einen Lohnabbau von 15 bis 20 Prozent und bei den weiblichen Arbeitern von 27 bis 42 Prozent. Außerdem fordern sie weitere Verschlechterungen, so daß ein Lohnabbau von 50 Prozent herauskommt.

Angesichts dieser Bedrohung der Schuhfabrikarbeiter rührt die reformistische Gewerkschaftsbürokratie keinen Finger, um den Lohnraub abzuwehren. Wieder wird nur an die Schlichtungsinstanzen des Reichsarbeitsministers Stegerwald appelliert, obwohl heute jeder Arbeiter weiß, wie diese Schlichtungsinstanzen entscheiden.

Auch für die Schuharbeiter bleibt kein anderer Weg als Kampf unter Führung der RGO. Die Belegschaften müssen sich einigen, um unter Führung selbstgewählter Streikleitungen den Lohnraub mit dem Streik zu beantworten.

Nur durch Vergleichs-Rauchen

können Sie am Geschmacks-Unterschied feststellen, ob eine Zigarette echt macedonisch ist oder billige Ersatz-Tabake enthält. Sie werden rasch die Überzeugung gewinnen, dass **Schwarz Weiss** echt macedonisch ist, obwohl die Packung nur 40 Pfg. kostet. Vergleichen Sie also Schwarz-Weiss mit beliebigen anderen Marken. Sie werden von dem Wohlgeschmack der Schwarz-Weiss überrascht sein und Sie wissen, welche Zigarette Sie künftig wählen.

Packungen: 0.40 u. 1.20 RM

Gold und dick rund ohne Mdst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0005

HALLE

Sonnabend, den 24. Januar 1931.

Morgen Kampfkongreß gegen Faschismus

Morgen vormittag tritt in Ammendorf die Delegiertenkonferenz für die Stadt Halle und den südlichen Teil des Saalkreises zusammen. Die Delegierten der Betriebs, der Erwerbslosen, Arbeiterfrauen und Jungarbeiter, die Vertreter der proletarischen Massenorganisationen, der Angestellten, Beamten und Kleingewerbetreibenden von Halle, sowie die Delegierten der Werktätigen, der Landarbeiter und Kleinbauern aus dem südlichen Teil des Saalkreises werden auf der morgigen Kampfkonferenz gegen den Faschismus nicht nur bedeutungsvolle Beschlüsse fassen, sondern auch

den ersten praktischen Schritt zur Herstellung der wirklichen revolutionären Einheitsfront zum Kampf gegen die faschistische Diktatur

vollziehen. Halle ist die „Metropole" des mitteldeutschen Industriegebietes, in Halle haben die maßgebenden Vertreter des mitteldeutschen Trustkapitals, der Kriegsrüstungsindustrie und der Metallindustrie, ihren Verwaltungs- und Machtapparat konzentriert. Alle Angriffspläne der mitteldeutschen Trustbourgeoisie gegen die Arbeiterschaft werden vorwiegend von Halle aus organisiert und durchgeführt. Die Offensive des Unternehmertums gegen die werktätige Bevölkerung ist nicht nur im Bezirk, sondern vor allem in Halle selbst im vollen Gange.

Die Bourgeoisie hat angesichts der Bedeutung der mitteldeutschen Kriegsrüstungsindustrie auch für eine äußerste Verschärfung ihrer staatlichen und politischen Machtmittel in Halle Sorge getragen. Ein Riesenaufgebot der staatlichen Polizei steht in Bereitschaft, um das Hallische sowie das mitteldeutsche Proletariat niederschlagen zu können, sobald es zu Kämpfen gegen die Hungerdiktatur und den Lohnraub der Trustbourgeoisie überzugehen wagt.

Dieser Polizeimacht stehen die Kolonnen der faschistischen Verbände, vor allem der Nazis und des Stahlhelms, zur Seite. Die Kampftruppen des Faschismus werden von den Organisationen des kapitalistischen Unternehmertums politisch und finanziell unterstützt.

Die morgige Konferenz wird auf dem Wege der Herausbildung einer klaren, revolutionären Kampffront des Proletariats einen gewaltigen Schritt nach vorwärts tun. Die Beschlüsse der Delegiertenkonferenz werden in erster Linie durch eine breite Mobilisierung aller werktätigen Schichten zum Kampfe für ihre Forderungen und gegen alle Ausbeutungsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihre Organisierung in den revolutionären Kampfformationen des Proletariats ihre Verwirklichung finden. Das verpflichtet insbesondere die Hallische revolutionäre Arbeiterschaft zur höchstmöglichsten Steigerung der Aktivität sowie zu besserer organisatorischer Arbeit zur Gewinnung der Massen der Betriebsarbeiter.

Die gesamte Hallische werktätige Bevölkerung muß in einer Zeit der sich verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krise und des ungeheuren Wachstums des Massenelends und der Massenempörung dieser Kampfkonferenz größte Aufmerksamkeit zuwenden. Wir begrüßen die Delegierten der werktätigen Bevölkerung aus Halle und dem Saalkreis und gelöbnen, gemeinschaftlich mit ihnen alle Kräfte aufzubieten, um das geplante Kampfziel: Volksrevolution gegen die faschistische Diktatur, einer nahen Verwirklichung entgegenzubringen.

„Volksblatt"-Schwindel am Pranger

Das „Volksblatt" hatte in den letzten Wochen über die proletarische Leitung des Allgemeinen Konsumvereins die tollsten Lügen und Verleumdungen veröffentlicht und von anderer Seite kolportiert. In seiner gestrigen Ausgabe veröffentlicht das „Volksblatt" eine Berichtigung, die wir hier wiedergeben, da sie den plumpen Schwindel der sozialfaschistischen Genossenschaftsfeinde über angebliche „Riesengehälter und -spesen" der Geschäftsführer des ARB treffend widerlegt:

„Berichtigung: In Nr. 302 des „Volksblatt" vom 20. Dezember 1930 haben wir aus einem Flugblatt der kommunistischen Genossenschaftler mitgeteilt, daß Herr Bernhard Koenen nebst Spesen ein Gehalt von monatlich 640 M. vom Allgemeinen Konsumverein Halle und Umgegend eGmbH. erhalte und daß die zweite Rußland-Delegation, an der Bernhard Koenen teilgenommen hat, dem ARB Halle etwa 7000 M. gekostet habe. Herr Koenen teilt uns mit, daß er in der gesamten Zeit beim ARB ein Bruttogehalt von 550 Mark monatlich und netto monatlich 490 Mark bezogen habe. Die Fahrten über Sekretariatsunkosten seien willkürlich genannte Teile der Geschäftsunkosten des ARB. Das Sekretariat, das ihm unterstehe, bilde einen Teil des Gesamtbetriebes und verursache natürlich Kosten. Der ARB habe auch für die „Genossenschaftsterrorisierer" nach Rußland keinerlei Kosten beigetragen."

Diese Berichtigung veröffentlicht das „Volksblatt" kommentarlos, wodurch die sozialdemokratischen Sudelfritzen ihren Schwindel selbst zugeben.

Zuchthausurteil des Schwurgerichts

Vor dem Hallischen Schwurgericht hatten sich gestern drei Löbejüner Arbeiter, die man beim Fretzieren in den Schluchten bei Friedberg ertappt hatte, zu verantworten. Während der Arbeiter Sch. freigesprochen wurde, verurteilte man den Arbeiter K. zu der unerhört hohen Zuchthausstrafe von 2 Jahren 7 Monaten, während der Arbeiter L. mit einem Monat davon kam. L. soll auf einen der beiden Flurbeamten geschossen haben. Verletzt wurde dabei niemand. Um so unbegreiflicher ist das barbarische Urteil gegen den Arbeiter K.

Betrunken am Steuer. Gestern abend gegen 23.45 Uhr gebiebdete beim Einbiegen aus der Großen Ulrichstraße in die Schulstraße ein angetrunkener Kraftwagenführer mehrere auf dem Bürgersteig gehende Personen. Als sich einer der Gefährdeten die Nummer des Kraftwagens notieren wollte, stürzte der Kraftwagenführer aus seinem Wagen heraus und verletzte zwei männlichen und einer weiblichen Person Hautabschürfungen im Gesicht. Der Täter wurde festgenommen und der Wagen sichergestellt.

Stubenbrand. Gestern gegen 12.30 Uhr entstand auf dem Advokatenweg ein Stubenbrand, der durch den Wohnungsinhaber gelöscht werden konnte. Die Feuerwehr brauchte nicht alarmiert zu werden.

Ein Streikbrecher, der in eine Tischlerei in der Großen Klausstraße gehen wollte, soll von einem Streikposten verdöbelt worden sein.

Erwerbslose des Stadtteils Osten! Am Montag, dem 26. Januar, 15 Uhr, öffentliche Erwerbslosenversammlung bei Lohse (Ecke Dessauer- und Humboldtstraße.

Zoologischer Garten. Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 4 und abends 8 Uhr Konzerte des Hallischen Symphonie-Orchesters, Leitung Franz Platz. Donnerstag, den 29. Januar 9. Symphonie-Konzert. Solist: Hanna Ahrens, Berlin (Violine).

Zersetzung im Lager der NSDAP

Der Hitler köpft den Hinkler

Nazi-Gauleiter Hinkler auf Befehl Adolf Hitlers wegen politischer Unzulänglichkeit abgesetzt, kaltgestellt — Die betrogenen Nazi-Proleten revoltieren

Der Gauleiter der NSDAP, Gau Halle-Merseburg, und Herausgeber des Nazi-Blättchens „Der Kampf", Paul Hinkler, ist auf allerhöchsten Befehl Adolf Hitlers seines Postens enthoben worden. Die NSDAP hat für morgen, Sonntag, vormittag 9 Uhr, eine außerordentliche Tagung der Ortsgruppenführer und Stützpunktleiter des Gaues Halle-Merseburg nach dem „Bierhaus Engelhardt" einberufen. Eine Reihe von Kreistagungen der Nazis, so z. B. in Merseburg, Delitzsch, Bitterfeld und Zeitz, die morgen stattfinden sollten, sind in letzter Minute abgesagt worden. Die morgen in Halle stattfindende außerordentliche Tagung ist vom Vorsitzenden des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses Gau Halle-Merseburg der NSDAP einberufen worden und wird zur Maßregelung Hinklers Stellung nehmen. Hinkler selbst ist jede Tätigkeit für die NSDAP bis auf weiteres untersagt. An seine Stelle als Gauleiter soll der bayrische Landtagsabgeordnete Jordan treten.

Die einschneidende organisatorische Maßnahme Hitlers, die Führung des Gaues Halle-Merseburg der NSDAP betreffend, hat einen tiefgehenden politischen Hintergrund. Es handelt sich nicht nur um die bloße Ablösung einer Person, sondern um eine demonstrative Wendung der Nazi-Partei in Mitteldeutschland, veranlaßt von Hitler, der einen seiner bayrischen Bezirksleiter nach Halle abkommandiert, um den Saustall im Lager der Nazis im Bezirk Halle-Merseburg einmal gründlich auszumisten zu lassen.

„Gestern noch auf stolzen Rossen — heute von Hitler kaltgestellt." Paul Hinkler, der gekröpfte Nazi-Gauleiter, ehemalige Volksschullehrer aus Freyburg, der Mann mit Paragraph 51, ist nicht nur ein politischer Kindskopf, sondern ein geistig völlig unzurechnungsfähiger. Diese leibhaftige Verkörperung des „Dritten Reiches" vor jahrelange Oberhaupt der Nazis in Mitteldeutschland, wurde von seinen Anhängern als einer der „Starken Männer" neuen Deutschland und als „unentwegter Vorkämpfer" für die Befreiung vergötzert. Die Verhunzung dieses nationalsozialistischen Monstrums ging soweit, daß der größte Teil der sozialistischen Funktionäre selbst nicht einmal merkte, daß ein politischer Hansmurst ist, der seine politische Sache — nach dem Vorbild der Hitler und Goebbels — lediglich durch große Schnauze zu verbergen versteht.

Erst in der letzten Zeit setzte innerhalb der NSDAP ein rechter Cliquenkampf gegen Hinkler ein, der von einer stimmten Gruppe geführt wurde. Der Anlaß dazu war der Kampf der NSDAP-Strategen um die „Führer"-Futterkrippe untereinander und andererseits

die Tatsache des völligen politischen Versagens der NSDAP des Bezirks Halle-Merseburg im Kampf gegen die Kommunisten.

Das revolutionäre Proletariat des Bezirks Merseburg hat in den letzten Wochen und Monaten den Nazisozialisten fürchterliche Niederlagen bereitet. In zahlreichen Versammlungen kamen die Kommunisten unter dem Druck der Arbeitermassen zum Wort und entlarvten den politischen Betrug der Nazis vor den Augen ihrer eigenen Anhänger. Viele Versammlungen der Nazis wurden von den Kommunisten übernommen und weitergeführt, andere Nazi-Versammlungen infolge des aktiven Massenkampfes der Arbeiter gegen den Faschismus auf!

Die fürchterlichste Niederlage holten sich die Nazis Mitte Dezember in Halle, wo sie sechs Massenversammlungen zubalten versuchten, die auf Grund der geschlossenen Einheitsaktion des hallischen Proletariats zu einem kläglichen Fiasko führten. Bedeutsam wenn die Nazis zu einer „zügigen Aktion" gegen das Proletariat ausholten, waren die deutschen Arbeiter auf dem Posten und haben den nationalsozialistischen Volksbetrügern den Garaus gemacht! Die NSDAP fiel angesichts dieses Zustandes im Bezirk Halle-Merseburg in einen Zustand ohnmächtiger Wut. Ihre Anhänger, die Schlägertrupps und die entlaufenen Hakenkreuz-Proleten wurden mißmutig und passiv. Zersetzungserscheinungen im Lager der Nazis treten immer deutlicher hervor.

Das sind die hauptsächlichsten Ursachen, die Hitler veranlaßten, Hinkler wegen politischer Unzulänglichkeit als Gauleiter abzusägen. Hinkler muß für die völlige Unfähigkeit der gesamten Naziorganisation in Mitteldeutschland den Kopf gekostet haben. Er wird als politischer Scharlatan abgetan und an seine Stelle soll der bayrische Landtagsabgeordnete Jordan, der die Drei steckenden Nazitarren wieder flott machen. Aber nur das: Jordan soll auf Befehl Hitlers die faschistischen Banden zur höchsten Aktivität zum Kampf gegen die Kommunisten im Bezirk Merseburg führen und die nationalsozialistischen Terrorbanden gegen die revolutionäre Arbeiterschaft scharf machen.

Die mitteldeutsche Arbeiterschaft wird den Provokateuren und „würdig" empfangen und ihm beweisen, daß in Halle-Merseburg das revolutionäre Proletariat die Oberhand besitzt!

Faschistische Mordbanditen an der Arbeit

Nazi-Überfall auf revolutionäre Arbeiter — mehrere Arbeiter durch Messerstiche schwer verletzt

Nach der gestrigen Sportlerkundgebung im Volkspark marschierten die Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus vom Stadtteil Westen in geschlossenem Zuge nach ihrem Wohnbezirk.

In der Nähe des Universitätsoringes stürzte sich plötzlich ein starker Trupp von Nationalsozialisten, der aus der Straße Harz kam, auf das Ende des Zuges. Die Nazis schlugen und stachen aus dem Hinterhalt auf die Genossen des Kampfbundes ein.

Dabei wurden drei bis vier Antifaschisten verletzt. Die Verletzten mußten nach der Klinik gebracht werden. Die Polizei, die in dem gleichen Moment mit einem starken Ueberfallkommando zur Stelle war, als die Nazi-Leute die Arbeiter angriffen, konnten nun nicht anders, als die Nazis an weiteren Vorstößen gegen die Arbeiter zu hindern. Die Polizei hat damit den Nazis im Grunde genommen einen Gefallen getan, denn sonst wäre diesen faschistischen Strolchen und Messerhelden eine gehörige Abfuhr sicher gewesen. Einige Nazis wurden festgenommen.

Wie wir erfahren haben, haben die Nazis diesen feigen Ueberfall planmäßig vorbereitet. Das Nazi-Lokal Café Vaterland in der Geiststraße war in den gestrigen Abendstunden von Faschisten überfüllt. Arbeiter, die sich von der Volkspark-Kundgebung auf dem Nachhauselwege befanden, wurden aus dem Lokal heraus von den Nazis provoziert.

Zwei von den Nazis durch Messerstiche am Kopf und durch Hiebe mit dem Schlagring ebenfalls am Kopf verletzten Arbeiter sind im Krankenhaus verbunden und dann wieder entlassen worden. Die Nazis hatten es in erster Linie auf einen bisherigen SA-Mann abgesehen, der vor kurzem zur Antifa übergetreten ist. An den Zusammenstößen in der Fleischerstraße und dann an dem Hauptstoß der Nazis in der Wilhelmstraße waren etwa 200 Nazis beteiligt. Ausnahmsweise Nazis sollen auf zwei Autos herbeigeschafft worden sein. Die überfallene Antifagruppe war etwa 40 Mann stark.

Die Nazis griffen mit Dolchen und Schlagringen an.

Der Hauptstocher war der berüchtigte Jahnert, der als Messerstecher bekannt ist. Trotz der Uebermacht der Nazi-Banden gab es den Antifagenossen, sich nach einer Seite hin — der Angriff erfolgte von zwei Seiten — durchzuschlagen.

Die revolutionäre Arbeiterschaft von Halle muß dem faschistischen Mörderterror der Nazis den entschiedenen wehrhaften Kampf gegen den Faschismus entgegensetzen.

Selbstmord einer Hausangestellten

Gestern gegen 15 Uhr wurde hinter dem Tafelmerder aus der Saale die Leiche einer 21jährigen Hausangestellten geländet. Das Mädchen hatte sich am 14. Dezember vor. Js. gegen 21.30 Uhr aus ihrer Wohnung entfernt mit der Angabe, noch einmal an die Luft zu gehen, weil es Kopfschmerzen habe. Am nächsten Morgen wurde auf einer Promenadenbank im Gimritzer Park der Mantel, der Hut und die Handtasche des Mädchens aufgefunden.

Feuer im Kino

Gestern geriet in den CT-Lichtspielen, Große Ulrichstraße, während der Vorstellung eine Filmrolle in Brand. Es verbrannten etwa 1000 Meter Film. Das Feuer konnte durch das Personal mittels Minimax gelöscht werden. Der Vorführer hat leichte Brandwunden an den Händen und im Gesicht erhalten. Die Vorstellung mußte abgebrochen werden. Im Zuschauerraum war das Feuer nicht bemerkt worden.

Ein „Stoßreisender" als Naziagitator

A.-K. Ein Reisender namens Schulze aus Halle, Charlottenstraße, reist angeblich für einen Vogtländer Wäschefabrikanten. Er besucht vor allem die Arbeiter verschiedener Ortschaften des Saalekreises in der Umgebung des Petersberges. Dem Herrn „Stoßreisenden" scheint es aber mehr darauf anzukommen, für die Nazibewegung zu agitieren. Der Kerl betreibt überall, wo er hintommt, eine wüste Hetze gegen die Kommunistische Partei und den „Klassenkampf". Des weiteren verleumdet er die Sowjetunion und erzählt über die Verhältnisse in der Sowjetunion die tollsten Schauermärchen. Als ihn einige Arbeiter zur Rede stellten und ihn fragten, wo er denn seine Weisheit her habe, ob er denn schon einmal in der Sowjetunion gewesen sei, wurde Herr Schulze äußerst verlegen. Er antwortete, daß er dies alles in den Zeitungen (wahrscheinlich im Nazi-„Kampf") gelesen habe. Hoffentlich sind die saubere Bursche von allen Arbeitern in gebührender Weise empfangen, wenn er sich in ihren Wohnungen blicken läßt und seine Hetze gegen die revolutionäre Arbeiterschaft fortsetzt. Soll er seinen Trost bei den Nazis verlaufen, aber nicht bei Arbeitern, die er hinterhältig verleumden.

An die Mitglieder der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes von Halle!

Genossen der Betriebszellen und Straßenzellen!

Montag, den 26. Januar, 20 Uhr, „Volkspark", großer Saal:

Außerordentliche Parteiversammlung

Tagesordnung: Die Plenartagung des Zentral-Komitees, Streikbewegungen, Lage in den Massenorganisationen.

Nur Partei- und Jugendmitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbücher als Ausweis mitbringen, sonst keinen Einlaß.

BL der KPD Halle-Merseburg.
BL des KJVD Halle-Merseburg.

Theater, Konzerte, Vorträge

Wochenspielplan des Stadttheaters. Heute, Sonnabend: „Hänsel und Gretel"; Sonntag, 15 Uhr, 8. Fremdenvorstellung: „Bitterlich und Hufer", 19.30 Uhr: „Die Geisha", (ermäßigte Sonntagspreise); Montag: „Des Meeres und der Liebe Wellen"; Dienstag zum erstenmal in der völlig neuen Einstudierung und Inszenierung: „Die Zauberflöte", Musikalische Leitung: Generalmusikdirektor Erich Band, Spielleitung: August W. Roesler; Mittwoch: „Des Meeres und der Liebe Wellen"; Donnerstag: Gastspiel Kammersänger Heinrich Knote von der Staatsoper München (in der Titelpartie): „Tannhäuser"; Freitag: „Zauberflöte"; Sonnabend, den 31. Januar, zum ersten Male: „Lampe", Komödie von Emil Rosenow. Spielleitung: Gustav Müller; Sonntag, den 1. Februar, 15 Uhr, zu ermäßigten Preisen: „Bitterlich und Hufer", 19.30 Uhr: „Die Geisha" (ermäßigte Sonntagspreise).

Mozarts „Zauberflöte" im Stadttheater. Am Dienstag, den 27. Januar, geht zur Feier des 175. Geburtstages von Wolfgang Amadeus Mozart „Die Zauberflöte" in einer völligen Neueinstudierung und Neuinszenierung in Szene. Der Vorverkauf hat begonnen.

Im Thalia-Theater gelangt heute Sonnabend, 20 Uhr, Lessings und Bachs erfolgreicher Schwank „Der keusche Lebemann" zur Aufführung. Am Sonntag, dem 25. Januar, 20 Uhr, wird „Der Frauenmoloch Schwank" der Muttergatte" wiederholt.

Walhalla-Theater. Morgen zweite Familienvorstellung zu großen Erfolgspreisen: „Der Tanz ins Glück" zu Preisen für Kinder die Hälfte. Abends 8 Uhr. Gewöhnliche Preise (siehe Anzeige).

Volksbühne. „Hänsel und Gretel" am Sonnabend für 8 Uhr. 20 Uhr. Kärntner Kulturfilm am Montag: „Aus Bergesfriede". Ein Film von der Schönheit der deutschen Alpen. Der Bergsee im Sommer und Winter. Das Steinerne Meer. Holzarbeit auf dem Königssee. Bergsagenfarben. „Polizei Lampe", Komödie von Rosenow, Montag, den 27. Jan. 8. Wiederholung am 11. Februar für B; am 26. Jan. 20 Uhr. für R. Einführung für B bis 4; für C bis 14, und für D bis 8 erbeten. Wahlfreie Sondervorstellungen: „Hotel Stadt" von Operette von Gilbert am 12. Februar. „Die Geisha" Operette am 19. Februar. Karten wahlfrei gegen Mitgliedskarte als Sonderschecktstelle. Als 4. Veranstaltung der Jugendbühne folgt am 4. Februar „Roter Lampe". Einführung des 4. Abschnittes, soweit noch vorhanden, bis spätestens 31. Januar erbeten.

Volksparl. Heute abend ist vom Bandoneon-Orchester Kurt Hoffmann ein Unterhaltungs-Abend mit Tanz vorgesehen. Morgen Sonntag, 11 Uhr, finden im großen Saal Kind- und Pop-Konzerte statt. Es konzertiert die Hauskapelle bei freiem Eintritt. Im großen Saal ist der Mandolin-Klub ein Bereitsabend veranstaltet. Dienstag, abends 8 Uhr, findet Marion Pitz mit seinem Orchester zum Winterkonzert in [illegible] Eintritt 40 Pf. einschließlich Programm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0006

Die proletarische Elternschaft Halles protestiert

gegen die beabsichtigte Einsparung von 140 000 Mark im Volksschuletat — Kämpft gegen die reaktionäre Schulpropaganda der christlichen Verbände

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion erhielt vom Elternbeirat der Weingärtenschule folgende Protestentschließung:

„Der Elternbeirat der Weingärtenschule protestiert einmütig gegen die beabsichtigte Einsparung von 140 000 Mark im Volksschuletat der Stadt Halle, insbesondere gegen die Einsparung von 100 000 Mark, die für den Schulhausfonds eingesetzt waren. Die Weingärtenschule wird von diesen Maßnahmen besonders hart betroffen, weil die Dieterwegschule dazu dienen soll, u. a. einen Teil der Oberklassen der Weingärtenschule zu entlasten.

Die in letzter Zeit an der Weingärtenschule besonders aufgetretenen Diphtheriefälle, die auch zu einer vorübergehenden Schließung einzelner Klassen und schließlich der gesamten Schule geführt haben, lassen es dringend notwendig erscheinen, Abstreichungen im Volksschuletat, wie sie oben genannt sind, nicht vorzunehmen.

Der Elternbeirat der Weingärtenschule
I.A.: H. Kittelmann, Schriftführer."

Wie von der Vertretung der proletarischen Elternschaft der Weingärtenschule einstimmig angenommene Entschließung ist ein Schlag gegen den Hallenschen Magistrat und den Herrn Stadtmedizinalrat Dr. Schnell, der auf dem Gebiete des Volksschulwesens in Halle das hygienischen Schutzes der Schulkinder vor ansteckenden Krankheiten als „höherer Ordnung" betrachtet. Die Sorglosigkeit des Herrn Schnell im Hinblick auf sein ihm übertragenes Aufgabengebiet erregt Bewunderung. Der Stadtmedizinalrat von Halle, der nicht durch seinen gewaltigen Kampf gegen die Kommunisten und vor allem gegen die Abhaltung des Weltkindertreffens im Jahre 1931 in Halle, sondern neuerdings auch durch seine Verwendung als „christlichsozialen Berater" für den Völkerbund traurige Berühmtheit erlangt hat, reist in der Weltgeschichte herum, während man in Halle drauf und dran ist,

einen erneuten Anschlag gegen die proletarischen Schulkinder vorzunehmen.

Die Entschließung des Elternbeirates der Weingärtenschule beweist, daß die Arbeiteltern ihre Pflichten und Aufgaben als Eltern nicht mehr allein Kirche und Verantwortungsgefühl erfüllen, als Dr. Schnell seine Pflichten als Stadtmedizinalrat.

Es sind und selbstverständlich schon heute darüber im Klaren, daß der Stadt Halle für das Geschäftsjahr 1931/32 auf dem Gebiete der Hungerpolitik und der Sozialreaktion den Vogel abschießen wird. Die Streichung von 140 000 Mark im Volksschuletat zeigt, daß die miserablen Verhältnisse in den alten Volksschulen beibehalten werden und der Bau des zweiten Flügels der Dieterwegschule auf endlose Zeit hinausgeschoben wird, da ja die 100 000 Mark für den Schulhausbaufonds ebenfalls eingespart werden sollen. Gegen diese Maßnahmen muß nicht nur die proletarische Elternschaft, sondern die gesamte werktätige Bevölkerung schärfstens protestieren. Die zunehmende Verelendung der Arbeitermassen, die in der schlimmsten Weise gerade auf die Gesundheit der Arbeiterkinder auswirkt, läßt es nicht zu, daß auch in den nächsten Jahren Kinder in ungesunden Schulräumen eng zusammengepfercht sitzen müssen, wie das heute noch in Halle zum großen Teil der Fall ist. Dem Protest des Elternbeirats der Weingärtenschule müssen sich sofort alle Elternbeiräte sämtlicher Schulen anschließen. Die gesamte proletarische Elternschaft muß gegen die reaktionären Maßnahmen des Magistrats auf dem Gebiete der Schulpolitik, die eine weitere Gefährdung der Gesundheit der Arbeiterkinder mit sich bringen, entschieden Front machen.

*

In der Woche vom 25.—31. Januar veranstaltet der „Evangelische Reichselternbund" eine sogenannte „Reichselternwoche". Dieser Rummel, an dem die Kirche selbstverständlich hundertprozentig beteiligt ist, soll unter dem Motto: „Die Familie bleibt im Mittelpunkt" vonstatten gehen. Durch diese von etwa 30 evangelischen Organisationen aufgegangene Aktion wird beabsichtigt, in der gegenwärtigen Krise durch einen bestimmten Druck auf die staatlichen Institutionen die

öffentlichen Wohlfahrtsmaßnahmen einzuschränken.

Die durch den Bankrott der bürgerlichen Gesellschaft zerrüttete „heilige Familie" soll in Zukunft in weit größerem Maße als bisher in den Dienst der „allgemeinen Fürsorge" gestellt werden. Während dieser „Reichselternwoche" soll auch eine rege Propaganda für die Einschulung in die christlichen Schulen getrieben werden. In Verbindung damit wird man selbstverständlich auch eine großangelegte Hetze gegen den „Kulturbolschewismus" und gegen die Sowjetunion betreiben. Bereits am 25. Januar, also am morgigen Sonntag, findet in allen christlichen Kirchen ein sogenannter „Erziehungssonntag" statt. Im weiteren Verlauf des Rummels sollen Familienabende und öffentliche Kundgebungen in größtem Umfange veranstaltet werden.

Die proletarischen Kulturorganisationen müssen jetzt in Gemeinschaft mit den proletarischen Elternbeiräten auf den Plan treten, um gegen diesen bürgerlich-christlichen Propagandarummel eine wirksame Gegenpropaganda entfalten zu können. Alle Freidenker, roten Elternbeiräte und die revolutionären Jugend- und Kinderorganisationen müssen in den nächsten Tagen öffentliche Kundgebungen gegen den Kultur- und Schulfaschismus sowie gegen die reaktionären Pläne des Hallenschen Magistrats einberufen und durchführen. Wir dürfen den Schrittmachern des Kultur- und Schulfaschismus das Feld nicht überlassen. Die Mobilisierung der gesamten proletarischen Elternschaft zur Abwehr aller kulturreaktionären Maßnahmen ist das Gebot der Stunde.

Nieder mit dem Kulturfaschismus!

Revolutionäre Freidenker — rote Elternbeiräte, vor die Front!

Die Frau

ist nicht nur da, um am Kochtopf zu stehen oder die Kinder zu warten, sondern in dieser wirtschaftlich schlechten Zeit muß die Frau auch Kämpferin an der Seite des Mannes werden. Sie muß kämpfen für Gleichberechtigung der Frau, für eine bessere Zukunft ihrer Kinder. Das setzt voraus, daß sie sich organisiert und Aufklärung holt am Dienstag, dem 27. Januar, 20 Uhr, im „Produktiv"-Saal, Lerchenfeldstraße in der

öffentlichen Frauenversammlung.

Die Genossin Frieda Koenen, Merseburg, wird sprechen über: „Volksrevolution gegen Faschismus".

Frauen, kommt alle zu dieser Versammlung! Die „Rote Schmiede" spielt! KPD, Stadtteil Westen.

Das rote Döllnitz entsendet seine Vertreter

zur Kampfkonferenz gegen den Faschismus

A.-S. Die letzten Tage standen im Zeichen der Mobilisierung der werktätigen Bevölkerung zum Kampfe gegen den faschistischen Staat und zur Wahl von Delegierten für die Kampfkonferenz gegen den Faschismus. In Döllnitz wurden insgesamt 16 Delegierte aus allen proletarischen Organisationen gewählt. Unter den Delegierten befinden sich 12 Parteilose und vier Frauen.

Der Kampfbund gegen den Faschismus

macht eine gute Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Das Gebiet der Werbejahl wurde um 50 Prozent überschritten. In einer Mitgliederversammlung wurde der Beschluß gefaßt, bis zum März eine Steigerung der Mitgliederziffern um 150 Prozent zu erreichen. Der Kampfbund gegen den Faschismus bereitet den Döllnitzer Ortsbehörden arge Kopfschmerzen. Der Landjäger „Oberfeldwebel" hat seine nach Halle berichtet, daß der Kampfbund in Döllnitz nur [illegible] stark sei. Nun hat er sich aber selbst davon überzeugen müssen, daß unsere Kampforganisation bereits über 50 Mann stark ist. Der Leiter der Organisation ist ebenfalls ein ganz anderer, als Herr [illegible] vermutet. Neuerdings hat er Anweisung bekommen, gegen die Kollegen in Döllnitz aufs schärfste vorzugehen. Vor einigen Tagen [illegible] eine Reihe von Kameraden zu dem sozialfaschistischen Staatsbesuch [illegible] Krieger geführt. Hier sollten sie Angaben darüber machen, [illegible] sich an der „allgemeinen Demonstration" am 24. Dezember beteiligt [illegible]. Die beiden Landjäger, die bei dem Verhör zugegen waren, [illegible] unsere Kameraden in der unflätigsten Weise, und [illegible] sogar Prügel an, wenn sie keine zufriedenstellenden Aussagen machen. Das Vorgehen der Polizei gegen die Arbeiterschaft in Döllnitz wird immer skandalöser. Der Trotz des Kitterschen Gebiete liegt immer noch kniepelnd auf der Straße [illegible]. Das scheint die Herren Ordnungshüter nicht. Sie werden mal [illegible] Großagrarier eingeladen, und dann ist alles wieder in „heiter [illegible]". Aber die Kameraden des Kampfbundes gegen den Faschismus [illegible]. Wir lassen uns nicht abschrecken, trotz des Polizei[illegible] werden wir unseren Kampf gegen die braune Mordpest fortsetzen.

Die Nietlebener Erwerbslosen setzen sich durch

Am letzten Donnerstag fand in Nietleben eine Versammlung der Erwerbslosen statt, in der nochmals zu den Anträgen der Erwerbslosen der Gemeinde Stellung genommen wurde. Nach der Versammlung demonstrierten die Erwerbslosen geschlossen unter dem Gesang revolutionärer Lieder nach dem Gemeindeamt. Eine Deputation der Versammlung begab sich in Begleitung eines kommunistischen Gemeindevertreters zum Gemeindevorsteher, um dort die Forderungen der Erwerbslosen nochmals zu vertreten. Auf der Straße riefen die Erwerbslosen den Bürgern zu:

„Wir haben Hunger, wir fordern Arbeit und Brot!"

Nach der Verhandlung zogen die Erwerbslosen wieder geschlossen in das Versammlungslokal zurück, wo die Berichterstattung erfolgte. Der Vorsitzende der Deputation berichtete, daß den Erwerbslosen eine [illegible] und eine Wärmehalle zugesichert worden sei. Trotz dieser Zusicherungen ist der Erfolg, der auf Grund des kampferischen Auftretens der Erwerbslosen erzielt worden ist. Die Erwerbslosen müssen in Zukunft dieselbe Entschlossenheit und Aktivität an den Tag legen, damit auch die übrigen Forderungen durchgesetzt werden können.

Erfolgreiche LGL-Feier in Nietleben

Am 17. Januar in Nietleben stattgefundene LGL-Feier der kommunistischen Partei gestaltete sich zu einem machtvollen Bekenntnis des revolutionären Arbeiterschaft für den revolutionären Klassenkampf im Sinne unserer großen Führer. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung war der Saal voll besetzt. Aus sämtlichen Nebenräumen mußten noch Stühle herangeholt werden. An der Veranstaltung wirkten mit der Arbeitergesangverein, der Arbeiterturnverein und andere proletarische Organisationen, die alle mit Hervorragenden Darbietungen und Leistungen aufwarteten und zum vollen Gelingen der Veranstaltung beitrugen. Die Ansprache hielt der Genosse Karl Gutjahr. Genosse Gutjahr ließ in großen Zügen das Wirken Lenins, Liebknechts und Rosa Luxemburgs im Dienste der Befreiung des Proletariats an den Augen der Anwesenden vorbeiziehen. Seine Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, endeten mit dem Appell an alle Schichten der werktätigen Bevölkerung, die Einheitsfront des Proletariats zum Kampf gegen die faschistische Diktatur herzustellen. Unter allen Anwesenden herrschte ein glänzender Kampfgeist. Die Aufführung der politischen Szene „Der Hungermarsch" erntete stürmischen Beifall und mußte zweimal aufgeführt werden. Am Schluß der Veranstaltung wurden sechs Aufnahmen für die Kommunistische Partei und vier für den „Kampfbund gegen den Faschismus" gemacht.

Dieskauer Einwohner protestieren gegen den Zwangsetat

und gegen die Lügenberichte des „Volksblattes"

A.-S. Am 15. Januar fand in Dieskau eine Einwohnerversammlung gegen den Faschismus statt. Es wurden vier Delegierte zum Kampfkongreß gewählt. Ferner wurde gegen den von Streicher festgesetzten Zwangsetat protestiert. Dieser sieht die Einführung der Regiesteuer, der Biersteuer und die Erhöhung des bebauten Grundbesitzes auf 350 Prozent vor. Die Einwohnerschaft fordert eine Dringlichkeitssitzung der Gemeindevertretung.

Dann wurde Stellung genommen gegen die verlogene Schreibweise des „Volksblattes". Es wurde folgende Entschließung angenommen und beschlossen, dieselbe an das „Volksblatt" und an den „Klassenkampf" zu senden:

„Die heutige Einwohnerversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die gemeine Schreibweise des „Volksblattes". In dem Artikel: „Streikleitungsmitglied arbeitet" wurde der Genosse Hofmann in der gemeinsten Weise denunziert. Es wird festgestellt, daß der Zweck dieses Artikels ist, H. bei der Direktion der Papierfabrik zu denunzieren, damit er brotlos wird. Ferner wird festgestellt, daß die Genossen Gutjahr, Steinmetz, Hofmann und Hagemeister nicht im Auto nach Aumendorf gefahren sind. Eine weitere Lüge ist, daß Hofmann sein Kind nach Döllnitz zum Taufen getragen habe. Die Versammlung lehnt derartige Denunziationen ab und bezeichnet derartige Artikelschreiber als Konterrevolutionäre."

Vorwärts, im Geiste Lenins!

A.-S. Am 18. Januar veranstaltete die SPD der Ortsgruppen Osmünde und Gröbers in Osmünde eine Gedenkfeier zu Ehren unserer großen Führer des Weltproletariats. Unter Mitwirkung der Schalmeienkapelle und der Antifa Schlendtig sowie des Spielmannszuges des Turnvereins Osmünde ging ein Demonstrationszug durch die Ortsteilen Gröbers und Osmünde der Abendveranstaltung voraus. Die Darbietungen, ausgeführt von der Agitprop-Truppe der „Roten Schmiede", Halle, wurden beifällig aufgenommen. Es wurde den Anwesenden gezeigt, wie der Sozialismus in der Sowjetunion vorwärtsschreitet und wie in Deutschland die Reaktion Triumphe feiert.

Die Redner der SPD und der „Roten Schmiede" wiesen darauf hin, daß alle mitwirkenden müssen am Befreiungswerk des Proletariats, für das Lenin kämpfte und für das Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg fielen. In diesem Geist Lenins, Liebknechts und Rosa Luxemburgs weiterkämpfen, heran an die Massen, heraus mit den bürgerlichen und faschistischen Zeitungen aus den Arbeiterwohnungen, hinein in die SPD!

Sozialdemokratische Rentner-Aufklärung mit Komitern, Kaffee und Kuchen

A.-S. In der vergangenen Woche hatte der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands in Dieskau zu einer Rechtler zum Weihnachtsfest aufgerufen und hatte dazu sämtliche Invaliden von Dieskau eingeladen. Erschienen waren gleich 50 Personen, wovon 40 Mitglieder des Zentralverbandes und Unorganisierte waren und etwa 10 Mitglieder des Internationalen Bundes. Auch zwei Gemeindevertreter hatte man mit eingeladen. Zur „Verschönerung" der Feier hatte man einen Klavierspieler und einen Komiker engagiert. Der Vorsitzende König eröffnete die Feier mit einem Lobliede auf seinen Verband, worauf seine Frau ein Weihnachtsgedicht vortrug, und zwar von der „Güte des lieben Herrgottes im Himmel". Dann erfolgte die Verteilung der Geschenke im Gestalt von zwei Tassen Kaffee und zwei Stück Kuchen für jeden Anwesenden — sofern sie nicht zwei Glas Bier vorzogen. Während dieser Zeit kam der engagierte Komiker zu seinem Recht. Dann hielt der Bezirksleiter des Zentralverbandes Riedel seine „Festrede", in welcher er auf das gehaßtrübte Bestehen seines Verbandes hinwies und frech behauptete, daß seine Organisation die einzige Organisation gewesen sei, die für höhere Renten gekämpft hätte. Daher, führte er an, sei eine Organisation am Werke, die die Einheit des Verbandes zerstören wolle. Bohlfisisch nannte er dieselbe nicht, um die Anwesenden nicht auf sie aufmerksam zu machen und um die „Feststimmung" nicht zu stören. Mit dem Liede „Stille Nacht, heilige Nacht" wurde diese Feier beendet.

Rentenempfänger, erkennt, daß man euch mit derartigen Methoden nur zu verführen und verdummen will. Wir als Internationaler Bund sagen ganz offen, daß wir die Organisation sind, die die „Einheit" des Zentralverbandes stört, weil wir erkennen, daß es in der heutigen Zeit der wachsenden Gefahr des Faschismus und des immer rigoroseren Abbaus der Rechte der Rentenempfänger ein Verbrechen ist, die Rentenempfänger nicht zum Kampf gegen das kapitalistische System aufzurufen. Gerade der Vorsitzende des Zentralverbandes, Karten, ist es gewesen, der seinerzeit gegen die Herabsetzung der Altersgrenze für Erlangung der Rente von 65 auf 50 Jahre gestimmt hat, der auch bei der Beratung für Winterhilfsfonds für sämtliche Rentenempfänger gegen diesen Antrag stimmte. Er begründete dies damit, daß dann die Renten noch mehr abgebaut würden. Seine Parteigenossen haben ihn stets in seinem Kampf gegen jede Rentenerhöhung tatkräftig unterstützt.

Rentenempfänger, erkennt, daß euer Platz nicht in einer derartigen Organisation ist, sondern schließt euch zusammen in der Kampforganisation der Rentenempfänger, dem Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Auskünfte erteilt die Ortsgruppe Halle Dienstags und Freitags von 17—19 Uhr sowie die Gauleitung des Internationalen Bundes, Neumarktstraße 9 Hof part.

Eine Verhöhnung

In welch infamer Weise die bürgerliche Presse für den Steuerraub an den Werktätigen Reklame macht, das beweist ein witzig sein sollender Artikel, den die „Hallischen Nachrichten" über die Folgen der Tabaksteuererhöhung vor einigen Tagen veröffentlichten. Es heißt da:

„Die bekannte Schachtel, die du für den Fünfziger erstehst, ist eigentlich doch eine Zeitverschwendung, obwohl nur neun Stück drin sind; es wird keinem einfallen, sie eine Neunerpackung zu nennen. Du hast auch den Inhalt der alten Packungen niemals nachgezählt. Du hättest, was gilt die Wette, nichts bemerkt, wenn auch nur neun Stück darin gewesen wären. Du rauchst ja niemals zehn Zigaretten von deinen zehn. Du rauchst sechse, stehen, die anderen vorläufig an dem Nachbarn auf. Nun, denkt der Staat, tritt du weiterhin deine sechse, stehen rauchen, das Aufwarten aber einschränken. Das leistet sich ein höchstes Unhöflichkeit; mein Gott, man hat viel von dem, was zu höflichen Sitten gehörte, längst auf den Hut gesteckt, warum nicht auch die eine Zigarette für den lieben Nächsten. Du verlierst nichts dabei, was in harem Geld zu beziffern wäre. Verlieren tut nur der Nachbar, der liebe Nächste. Soll er verlieren! Gleichheit ihm ganz recht, warum rauchst er Zigaretten, die er nicht bezahlt hat. Wer Lotterie spielt, soll sie bezahlen."

Wer also raucht, trotzt einem Laster, und dem gebührt ganz recht, wenn er für seine 50 Pfennig nur 9 statt 10 Zigaretten erhält. Diese tonnie Generalanzeigerlogik kommt den Steuerräubern vorzüglich zustatten. Daß die Millionen von Rauchern, die keine „Lasterhaften Menschen" sind, über die maßlose Erhöhung der Tabaksteuer, die zu einer bedeutenden Verringerung des Konsums und zu einer weiteren Verschlechterung der Lage der kleinen Tabakhändler führt, gewaltig empört sind, rührt den bürgerlichen Professoren keineswegs. Die Massen werden durch die Steuerräuber ausgeplündert und dafür von der bürgerlichen Presse noch verhöhnt. Jetzt den „Generalanzeiger" für seine schmutzige Reklame für den Steuerraub zum Teufel!

Achtung, Mitglieder des Arbeiter-Sängerchors!

Am Sonntag, dem 25. Januar, vormittags halb 10 Uhr, findet im kleinen Saal im „Volkspark" eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Thema: Stellungnahme zum Beschluß der Generalversammlung betreffs Anschluß an das Ja-Kartell. Alle Mitglieder, auch die passiven, müssen unbedingt erscheinen!

*

KPD-Mitglieder des Arbeitersängerchors, heute abend 20 Uhr im „Volkspark" wichtige Fraktionssitzung!

Rundfunk-Programm

Sonntag, 25. Januar

7 Uhr: Frühkonzert. 8 Uhr: Landwirtschaftsfunk. 8.30 Uhr: Orgelkonzert. 9 Uhr: Luther in der Universität Erfurt. 9.30—10.30 Uhr: Morgenfeier. 10.45 Uhr: Erfurter Feld- und Fröhlich. 11.30 Uhr: Jubiläumsfeier der deutschen Funkgesellschaft a. D. 12.05 Uhr: Mittagskonzert. 14 Uhr: Wettervorauslage und Zeitangabe. 14.15 Uhr: Stücke für die Bauernwirtschaft: Bom feinsäugen Samen und tastenschen Früchten im Garten. 14.30 Uhr: Kammermusik. 15.05 Uhr: „Die Köcher". Querschnitt aus einem Spiel von Willi Fenz, Erfurt. 15.40

Radio! Sämtliche Markenfabrikate!
Niedrige Preise! — Teilzahlung! — Ingenieur **Otto Berbig**
Fernruf 311 77 **Moritzzwinger 2** Fernruf 311 77

Uhr: Unterhaltungsmusik. 16.45 Uhr: Erfurter Autorenstunde. 17.15—17.40 Uhr: 4. Akt aus „Aida". 18.05: Arbeitslosenfrage und Unfallversicherungsproblem in Erfurt. 18.40: Chorkonzert. 19 Uhr: Erfurt, das Leben einer Stadt. 20 Uhr: Konzert. 21.10 Uhr: Der Erfurter Bürger. 22.20 Uhr: Nachrichtendienst. 22.30 Uhr: Tanzkonzert. Anschließend bis 0.30 Uhr: Tanzmusik.

Montag, 26. Januar

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Werbefunk. 10.10 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk AG. 11.45 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 13 Uhr: Unterhaltungsmusik (Schallplatten). 13.55 Uhr: Kaufmann Heinzeichen (Schluß 18 Uhr). 18 Uhr: Wetervorauslage, Presse- und Rundfunkbericht. Anschließend: Musikalische Solotrompetenstücke (Schallplatten). 14 Uhr: Wirtschaftsfunk des deutschen Sprachvereins. 14.15 Uhr: Finanzfunk. 14.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Zu Ehren von Arnim 150. Geburtstag. 16.30 Uhr:

Radio auf günstige Teilzahlung beim Radiohaus
Moritzzwinger 15 Inh. **Hans Achtel** Tel. 218 40

Nachmittagskonzert. 17.50—17.55 Uhr: Wettervorauslage und Zeitangabe. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18 Uhr: Stunde des Bücherschimmers. 18.30 Uhr: Vom Tage. 19 Uhr: Aus dem Leben für das Leben. Erich Pöpel unterhält sich mit einem Schaufensterdekorateur. 19.30 Uhr: Karl O'Mantis singt. 21 Uhr: Nachrichtendienst. 21.10 Uhr: Was gibt uns heute Neues? 21.40 Uhr: Adolf Saqui singt Hugo-Wolf-Lieder. 22.10 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0007

Ertappties Verrätergesindel

Geheime Lohnabbauverhandlungen im Baugewerbe

Bauarbeiter durchkreuzt den Plan der Unternehmer und Gewerkschaftsbürokraten

Einem Rundschreiben des reformistischen Zentralvorstandes des Zimmererverbandes an die Gauleiter im Reich entnehmen wir, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie im Baugewerbe mit den Unternehmern ein formisches Abkommen getroffen hat, daß über die Lohnverhandlungen für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe völliges Stillschweigen gewahrt werden soll. In dem Rundschreiben beschwert sich sogar der Zentralvorstand der Zimmerer darüber, daß das Unternehmerorgan „Die Baumelt" als einzige Zeitung dieses Abkommen durchbrochen hat, indem sie mitteilte, daß die Verhandlungen am 15. Januar beginnen. Die Verhandlungen haben auch am 15. und 16. Januar stattgefunden und werden auf den 26. und 27. Januar vertagt, wo sie in Berlin fortgesetzt werden sollen. In den Verhandlungen haben die Unternehmer nicht nur Lohnabbau, sondern auch ungeheure Verschlechterungen der sozialen Einrichtungen gefordert. Die Gauleiter erhielten strikte Anweisung, über die Verhandlungen zu schweigen.

Der günstige Wind, der uns dieses Rundschreiben zur Kenntnis brachte, hat uns ferner ein Rundschreiben zugeweht, das der Bürokrat Budrat vom Deutschen Baugewerksbund Tilsit (Ostpreußen) an eine Anzahl sozialdemokratischer Verbandsmitglieder gerichtet hat. Das Schreiben lautet:

„Deutscher Baugewerksbund
Baugewerkschaft Tilsit

Werter Kollege!

Wie Dir bekannt ist, läuft unser Tarifvertrag am 31. März d. J. ab. Bezugnehmend auf die vielen Tarifkündigungen in anderen Berufen zum Zwecke des Lohnabbaues, sind auch die Unternehmer des Baugewerbes daran, die Tariflöhne abzubauen. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren haben, fordern auch unsere Tilsiter Unternehmer **einen Abbau von 10 bis 15 Prozent.** Wir stehen also vor einer schwierigen Situation, und kann uns nur geschlossenes Handeln vor einem Lohnabbau bewahren. Um nun die Stimmung unserer Mitglieder für die bevorstehenden Verhandlungen zu erfahren, wird Du hiermit zu einer internen Besprechung

am Mittwoch, dem 14. Januar, 3 Uhr nachm.,

nach dem Bahnhofsgarten geladen. Wir ersuchen Dich bestimmt, zu dieser Besprechung zu erscheinen, weil es in Deinem Interesse liegt.

Da diese Zusammenkunft den Unternehmern gegenüber geheimgehalten werden muß, mußt Du diese Ladung am Saaleingang vorzeigen, da ohne dieselbe niemandem Einlaß gewährt wird.

Dein bestimmtes Erscheinen voraussetzend, zeichnet

Der Vorstand. J. A.: Aug. Budrat."

Zu diesem Rundschreiben ist zu bemerken, daß natürlich nicht nur die Tilsiter Unternehmer einen Lohnabbau fordern, sondern die **Unternehmer für das gesamte Baugewerbe.** Auch soll die Information nicht vor den Unternehmern geheimgehalten werden, sondern **vor den oppositionellen Mitgliedern.**

Beide Dokumente enthüllen einen verbrecherischen Plan der Unternehmer stellen unverschämte Lohnabbauforderungen [illegible] heimen Verhandlungen soll erst alles abgemacht werden. Bauarbeiter überhaupt etwas erfahren. Die sozialdemokratische Bürokratie der Bauarbeiterverbände weiß, daß sich [illegible] diesen Lohnraub und diese Verschlechterungen nicht [illegible] lassen werden.

Wir haben nun die geheimen Abmachungen durchkreuzt, [illegible] arbeiter wissen, woran sie sind. Es ist notwendig, sofort [illegible] mehr zu mobilisieren und aus Hunderten von der RGO [illegible] sierenden Versammlungen muß der verräterischen Bürokratie entsprechende Antwort gegeben werden: Keinen Pfennig [illegible] Ablehnung jeder sozialen Verschlechterung!

Mobilisierung des letzten Arbeiters zur Durchsetzung der [illegible] forderungen der RGO. Industriegruppe Bau!

Sofortige Aufrichtung der einheitlichen, geschlossenen [illegible] front der hunderttausende Erwerbslosen, der Betriebsräte, [illegible] demokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter ist das [illegible] Stunde!

Wachsende Erkenntnis: Die RGO muß führen

Eisenbahnerdemonstration als Kampfauftakt

Hallische Eisenbahner kampfbereit — Bonzen benutzen Demonstration als Ablenkungsmanöver
Eisenbahner wollen konkrete Streikbeschlüsse

Verspätet erhielten wir einen Bericht über eine Eisenbahnerdemonstration, die am Montag vor dem Verwaltungsgebäude der Hallischen Verwaltung stattfand. Der Bericht unseres Arbeiterkorrespondenten hat noch heute seine volle Bedeutung. Er lautet:

Der Einheitsverband der Eisenbahner hatte zu einer Protestkundgebung der Eisenbahner gegen die Einlegung von Feierschichten in den Betrieben der Reichsbahn aufgerufen. In der Erwartung, daß der EdE entsprechend seines „radikalen" Tamtams die Eisenbahner zum Kampf gegen die Reichsbahndirektion führen werde, waren diese im „Hofjäger" zu einer gut besuchten Versammlung erschienen. Doch wurden sie stark enttäuscht. Aus Angst davor, daß die Eisenbahner selbst sofort zu Kampfmaßnahmen greifen würden, schloß Sorgenfrei nach einem kurzen, hilflosen Einleitungsgestammel schnell die Versammlung und forderte die Anwesenden auf, draußen [illegible] istration vor das Verwaltungsgebäude anzutreten.

Zirka 300 Eisenbahner demonstrierten dann unter [illegible] revolutionärer Kampflieder. Auch eine starke Anzahl [illegible] werbslose Arbeiter hatte sich eingefunden, um die [illegible] dung mit den Eisenbahnern aufzunehmen und sie noch [illegible] Kräften in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Vor dem Verwaltungsgebäude selbst sprach der Landtagsabgeordnete der SPD und Gaufekretär des EdE, Alex Möller. [illegible] Druck der revolutionären Massenstimmung kündigte er [illegible] bahnerverwaltung den „schärfsten Kampf" an — vor den [illegible] Klassenrichtern! — „Rechtsstreit nannte er das. [illegible] bahner selbst waren aber gar nicht mit dieser Herabwürdigung [illegible] Kampfes zum „Rechtsstreit" einverstanden und brachten [illegible] schenrufe zum Ausdruck, daß sie sich nicht vor dem Gericht [illegible] streiten, sondern daß sie streiken wollten!

Sie forderten die sofortige Organisierung des Streikes [illegible] den Betrieben selbst und betrachteten diese Demonstration nur als Auftakt zum Kampf.

Die Gewerkschaftsbonzen veranstalteten diese Demonstration nur, um den ständig wachsenden Kampfwillen der Eisenbahner ein totes Gleise zu schieben! Alex Möller bemühte sich, [illegible] risiener Sozialfaschist nicht so leicht verblüffen läßt. Er [illegible] revolutionären Stimmung der Massen Konzessionen. [illegible] Rechtsstreit zu keinem Ergebnis führen sollte, wolle man [illegible] den Streik der Eisenbahner vorbereiten! Die Eisenbahner [illegible] sen diese Parole aufgreifen und von sich aus gegen jede [illegible] der EdE-Bonzen unter Führung der RGO den Streik [illegible] und durchführen.

Die Demonstration wirkte auf die Bevölkerung ganz [illegible] überraschend. **Daß Eisenbahner, zum Teil in Uniform [illegible] tionäre Lieder singend, demonstrieren, ist ein fest [illegible] nicht dagewesenes Ereignis und muß von uns gebührend [illegible] werden. Das beweist, daß der Wille zum Streik [illegible] handen ist.**

2000 rote Sportler bekennen sich zum roten Wehrsport

Das Hallische Arbeitersport- und Kulturkartell hatte gestern abend die roten Sportler zu einer Massenkundgebung für roten Wehrsport, gegen den Faschismus aufgerufen. Diese von großer Begeisterung getragene Kundgebung, an der etwa 2000 hallische Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen, nahm gleichzeitig zur morgigen Kampfkonferenz gegen den Faschismus Stellung.

Die roten Sportler und die Kampforganisationen gegen Faschismus zogen in geschlossenen Zügen nach dem Volkspark. Mit Begeisterung und in glänzender Disziplin rückte ein Zug nach dem anderen unter Vorantritt von Spielmannszügen von insgesamt vier Stellplätzen ab. Diesen Zügen reihten sich untermegs immer mehr und mehr Arbeiter und Arbeiterinnen ein. In den Straßen — vor allem in denen der Arbeiterviertel — bekundeten die Arbeiter durch begeisterte Zurufe ihre enge Verbundenheit mit den marschierenden Abteilungen der roten Sportler.

Der große Saal des Volksparks konnte die Massen kaum aufnehmen und auch die Galerie war gar bald überfüllt.

Nach einem eindrucksvollen Appell der Spielleute und der Schalmaienkapelle von ASC sprach Genosse Beyling über die **Bedeutung des roten Wehrsports im Kampfe gegen Faschismus,** immer wieder von begeisterten Zurufen und von stürmischem Beifall unterbrochen. Die sich dem Referat anschließende Diskussion, in der ein Genosse von den Kulturorganisationen, ein Erwerbsloser, ein Jungarbeiter und ein roter Sportler zu Worte kamen, war ein einziges Bekenntnis zur verstärkten körperlichen Ertüchtigung im Rahmen der roten Sportorganisationen für den Kampf gegen den Faschismus. Nach einem kurzen anfeuernden Schlußwort wurden

aus der Mitte der Massenkundgebung heraus 20 Delegierte für die antifaschistische Kampfkonferenz in Ammendorf einmütig gewählt.

Die zur „Bewachung" der Versammlung anwesende Kriminalpolizei mußte sich den Spott gefallen lassen, daß auch ein „Spitz" mit vorgeschlagen wurde.

Im Anschluß an diesen Teil der Kundgebung traten Arbeiterboxer von „Atlas" und „Achilles" auf, deren Leistungen mit großem Beifall belohnt wurden. Besonderen Jubel rief ein humoristischer Boxkampf „K. o. dem Faschismus" hervor, der die Busenfreundschaft von Sozial- und Nationalfaschismus demonstrierte. Nach diesen Darbietungen zeigte eine Jiu-Jitsu-Mannschaft vom Freien Wassersport-Verein rote Wehrsportübungen, von denen der große Teil immer wieder wiederholt werden mußte. Zum Schluß traten die „Blauen Blusen", die Ammendorfer Agitpropgruppe auf, die in einigen Szenen zum Kampfe gegen die drohende Arbeitsdienstpflicht aufforderten. In vorgerückter Stunde wurde alsdann die Kampfkundgebung der Hallischen Arbeitersportler mit dem Kampfruf der roten Sportler geschlossen.

•

Bezirk Halle. Fußballsparte. Berichtigung für Sonntag, den 25. Januar 1931: Spiel 210 Fortuna 1—Reideburg 1 leitete Thieme, Teicha, nicht Teuscher. Reideburg. Spiel 202 Dölitzig 1—Sangerhausen 1 leitet Teuscher, Reideburg, nicht Brase, Giebichenstein. Neu angesetzte Spiele: 217 10 Uhr Bradwisch 3—Wettin 2 (Schirl Cölme). 218 5/12 Uhr Bradwisch 2 gegen Wettin 1 (Schirl Greitz, Tretha). Spiel 195 muß heißen: Bradwisch 3—Benjstedt 1 (Schirl Fortuna). Wir bitten alle Beteiligte, hiervon Kenntnis zu nehmen und alles muß noch reiflos antreten, auch die Schirls.

Bezirksspartenleitung.
Schönfeld, Rüster.

Arbeiter-Sport

ASC Halle. 2., 3. und Jugend Treffpunkt Sonntag, 1/2 8 Uhr, Vereinslokal. 1. und Sportlerinnen Treffpunkt 1/2 9 Uhr Vereinslokal. Fahrt nach Holzweißig.

Sportvereinigung Achilles. Montag, 26. Januar, Jugendversammlung beim Sportkollegen Hammer, Torstraße 39. Restlosses Erscheinen ist Pflicht.
350 Jugendleiter.

Jeder Sonntag ein Tag der revolutionären Literatur!

14 Prozent Dividende — 515 gemordet . . . . . .
130 000 gegen Lohnraub, Schlichungssessel und Verrat . . .
Hungerpeitsche über Krankenbetten . . . . . .
Frauen im Kampf um Brot und Freiheit . . . . . .
Maria Reese, Sozialdemokrat entscheide . . . . . .
Das Land ohne Arbeitslose . . . . . .
Bauer Giesbrecht wandert zurück nach Sibirien . . . . . .
Italien, Die Erfüllung des Dritten Reiches . . . . . .

Ortsgruppen, Zellen und Literleute! Gebt sofort eure Bestellungen auf. Organisiert den Massenvertrieb der revolutionären Literatur!

Zoologischer Garten
Sonntag, 25. Januar, 16 Uhr u. 20 Uhr
Konzerte
des Hallischen Symphonie-Orchesters, Leitung Benno Pilitz 339
Donnerstag, den 29. Januar
9. Symphonie-Konzert
Solistin: Hanna Arens, Berlin (Klavier)

WALHALLA
Lache dich gesund
in der lustigen Operette
Der Tanz ins Glück
Musik von Rob. Stolz
Sonntag nachm. 4 Uhr
Kleine Preise, ab 50 Pf.

Fa. Rossfleisch u. Wurst zu billigsten Preisen empfiehlt
Gyrna, Rossschlächt.
Kleiner Sandberg u. Unterberg 17.
Handelsfutter abzug. Wiederverkäuf. ges.

Brennholz
hart und weich, in jeder Menge Abnahme offeriert frei Haus
Louis Kuckelt
G. m. b. H.
Dampfsägewerk
Augustahagen (Kr. 13 321) Tel. 25504

Stadt-Theater
Heute Sonnabend 20 bis 22 Uhr
Hänsel und Gretel
Märchenoper von E. Humperdinck
Sonntag 19½ bis 22 Uhr
Die Geisha
Operette von S. Jones
Zahlung der dritten Stammkarten-Rate erbeten 340 a

Gemütlich sucht perfekt 2 leere Zimmer. Off. unt. 319 a d. Exp. d. S.

Theater der Komiker
Telephon 28691
(Modernes Theater, 20 Uhr)
Beginn der Vorstellung 20.30 Uhr
Heute Bockbierfest
Ende 4 Uhr früh
Jeden Sonn- und Feiertag
2 Vorstellungen
Nachmittags freien Eintritt
Sonnabend, den 31. Januar
Großes Kostümfest!
Unter den Dächern von Glaucha

Volkspark
Heute abend kl. Saal
Vereins-Ball
Morgen Sonntag:
vorm. 11 Uhr
Ring- u. Box-Kämpfe
nachm.
Unterhaltungs-Frei-Konzert
abends 19 Uhr
Vereins Ball
Dienstag, abends 20 Uhr:
Winter-Konzert Benno Pilitz
Eintritt 0.40 M.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Lest und werbt für den Klassenkampf

Sie kommen nie zu spät,
wenn Sie eine Uhr von
Klein & Co.
haben.
Wir verkaufen nur gute Ware preiswert und gegen kleine Ratenzahlungen.
Ein Beispiel unserer Leistungsfähigkeit:
Wanduhr, Eiche, mod. Form, Bim-Bam-Schlag, **38.00**
5 Jahre Garantie, zahlbar in kleinen Raten.
Klein & Co., Brüderstraße 5 Gr. Steinstr. 79
Kein Laden — Eine Treppe

Schlafzimmer
birke, eiche, nußbaum
325,— M.
M. 384,- 495,- 585,-
in Eiche 576,- 685,-
Auf Wunsch Teilzahlung
Lieferung auch nach auswärts frei Haus mit Auto
Eichmann & Co.
Halle (Saale)
Große Ulrichstraße 36
Große Ulrichstraße 51
Eingang Schulstraße

Marktkleinhandelspreise in Halle am 22. Jan.

Obst und Gemüse			
Tafeläpfel	1 Pfd.	0,25—0,80	Pfd.
Kochäpfel	1 Pfd.	0,25—0,50	„
Mostäpfel	1 Pfd.	0,20—0,25	„
Apfelsinen	1 Stck.	0,05—0,10	„
Bananen	1 Stck.	0,10—0,15	„
Birnen, Eß-	1 Pfd.	0,25—0,40	„
Heidelbeeren	1 Pfd.	—	„
Johannisbeeren	1 Pfd.	—	„
Erdbeeren	1 Pfd.	—	„
Tomaten	1 Pfd.	0,60	„
Weintrauben	1 Pfd.	0,70	„
Kokosnüsse	1 Stck.	0,60	„
Wallnüsse	1 Pfd.	0,50—0,60	„
Pflaumen	1 Pfd.	—	„
Stachelbeeren	1 Pfd.	—	„
Rhbarb. reife	1 Pfd.	0,25	„
Gurken Einl.	1 Zbtl.	0,00—0,00	„
Gurken Senf-	1 Ltr.	0,60	„
Gurken Salat-	1 Stck.	0,00—0,00	„
Gurken Pfeffer-	1 Pfd.	0,60	„
Kohlrabchen	1 Bd.	0,00—0,00	„
Weißkohl	1 Pfd.	0,07	„
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,08—0,10	„
Blumenkohl	1 Kopf	0,30—0,70	„
Rotkohl	1 Pfd.	0,10—0,12	„
Spinat	1 Pfd.	0,10—0,20	„
Salat	1 Kopf	0,30—0,40	„
Tomat	1 Pfd.	0,25—0,00	„
Rote Rüben	1 Pfd.	0,06—0,07	„
Rosenkohl	1 Pfd.	0,35—0,50	„
Kohlrüben	1 Pfd.	0,08—0,10	„
Gelbe Rüben	1 Pfd.	0,08—0,10	„
Kohlrabi	1 Stck.	0,03—0,04	„
Zwiebeln	1 Pfd.	0,03—0,04	„
Kopfsalat	1 Pfd.	0,40—0,60	„
Schwarzwurzel	1 Pfd.	0,35—0,40	„
Sellerie	1 Stck.	0,10—0,25	„
Porree	1 Bdl.	0,10—0,25	„
Kürbis	1 Pfd.	0,10	„
Fische			
Kabeljau	1 Pfd.	0,60—0,25	„
Schellfisch	1 Pfd.	0,25	„
Kal. frisch	1 Pfd.	2,20	„

Aal, geräuchert	1 Pfd.	[illegible]	„
Goldbarsch	1 Pfd.	[illegible]	„
Hechte	1 Pfd.	[illegible]	„
Seelachs	1 Pfd.	[illegible]	„
Weißfisch	1 Pfd.	[illegible]	„
Heringe, Schotten	1 Stck.	[illegible]	„
Bücklinge	1 Pfd.	[illegible]	„
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	[illegible]	„
Ger. Heringe	1 Pfd.	[illegible]	„
Karpfen	1 Pfd.	[illegible]	„
Wild und Geflügel			
Enten (Mast-)	1 Pfd.	[illegible]	„
Gänse	1 Pfd.	[illegible]	„
Hühner	1 Pfd.	[illegible]	„
Tauben	1 Stck.	[illegible]	„
Junge Hähne	1 Pfd.	[illegible]	„
Rebhühner	1 Stck.	[illegible]	„
Hasen, ungepäckt	1 Pfd.	[illegible]	„
Rehfleisch	1 Pfd.	[illegible]	„
Hirschfleisch	1 Pfd.	[illegible]	„
Kaninchen, Stück-	1 Pfd.	[illegible]	„
Kaninchen, wild	1 Pfd.	[illegible]	„
Puten	1 Pfd.	[illegible]	„
Fasanen	1 Pfd.	[illegible]	„
Sonstiges			
Butter, Molkerei-	1 Stck.	[illegible]	„
Butter, Bauern-	1 Pfd.	[illegible]	„
Quark	1 Pfd.	[illegible]	„
Käse	1 Stck.	[illegible]	„
Pflaumenmus	1 Pfd.	[illegible]	„
Kartoffeln	10 Pfd.	[illegible]	„
Kartoff., Nieren	10 Pfd.	[illegible]	„
Eier	1 Stck.	[illegible]	„
Zitronen	1 Stck.	[illegible]	„
Meerrettich	1 Stck.	[illegible]	„
Rettich	1 Stck.	[illegible]	„
Petersilie	1 Pfd.	[illegible]	„
Schnittlauch	1 Pfd.	[illegible]	„
Pilze			
Champignons	1 Pfd.	[illegible]	„
Pfifferlinge	1 Pfd.	[illegible]	„
Steinpilze	1 Pfd.	[illegible]	„

Fleisch- und Wurstwaren:

Je Pfund:

Rindfleisch:		
Kochfleisch	0,80—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,30	„
Kalbfleisch:		
Kochfleisch	1,00—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,30	„
Hammelfleisch:		
Kochfleisch	1,00—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,30	„
Schweinefleisch:		
Kamm und Rippchen	1,00—1,20	„
Bauch und ohne Fleisch	0,90—1,00	„
Gefrierfleisch	—	„
Ziegenfleisch	[illegible]	„
Rossfleisch	[illegible]	„
Wurstwaren:		
Schlackwurst	[illegible]	„
Knackwurst	[illegible]	„
Schwartenwurst	[illegible]	„
Rotwurst roh	[illegible]	„
Rotwurst geräuchert	[illegible]	„
Leberwurst roh	[illegible]	„
Leberwurst geräuchert	[illegible]	„
Schinken roh	[illegible]	„
Schinken gekocht	[illegible]	„
Speck fett geräuchert	[illegible]	„
Speck, mager, geräuchert	[illegible]	„
Zervelatwurst	[illegible]	„

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0008

„Gute Federführung" gegen Hungersnot

Ein hohnvoller Beschluß des Provinzialausschusses

Da Dem Altenhaubrittern in der Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen hat es letzthin auch einmal gefallen, sich mit der Erwerbslosigkeit zu beschäftigen. Das kam nämlich so:

Die „Arbeitsgemeinschaft für Jugendarbeit" in der Provinz Sachsen, der die nationalsozialistische und sozialdemokratische Jugendverbände in ihrer Reichsverbänden sind, hat sich zu einer schüchternen Anfrage beim Provinzialausschuß und Landeshauptmann aufgeschwungen, er möge doch zur Linderung der Not der erwerbslosen Jugend Maßnahmen ergreifen.

Was für diese Maßnahmen bestehen sollen, darüber schwieg das Schreiben aus Höflichkeit, weil natürlich auch bürgerliche Jugendverbände und die sozialistischen Jugendverbänden schon gar nicht erst eingeladen ist, wurde die in einer schüchterne Bitte an den Landeshauptmann gerichtet, „alle beteiligten Stellen der öffentlichen und der freien Jugendwohlfahrt (auch die Gewerkschaften) zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen".

Und der Provinzialausschuß hat in seiner Sitzung am 21. Januar sich mit der Sache zu beschäftigen. Dabei ist laut einer WTB-Meldung folgendes herausgekommen:

„In Anbetracht der Dringlichkeit und großen Bedeutung der Aufgabe, unsere Jugend während der Zeit der Erwerbslosigkeit nach Möglichkeit vor Verwahrlosung zu schützen, hat der Provinzialausschuß den Landeshauptmann ermächtigt, die Federführung für dieses Aufgabengebiet zu übernehmen."

Da kommt! Brot gibt's kein Lot! Geld nicht um die Welt!

Aber wenn (ja — wenn) es unserem Landeshauptmann einmal gefällt...

Dann zieht er die Feder
und zieht leicht vom Leder
Aber mit Bürokratengeister und Tintenkleckse
wird er das Massenelend nicht wegbegen.

Tausende Massenelend werden die jugendlichen Erwerbslosen in einer Zeit mit ihren erwachsenen Leidensgenossen nur auf dem Wege des Kampfes um Sozialpolitik und zu beseitigen in der Lage sein. Wenn der Kampf entkommt, dann mögen aber auch die Altentitter in der Provinzialverwaltung den Staub von ihrer Glatze schütteln. Dann werden sie sehen die Lust. Die notleidende erwerbslose Jugend bei all ihrem Elend auch noch zu verhöhnen, ein für allemal vergehen!

Eisterregulierungsarbeiter rücken dem Landrat auf die Bude

weil sie schon zwei Wochen kein Geld bekommen haben

Bei den Grundräumungsarbeiten bei der Regulierung der Schwarzaltar ist eine Hamburger Firma beauftragt worden, die sich jetzt in Zahlungsschwierigkeiten befindet. Allerdings werden die Arbeiten dadurch nicht gestört, da sie von der Unterhaltungsgenossenschaft Schwarzaltar in eigener Regie weitergeführt werden. Etwa 60 Arbeiter der genannten Firma schickten eine Abordnung auf das Landratsamt und ließen erklären, daß sie seit zwei Wochen keinen Lohn bekommen hätten und, wenn das so weitergehe, die Arbeit niederlegen müßten.

Bergzerhausen. Hei, wie sie leben! Der Ende Februar zu verzeichnenden Generalversammlung der Maschinenfabrik AG wird es das mit dem 1. Oktober abgeschlossene Geschäftsjahr eine Dividende von 4 Prozent vorgeschlagen werden. Die Herren Aktionäre der Maschinenfabrik, die im Laufe dieses Jahres, das ihnen eine so fette Dividende einbringt, zahlreiche Arbeiter auf's Pflaster geworfen haben, können sich ganz im Gegenteil zu diesen tüchtig Lebeschön machen.

Zu den antifaschistischen Kampfkonferenzen in Mitteldeutschland

Werktätige Massen, zum Sturm bereit!

Appell des Kampfbundes gegen den Faschismus — An alle mitteldeutschen Werktätigen!

Die faschistische Diktatur in Deutschland nimmt immer schärfere Formen an. Das längst verdogene Umhängeschild, die „Demokratie", ist jetzt vollkommen beiseite gelegt worden. Der bürgerliche Blätterwald ruft nach dem „starken Mann" und man glaubt, ihn bereits in Adolf Hitler gefunden zu haben. Die Nationalsozialisten drängen mit allen Mitteln und mit allen Kräften nach Ministersesseln. Ihre Wahlparolen, den Massen zu helfen, den Young-Plan zu beseitigen usw., sind längst vergessen. Mit der SPD um die Wette schachern sie um die Futtertröpfe, um durch die eigene Handhabung der faschistischen Diktatur die Arbeiterbewegung zu vernichten, die Bevölkerung zu unterdrücken und zu terrorisieren. Hunger und Not herrschen in Deutschland. 4,5 Millionen Erwerbslose rufen nach Arbeit und Brot. Ständig werden neue Betriebe stillgelegt, wodurch nicht nur Arbeiter, sondern auch ein großer Teil Angestellter dem Elend preisgegeben wird. Mit verschärftem Kurs gehen Unternehmer und Staat mit Hilfe des § 48 zur Lohnoffensive und Massenbesteuerung gegen Arbeiter und Angestellte vor. Kleingewerbetreibende und Händler werden durch die ständig wachsende Erwerbslosigkeit, die diese Schichten sehr zu spüren bekommen, sowie durch verstärkte Besteuerung und Ausplünderung immer mehr enteignet und ins Lager des Proletariats getrieben. Heute schon sind ein großer Teil Kleingewerbetreibender, Händler und kleiner Hausleute nicht mehr in der Lage, ihre Steuern zu bezahlen, weil ihr Verdienst nur knapp zum Leben reicht. Gewaltige Massen von Erwerbslosen, Betriebsarbeitern und Angestellten können infolge der immer schlechter werdenden Entlohnung und Unterstützung ihre Wohnungsmiete nur ratenweise zahlen. Bald werden sie überhaupt nicht mehr zahlen können und den Steuer- und Mietstreik eröffnen. Die Kopfsteuer als weitere Belastung für die Werktätigen wird bereits eingetrieben. Schon hierbei zeigt sich der Geist der Rebellion breiter Massen, die diese Steuer zu zahlen ablehnen.

Auf der anderen Seite schlemmt und prahlt die Bourgeoisie. Riesendividenden werden aus den Knochen der Arbeiter und Angestellten herausgeholt und unter die Aktionäre und Dividendenschieber verteilt. Der Reichsfinanzminister schreit „Sparen!" Doch gespart wird nur bei den Werktätigen, insbesondere bei den Erwerbslosen. Ihnen wird die ohnehin schon kärgliche Unterstützung noch verkürzt zur Finanzierung der staatlichen Machtinstrumente gegen das Proletariat. Durch das verschärfte Einsetzen der faschistischen Hungerdiktatur ist die Lebenslage aller Werktätigen schwer bedroht. Es gilt deshalb, den Kampf zur Befreiung aller Schaffenden vom Joch des Kapitals, zur Beseitigung des Faschismus aufzunehmen.

Faschismus heißt: Massenelend, Hunger und Krieg. Die Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur bedeutet Unterdrückung und blutige Terrorisierung des gesamten werktätigen Volkes. Deshalb kann und darf dieser Kampf nicht nur Sache eines Teiles sein, sondern muß in geschlossener Front von allen Schichten der werktätigen Bevölkerung geführt werden. Die Brüning-Regierung versucht mit allen Mitteln, mit Unterstützung der national- und sozialfaschistischen Helfershelfer, die revolutionäre Front zurückzuschlagen. Die Zensur gegen proletarische Filme und Literatur wird verschärft. Arbeitersportler werden ihrer Möglichkeit zur Ausübung ihres Sportes beraubt und mißhandelt. Und gerade deshalb stoßen immer neue Schichten zu uns, um mitzuhelfen am Massenkampf gegen den Faschismus.

Arbeiter und Angestellte, die ihr am meisten der Ausbeutung, dem brutalsten Terror unterworfen sind, Kleingewerbetreibende, Beamte, die ihr durch den verschärften Steuerkurs vernichtet werdet, werktätige Frauen, die ihr nicht mehr die Möglichkeit habt, euch und eure Kinder richtig zu ernähren, Jugendliche Jungsportler, die ihr durch die Klauen der faschistischen Diktatur am meisten gefährdet seid und das Kanonenfutter für kommende imperialistische Kriege darstellen soll, Erwerbslose, Kleinrentner und Invaliden, die ihr durch Unterstützungsraub und Verkürzung der Renten völlig dem Elend und Hunger preisgegeben seid, schließt euch zusammen ohne Unterschied der Partei! Vereinigt eure Kräfte!

Rohmt in Versammlungen, in allen Betrieben, Stempelstellen und Organisationen Stellung zum Kampf gegen die faschistische Hungerdiktatur!

Verbreitet die Beschlüsse der antifaschistischen Kampfkonferenzen und führt sie im stärksten Maße durch, überall, wo ihr mit der werktätigen Bevölkerung zusammenkommt. Organisiert Streiks gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür! Reiht euch ein in den Kampfbund gegen den Faschismus. Marschiert vorwärts im Geiste unserer toten Führer, im Geiste Lenins, Liebknechts und Luxemburgs!

Letztes Signal zu den

Kampfkonferenzen gegen Faschismus

Halle-Ammendorf: vormittags 10 Uhr im „Schützenhaus", Ammendorf, für: Halle, einschließlich südlichen Teil des Saalkreises, ab Halle mit Linie 14 oder Ueberlandbahn.

Naumburg: vormittags 9.30 Uhr im „Goldenen Hahn": für Stadt und Kreis Naumburg mit Ausnahme und Kreis Eckartsberga.

Eisleben: vormittags 10 Uhr in der „Terrasse": für das Mansfelder Revier einschließlich Landorte.

Wansleben: vormittags 10 Uhr bei Graßmann: für das Röblinger Revier und die Reviere Teutschenthal und Salzmünde.

Wittenberg: vormittags 10 Uhr in Muths Saal: für Stadt und Kreis Wittenberg.

Alle Werktätigen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, werden aufgefordert, zu dieser Konferenz ihre Vertreter zu wählen, in Resolutionen diesen Vertretern Vorschläge für die Organisierung des Kampfes gegen Lohnraub, Notsteuer und Faschismus mit auf den Weg zu geben.

BL der KPD Halle-Merseburg.
Bezirksausschuß der MSD.
Kampfbund gegen Faschismus.

Kieselgurfabrik in Coswig niedergebrannt

200 Arbeiter brotlos

Durch ein Großfeuer sind die Reinholdwerke in Coswig, die auch als Nordbeutsche und Dessauer Kieselgurgesellschaft firmieren, fast restlos zerstört worden. Ein Nachtwächter bemerkte als erster einen Feuerschein. Er holte einen Eimer Wasser, um den kleinen Brand zu löschen. Wenige Sekunden darauf brannte der Raum bereits lichterloh. Nun wurde die Feuerwehr alarmiert, die mit allen Kräften den Brand in Angriff nahm, aber nicht viel ausrichten konnte. Das in Brand geratene Rohmaterial, das hauptsächlich aus Kork und Sägespänen bestand, verbreitete eine unheimliche Hitze, die ein Näherkommen unmöglich machte. Die Hitzeentwicklung war so groß, daß in größerer Entfernung stehende Arbeiterhäuser geräumt werden mußten. In ganz kurzer Zeit bildete das stattliche Werk

ein einziges Feuermeer.

Inzwischen war auch die Zerbster Motorspritze erschienen, die aber ebenfalls machtlos war. Die Fabrik brannte bis auf ein Gebäude vollkommen nieder. 200 Arbeiter sind brotlos geworden.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Fortsetzung.

Eines nach dem anderen leuchteten aus der wachsenden Dämmerung die Lichter der Straßenlaternen auf, standen erst noch in der Dämmerung; jetzt aber war es überall hell, wo ihr helles Licht hinkam. Niemand kümmerte sich um die Anwesenheit des Jungen. Die Straßenbahnen fuhren, die Autos rollten. Fahrer hinten herum und die Menschen gingen eiligen Schrittes vorbei.

Hisachita sah aufmerksam nach rechts und links und ging wieder zur roten Telephonbude zurück.

Gesicht und Hände waren ungewaschen, aber die Stupnase gab dem Jungen ein freundliches Aussehen.

Eine kleine Geisha mit ihrem Patron ging an ihm vorüber. In diesem Augenblick stieß der Junge die kleine Geisha zur Seite und flitzte in den Schatten neben einem Drogerieschaufenster. Er hatte gesehen, wie oben an der Kurve der Straßenbahn drei Autos einbogen.

„Das sind sie!"

Hisachita versteckte sich und machte sich klein, um von dem Auto aus dem Schaufenster nicht getroffen zu werden.

Es waren zwei Privatautos mit geschlossenen Verdeck und ein Zweitonnenlastwagen der Gesellschaft, der ihm bekannt war. Die drei Autos fuhren mit höchster Geschwindigkeit an dem Jungen vorbei.

„Das ist der Lastwagen!"

Zwischen Maschinen und Papierballen sah er in dem Wagen wohlbekannten Gesichter seiner Kollegen. Hallo! wollte er rufen, besann sich aber rechtzeitig.

„Zweitausendeinsundneunzig, zweitausendeinsundneunzig..." Er die Autonummer vor sich her, die hinten am Wagen stehte, nahm ein Stück Papier aus der Tasche und notierte sie.

Die drei Wagen fuhren geradeaus, den Abhang des Hafluan hinauf, bogen nach links ab und verschwanden in der Finsternis.

„Zum Teufel, wohin wollen sie unsere Kollegen bringen?"

Die Gesellschaft hatte unter dem Vorwand, die Lehrlinge zu schützen, einen Teil von ihnen mit Gewalt geraubt und festgehalten und wollte sie nun an diesem Abend heimlich irgendwohin bringen, wo sie zur Arbeit gezwungen werden sollten.

Hisachita trat in die Telephonzelle, nahm den Hörer, verlangte Amt und Nummer:

„Hallo, ist da Patsuo von der S-Leitung?" Er berichtete mit aller Ausführlichkeit; was er erzählte, kannte aber kein anderer verstehen, weil sie besondere Ausdrücke verabredet hatten.

„Zweitausendeinsundneunzig, jawohl; außerdem noch zwei Privatwagen, sie verschwanden am Abhang des Hafluan nach links. — Was? — Bestimmt, ich habe die Gesichter meiner Kollegen im Lastauto erkannt."

Er hängte den Hörer an und trat hinaus. Die Aufgabe war erledigt. Hisachita ging mit festen Schritten über die Kreuzung und verschwand pfeifend am dunklen Abhang des botanischen Gartens.

*

Weit schwieriger war die Aufgabe, vor der die zweite Gruppe stand. Zwischen den Vorstädten Itabachi und Sugamo, am Ende der Häuserblocks, wo die Häuserzeilen wie zerbrochene Kämme zwischen Stadt und Land stehen, hielten mit abgeblendeten Lichtern zwei Autos, als ob sie auf Fahrgäste warteten. In den beiden dunklen Wagen saßen je drei junge Männer in gespannter Erwartung. Ein Mann mit einer Brille und ohne Hut saß am Steuer. Er schob den Kopf heraus und fragte nach rückwärts in den Wagen:

„Kuroiwa, hast du dich auch nicht verhört? War es vielleicht um sieben Uhr?"

Als Antwort kam ein Kopf mit einer Mütze hervor, zu dem ein großer, kräftiger Mann gehörte:

„Nein."

Er stieg aus dem Wagen und kam zu dem Mann mit der Brille.

„Bestimmt um sechs, ich habe das doch auf dem Befehlszettel gelesen, nicht nur so gehört. Wenn inzwischen was passiert ist, werden wir es schon noch erfahren."

Der Chauffeur des anderen Wagens trat zu ihnen:

„Kollegen, wenn's vorbei ist, müssen wir mit der Sirene das Zeichen geben. Rufe sind bei solchem Alamauk nicht zu hören."

Auch der Chauffeur war ein Streiker aus der Transportabteilung der Gesellschaft. Der Mann mit der Brille hockte jetzt auf den Knien neben dem Wagen an der Erde und sagte:

„Wollen wir vorsichtshalber noch einmal besprechen, was zu tun ist?"

Von dem zweiten Wagen kamen die andern fünf.

„Aber Kakekawa, wenn es sehr viele Lehrlinge sind, können wir gar nicht alle in unsern Wagen nehmen."

„Halb so schlimm... ist ja nur für kurze Zeit. Meiner Meinung nach sind es etwa fünfzehn, weil ja im ganzen nur dreißig gerauubt sind."

Die Brille wußte über alles Bescheid, er schien der älteste von ihnen zu sein.

„Sie wollen das „Fuji-Magazin" vom Yamato-Kodan-Verlag binden zu lassen, das schon ausgedruckt ist, um es bis Neujahr rauszubringen, aber das nutzt ihnen doch nichts."

Kuroiwa lachte. Die Streikenden durften nicht zulassen, daß auch nur dieser kleine Teil gemacht wurde. Ihr Kampf ging jetzt auf Leben und Tod. Eine kleine Atempause, ein kleines Sich-Recken konnten große Verzögerung und unabsehbare Verlängerung des Kampfes bedeuten. Besonders diese Gesichte mit den Lehrlingen war für die Streikenden von größter Bedeutung, weil sie ihnen von der Gesellschaft geraubt waren. Welche Opfer würde es kosten, diese kleinen Genossen zurückzuholen!

„Achtung!" rief der Genosse, der vorn als Wache stand, dem Kreis zu, „sie kommen!"

Kaum hatten sie sich erhoben, als sie die drei Autos die menschenleere Straße herabkommen sahen. Eins. Zwei. Drei.

„Das sind sie."

Für die drei Leute im ersten Wagen war die Brille der verantwortliche Führer, für den zweiten der große Mann.

„Zweitausendeinsundneunzig. Allright."

Sie ließen die Autos vorbeifahren, dann blendeten an beiden Wagen die Scheinwerfer auf, lärmend sprangen die Motoren an und mit knapper Wendung auf die Straße brausten die Wagen hinter „2091" her. Bald hörten die Häuser an der Itabachilandstraße auf, sie sprangen zurück wie die kleinen Kiesel, die von den Reifen der Autos gefaßt wurden.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0009

Merseburg-Querfurt

SPD-Gemeindevertreter zeigen sich als die gehässigsten Feinde der roten Sportler

A.-K. Schafstädt. In der ersten diesjährigen Stadtverordnetensitzung wurde von der SPD ein Antrag gestellt, den Eisenbahnwagen, der vormals zu Notwohnungen der Obdlosen dienen sollte, auf den Sportplatz zu transportieren. Der Magistrat und die Stadtverordneten sagten einstimmig zu. Nun kam aber der Knalleffekt. Der Sozialdemokrat Schieferdecker stellte als Arbeitervertreter den Antrag, daß nur diejenigen Vereine, die dem Reichsbund für Jugendpflege angeschlossen sind, den Wagen und Sportplatz benutzen dürfen und betonte hier ausdrücklich, daß die Arbeitersportler der Opposition kein Anspruch darauf hätten. Dieser Antrag wurde aber durch große Mehrheit mit Hilfe der Bürgerlichen, welche in diesem Falle mehr Gerechtigkeitsgefühl für die oppositionellen Arbeiter hatten als die SPD, abgelehnt.

Die drei SPD-Leute erstickten bald vor Wut, daß die Opposition den Platz und den Wagen mit benutzen darf. Zu erwähnen sei noch, daß der faschistische Arbeiter-Turnverein eine Namensänderung vorgenommen hat, also nur „Turnverein Fichte". Man getraut sich nicht mehr mit der Bezeichnung Arbeiter-Turnverein in die Oeffentlichkeit zu treten.

Nach einigen kleinen Punkten wurde die Versammlung geschlossen. Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Einwohner von Leuna, heraus!

Am 24. Januar wird in Leuna eine UdSSR-Feier veranstaltet. Der gewaltige Film „10 Tage, die die Welt erschütterten" wird den Arbeitern und Arbeiterfrauen gezeigt. Jeder muß diesen großartigen Film gesehen haben. Kommt deshalb alle am Sonnabend in den Gasthof zum „Heiteren Blick"!

Bad Lauchstedt. Beim Vergnügen des Arbeiter-Radfahrervereins wurden für die Rote Hilfe 1.60 Mark gesammelt.

Weißenfelser Antifaschisten im Kampf gegen den Faschismus

Gemeinsamer Aufmarsch der SPD und KPD-Proleten — SPD-Bonzokratie unter schwarzrotgoldenen Fahnen gegen den gemeinsamen Aufmarsch

A.-K. Die Nazis hatten für Donnerstag abend zu einer Versammlung eingeladen. Um es unmöglich zu machen, daß Arbeiter daran teilnehmen, wurden 50 Pfennige Eintrittsgeld verlangt. Die Proleten lehnten es ab, unter diesen Umständen an der Versammlung teilzunehmen und demonstrierten unter den Losungen des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Die SPD hatte in einem Aufruf an die Weißenfelser Bevölkerung zum aktiven Kampf gegen die Faschisten aufgefordert. Wie der „Genosse Krüger", Polizeipräsident von Weißenfels, den Kampf gegen den Faschismus auffaßte, ging daraus hervor, daß seine Polizeigarde selbst SPD-Arbeiter zur Wache schleifte. Das rief selbst bei den sozialdemokratischen Arbeitern helle Empörung hervor. Sie haben jedenfalls den besten Anschauungsunterricht genossen, wie der „Kampf" ihrer Führer aussieht. Während sich die Elite vom Schlage eines Kudicky und Saupe und der Renegat Mädel unter dem Banner der Republik auf dem Markte versammelten,

formierten sich die antifaschistischen Arbeiterbataillone zu einer mächtigen Kampfdemonstration.

Da die Polizei die Straße, in welcher sich das Versammlungslokal befand, abtrieglte, zog der Zug an dem Gefängnis vorbei. Die politischen Gefangenen, welche durch die Krüger-Polizei hinter Kerkermauern gebracht wurden, begrüßten die Demonstranten mit kräftigen „Rot-Front!"-Rufen. Der Zug bewegte sich nach dem Marktplatz, wo ein Genosse mächtige Worte an die Versammelten richtete und sie aufforderte, die revolutionäre Einheitsfront gegen den Faschismus zu schmieden. Als die Proleten zu der Kundgebung strömten, standen die „unentwegten Republikaner" mit ihrem „Banner" als gemütliches Grüppchen beisammen. Wie unter den Fahnen der Republik zu demonstrieren, wurde den Anwesenden hohnlachend zurückgewiesen, so daß die Fahnengruppe in Stärke von zirka 10 Männlein wieder abrückte und beschämt den Anzug abblies.

Wiederum ist zu sehen, daß auf die radikalen Phrasen „linken" Sozialdemokraten kein ehrlicher Arbeiter mehr hereinfällt. Wieder hat die Weißenfelser Arbeiterschaft bewiesen, daß sie steht, und sie hat durch den machtvollen Aufmarsch ihre Bereitwilligkeit zum Kampfe gegen den Faschismus unter der Führung der Kommunistischen Partei und des Antifaschistischen Kampfbundes bewiesen.

Weiter in diesem Sinne, tretet ein in die KPD und in den Antifaschistischen Kampfbund.

Rote Sportler, laßt euch nicht von Renegaten betrügen!

A.-K. Naumburg. Der fahnenflüchtige Fiekert versucht mit seinen politischen Meinungen und Tendenzen in der Turnerschaft Fuß zu fassen. In der am 18. Januar stattgefundenen Generalversammlung der „Freien Turner" wurde u. a. die Frage behandelt. Bekanntlich hat der hiesige Magistrat den Sportlern die Turnhallen entzogen, angeblich wegen eines Zwischenfalles in der Realschulturnhalle. Um nun zu einem eigenen Heim zu kommen, versprach Fiekert den roten Sportlern, finanzieller Hinsicht als letztes Mittel die Aufnahme von Heranziehungen mit Intellektuellen, wie Doktoren, Professoren usw., wie er angibt, mit ihm in guten freundschaftlichen Beziehungen standen, um den revolutionären Sportlern zu helfen.

Statt durch Kampf für eine Turnhalle einzutreten gegen den Magistrat, operiert Fiekert mit derartigen Mätzchen.

Auch meinte Fiekert, daß in diesem und in den nächsten Jahren nicht daran gedacht werden könne, von seiten der revolutionären Arbeiterschaft die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen. Die Versammlung verurteilte natürlich diese Kniefälle, die gemacht werden soll, um wieder in den Genuß der Turnhallen zu kommen. Das bewiesen die zwei Briefe, welche den Magistrat gesandt wurden.

Die roten Sportler ließen sich noch einmal einwickeln von der die Phrasendrescherei eines Fiekerts und wählten ihn zum 1. Vorsitzenden. Die Zukunft wird ja nun beweisen, daß am Ende Professoren- und Doktorengeldern nichts wird, um zu einem eigenen Heim zu kommen, und daß die „roten Sportler" nur Mittel und Wege finden müssen, um sich weiterentwickeln zu können. Desgleichen werden die roten Sportlerinnen und Sportler recht bald einsehen, daß Fiekert eine ganz falsche Theorie vertritt. Fiekert scheint das Erwerbslosenheer nicht zu kennen, welches ständig wächst, desgleichen die Gefahr des National- und Sozialfaschismus, die er immer unterschätzt, und weiterhin die ständige Gefahr eines ausbrechenden imperialistischen Krieges gegen Sowjetunion, das Vaterlandes der Arbeiter und Bauern der gesamten Welt. Die roten Sportler werden sich auch reiflich überlegen müssen, ob sie sich in Naumburg absondern und isolieren lassen wollen von den Arbeitermassen.

Deshalb, rote Sportgenossinnen und -genossen, Augen auf! Fiekert mißbraucht euch zu seinen eigenen Angelegenheiten, sie entlarvt sich immer mehr als das, was er ist, und er ist immer mehr an der Verbindung zum klassenbewußten Proletariat

Lichtscheue Elemente

haben in Roßleben ihre Dreckploten an unseren „Klassenkampf"-Reklameschildern sauber zu putzen versucht. Der Sowjetstern hat ihnen angetan; er hatte auf sie gewirkt wie das rote Tuch auf Stier. Wir wissen sehr genau, daß diese Schüler manchen Spießbürger von den Roßleben im Wege stehen, wahrscheinlich sind es diese Helden gewesen, die den Sowjetstern durch einen Strick unwirksam zu machen versuchten. Diese Banditen können von Glück reden, daß sie nicht erwischt worden sind! Eine gehörige Bauernjagd wäre ihnen sicher gewesen.

Bitterfeld-Wittenberg

Ist in Wittenberg Belagerungszustand?

Polizei in Wittenberg will Kundgebung der IAH verbieten!

Mit Ausnahmebestimmungen geht man gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft und ihre Organisationen vor. Die Internationale Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Wittenberg, hat für Freitag, den 6. Februar, eine öffentliche Kundgebung angemeldet, in der die proletarische, aus Mitgliedern der Organisation bestehende Agitpraptruppe „Kolonne Links" zur Verstärkung der agitatorischen Wirkung des Referats auftreten wird. Die Ortsgruppe erhält von der Polizeiverwaltung folgendes Schreiben:

Die Polizeiverwaltung
J. Nr. 552 Wittenberg, 20. Januar 1931.

Auf das Schreiben, hier eingegangen am 19. d. M., gereicht Ihnen zum Bescheide, daß die polizeiliche Genehmigung zu dem Vorbehabend der Internationalen Arbeiterhilfe am 6. Februar d. J. versagt wird. Die hier abgegebene Eintrittskarte Nr. 301 folgt anbei zurück.

J. A.: gez. Graeber, Polizei-Oberinspektor.

Was hat sich der Herr Graeber dabei gedacht? Wahrscheinlich gar nichts weiter, als daß den Veranstaltungen der klassenbewußten Organisationen ein Riegel vorgeschoben werden muß. Ist der Herr Graeber Nationalsozialist? Oder aus was für einem Grunde nimmt er sich die Berechtigung zu diesem Vorgehen heraus?

Die Arbeiterschaft von Wittenberg wird ihm die richtige Antwort geben, indem sie nun erst recht eine machtvolle Massenkundgebung gegen den Faschismus organisiert. „Kolonne Links" wird spielen, auch wenn es dem Polizeihelden nicht gefällt!

Furchtbares Wohnungselend bringt Arbeiter ins Gefängnis

A.-K. Sandersdorf. Vor einigen Tagen stand im Bitterfelder Käseblatt unter Zscherndorf eine Notiz, daß sich ein Arbeiter an seiner Tochter vergangen habe und der betreffende Arbeiter ins Gefängnis eingeliefert worden sei. So kurz diese Notiz ist, so inhaltsreich ist sie doch. Die bürgerliche Meute rümpft die Nase und denkt sich wer weiß wie erhaben über solche Proleten. Wir wollen uns die Sache einmal näher betrachten.

Der jetzt im Gefängnis sitzende Arbeiter G. wohnte in dem sogenannten Lehmhaus, heute ist eine irreführende Bezeichnung. Richtiger wäre schon zu sagen „Lehmhöhle". Er hat fünf Kinder, das älteste ist 13 Jahre alt. Ein einziger Raum zum Wohnen, Schlafen, Kochen usw. ist da. Die Frau G. war ein Vierteljahr im Krankenhaus und ist erst in den letzten Tagen wieder nach Hause gekommen. Während der ganzen Zeit mußte das 13jährige Mädchen die Wirtschaft besorgen. Daß es soweit kam, daß der Vater sich an der Tochter verging, ist nur auf die ganz elenden Verhältnisse zurückzuführen. In einem Raum muß die ganze Familie schlafen, das 13jährige Kind womöglich in einem Bett mit dem Vater. Das System, das solche unerhörten Zustände schafft, ist schuld, daß dieser Arbeiter zum Verbrecher geworden ist. Vor etwa eineinhalb Jahren hat der Herr Amtsvorsteher Lützner von Ramsin die Wohnung ausgemessen und hat gesagt: „Hier muß sofort Abhilfe geschaffen werden." Seitdem hat die Familie nichts wieder zu hören bekommen.

Jetzt ist nun „Abhilfe" da! Der Arbeiter sitzt im Gefängnis und eine Schlafstätte ist frei in der Wohnung. So sieht die Abhilfe von Not und Elend in der schwarzrotgoldenen Republik aus.

Arbeiter von Zscherndorf! Seht euch die SPD-Vertreter an! Erinnert euch an das Verhalten, das in diesem Falle der Amtsvorsteher Lützner an den Tag gelegt hat. Helft alle mit, dieses System und damit solche Zustände zu beseitigen. Schafft alle mit in den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft für einen Arbeiterstaat.

Die Erwerbslosen fordern Abhilfe

A.-K. Holzweißig. Vor dem Arbeitsamt in Bitterfeld müssen die Erwerbslosen Schlange stehen, wenn sie ihre paar Bettelpfennige in Empfang nehmen wollen. Eine Ausnahme macht man mit dem Sozialfaschisten Krüger, der sich nicht anzustellen braucht. Auf Vorhaltungen erwidert er den Erwerbslosen: „Das geht euch nichts an. Wenn ich komme, gehe ich eben hinein!" — Erwerbslose Kollegen, weist diesen Protz in die Schranken, wenn er sich noch weiter derartige Frechheiten erlaubt.

Einwohner, seht Euch Eure Gemeindevertreter an

A.-K. Prieschke. In unserem Dörfchen veranstaltete der Männergesangverein ein geschlossenes Vergnügen, das mit einem treudeutschen Liede eingeleitet wurde. Aber als die deutschen Sangesbrüder voll des süßen Weines waren, gerieten sie in Rauferei. Am tollsten trieben es die beiden Gemeindevertreter Max Köhler und Paul Rauck von der Arbeiter- und Kleinbauernliste, welche durch ein Signalzeichen die Mitglieder des Vereins alarmierten, um die Nichtmitglieder, in der Hauptsache Arbeiter, die man mit „Hunde" und „Schweine" titulierte, aus dem Saal zu werfen. Es wäre besser, die beiden genannten Gemeindevertreter würden sich mehr um die Interessen der Wohlfahrtsempfänger bekümmern. Statt dessen beweisen sie durch Ablehnung von Anträgen ihre arbeiterfeindliche Gesinnung.

Wittenberg. Am Sonnabend, dem 24. Januar, 19 Uhr, findet in Wittenberg, Gewerkschaftshaus, eine große Fraktionssitzung aller kommunistischen Kommunalmitglieder statt. Referent Genosse Schröder, Berlin. Erscheinen ist Pflicht. Parteimitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Wossen. Am Sonntag, dem 25. Januar, 9.30 Uhr, findet in Saudersdorf, Lokal Fuxle, eine wichtige Sitzung der Landobleute statt. Gleichfalls wird der Unterricht über Agrarfragen und Massenarbeit im Dorf begonnen. Alle Ortsgruppen haben unverzüglich den Landobmann zu entsenden. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.

Versammlungskalender der IAH

Leuna. Sonnabend, den 24. Januar, 20 Uhr, im „Heiteren Blick", Filmabend: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten". Referent Genosse Kuppe.

Unterbezirk Hettstedt. Sonntag, den 25. Januar, vorm. 9.30 Uhr, im „Friedrich-Wilhelms-Bad" in Hettstedt Unterbezirkskonferenz. Alle Vorsitzenden und Kassierer der Ortsgruppen des Unterbezirks sind verpflichtet, zu erscheinen. Referent Genosse Winkler, 1. Vorsitzender des Landesvorstandes.

Mansfeld-Stadt. Sonntag, den 25. Januar, 14.30 Uhr, bei Gastwirt Zeller („Mansfelder Hof") Mitgliederversammlung. Referent Genosse Winkler.

Stedten. Sonntag, den 25. Januar, 20 Uhr, im Gasthof Kraneis, öffentliche Mitgliederversammlung mit Lichtbildervortrag: „Diktaturiteuern und proletarische Solidarität". Referent Genosse Winkler.

Kindergruppe Halle-Süd. Montag, den 26. Januar, 16 Uhr, Zusammenkunft in „Lötts Hof". Referent Genosse Reincke.

Weißenfels. Montag, den 26. Januar, Schulungskursus im „Tivoli": Historischer Materialismus. Referent Genosse Dornberger.

Frankleben. Zur Winterhilfe der Roten Hilfe wurden gesammelt: 2.50 Mark auf Liste, 4.65 Mark anläßlich einer Silvesterfeier, 0.77 Mark von Skatspielern.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Von 100 Mark monatlicher Rente können Steuern bezahlt werden!

So urteilt ein Gemeindevertreter der SPD.

A.-K. Grana. In der von der Einwohnerschaft schwach besuchten Gemeindevertretersitzung mußte der Vorsteher bekanntgeben, daß von den sozialdemokratischen Regierungsinstanzen die in der letzten Sitzung beschlossenen Notverordnungssteuern in der Form abgeändert wurden, daß die Zuschläge zur Grundsteuer für unbebaute Grundstücke und zur Gewerbesteuer derart herabgesetzt wurden, daß wieder ein Fehlbetrag von 2000 Mark zu verzeichnen ist. Der Vorsteher läßt durchblicken, daß man diesen Fehlbetrag mit ins neue Steuerjahr nehmen will und winkt bereits mit der Regierung. Genosse Koch stellt fest, daß die SPD Steuern, welche den Besitz belasten, abhaut, dafür aber die die Massen belastenden Steuern erhöht. Bei seinen weiteren Ausführungen, wo er die schändliche Rolle der SPD-Reichstagsfraktion aufzeigt, wird der SPD-Vorsteher ziemlich nervös und verspricht die schärfsten Maßnahmen gegen die KPD anzuwenden. Wird aber nur ausgelacht.

Bei der Rechnungslegung über die Straßenpflasterung wird nach Prüfung Entlastung erteilt. Ein Antrag, der die Befreiung von erhöhten Grund- und Gebäudesteuern für alle kleinen Besitzer, die unter 1500 Mark Jahreseinkommen haben, fordert, wird von der KPD-Fraktion eingebracht. Der Antrag war mit 42 Unterschriften von meistens sozialdemokratischen Arbeitern versehen und er brachte die Fraktion der Bürgerlichen und SPD ganz aus dem Häuschen. Böttcher von der SPD hält ein Jahreseinkommen von 1500 Mark für ausreichend, um alle möglichen Steuern bezahlen zu können.

Kreischmar (SPD) überbietet selbst seinen Parteigenossen. Er hält 100 Mark monatliche Rente für so reichlich, daß davon ebenfalls noch Steuern bezahlt werden können. In holder Eintrachtsfroni lehnen Bürgerliche und SPD den von ihren eigenen Wählern unterzeichneten Antrag ab.

Die SPD, die selbst merkt, daß sie sich mit dieser Ablehnung ins eigene Fleisch geschnitten hat, bietet nun alle nur verfügbare Demagogie auf, um beim nächsten KPD-Antrag, betr. Einführung einer Wohnungsluxussteuer, sich zu rehabilitieren. Die Bürgerlichen haben gar nicht nötig, die Besitzenden zu verteidigen. Das alles übernimmt die SPD. Böttcher macht eine Mitschmäbchenrechnung auf, um zu beweisen, daß diese Steuer nicht die Besitzenden, sondern nur Arbeiter treffe! Er sowohl wie Kreischmar bezeichnen eine Wohnungsluxussteuer als reaktionär. Die SPD, die ja in der Praxis tausendfältig bewiesen hat, daß sie allen reaktionären Maßnahmen zustimmt, spielt sich plötzlich als wärmster Arbeiterfreund auf.

Was haben wir in unserem Antrag gefordert? Steuerfrei sollte jede Wohnung sein, die nicht mehr als zwei Räume und Küche umfaßt. Ferner wurde für jedes Familienmitglied einer mehr als zweiköpfigen Familie ein weiterer steuerfreier Raum gefordert. Proleten, hätte auch diese Steuer getroffen? Nein. Endlich wären einmal diejenigen besteuert worden, die Steuern tragen können. Das verhindern die SPD-Vertreter! Die Bürgerlichen freuen sich darüber. Bessere Diener können sie nicht finden. Arbeiter und Arbeiterfrauen, steht die Lehre daraus!

Wir müssen die Kleinbauern gewinnen

A.-K. Brückena. H. Auch Brücken hat seine Reichsgründungsfeier gehabt. Frühmorgens um 9 Uhr traten die Kriegervereine und ehemaligen Frontsoldaten an (aber bloß die, die das Glück hatten, nicht die Front sehen zu brauchen!). Der „berühmte Feldwebel von Brücken" hatte seine Not, seine Musketiere in gerade Front zu bringen. Gleich darauf erschien der Hauptmann der Kriegervereinsgarde, der Arbeiterausbeuter Gustav Hauschild. Militärisch wurde ihm gemeldet, daß die Kompagnie marschbereit sei. Auch die teutschen Turner durften bei dem ganzen Rummel nicht fehlen. Nach Schluß der Beratung folgte allgemeiner Kirchgang.

Am Abend desselben Tages hatten die Nazis zum erstenmal in Brücken eine Versammlung einberufen. Ein starker Sturm aus Sangerhausen war dazu erschienen. 20 Pfennige Eintritt verlangten die Nazis, und die Arbeiter, die eigentlich gewillt waren, hinzugehen und ihren Standpunkt zu vertreten, nahmen einen Abstand, weil sie die Nazipartei nicht finanzieren wollten. Angeblich 50—60 Einwohner, meist Kleinbauern, waren in der Versammlung und hofften, daß ihnen die Nazis sagen, wie sie sich der unerhörten steuerlichen Belastung befreien könnten. Sie konnten die Nazis den Bauern natürlich nicht sagen.

Genossen! Das müssen wir nachholen! Wir müssen Aufklärung unter die Kleinbauern bringen! Wir müssen ihnen einleuchtend klarmachen, daß ihre Rettung nur im gemeinsamen Kampf mit den Ausgebeuteten gegen das kapitalistische System zu finden ist.

Geht hinaus in die Dörfer, Landagitation, die Organisierung des werktätigen Landvolkes zum Kampfe für mehr Lohn, die wir unter den Kleinbauern leisten, wird reiche Früchte tragen.

Droyßig. Montag, den 26. Januar, 20 Uhr, findet im Saale zum Deutschen Haus eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt. Auf der Tagesordnung steht die Steuererhöhung. Der Kreis hat die Zuschläge festgesetzt: Grundsteuer 460 Prozent, Gewerbesteuer über 500 Prozent. Trotzdem vom Bezirksausschuß und vom Landgemeindeverband festgestellt ist, daß die Kreisumlage auf die Gemeinden ungesetzlich ist. — Einwohner, erscheint in dieser Sache!

Eilenburg. Dem Jahresbericht des Arbeiter-Samariter-Bundes, e. V., Kolonne Eilenburg, entnehmen wir folgendes: Die Kolonne leistete im Jahre 1930 in 1256 Fällen erste Hilfe, in den Fällen 884, im öffentlichen Leben 87. Krankentransporte wurden in diesem Jahre 100 ausgeführt, davon 357 zur Wohnung, 2 zur Wache, 65 zum Krankenhaus. Krankenwachen wurden 6 gestellt, 72 Stunden. Krankenpflegeartikel wurden ausgeliehen 170 Stück, 6818 Tagen. Die Kolonne stellte im vergangenen Jahre 120 Krankenwachen mit 503 Samaritern und Samariterinnen in einer Stärke von 1492. Uebungsabende fanden 42 statt und wurden von 880 Samaritern und Samariterinnen besucht. Die Uebungsabende finden wöchentlich im Zeichensaal der Stadtschule statt.

Eilenburg. Bei einer Zusammenkunft des Internationalen Bundes, Ortsgruppe Eilenburg, wurden für die Winterhilfe der Roten Hilfe 6.60 Mark gesammelt. Weiter wurden von Genossen Willi Richter anläßlich einer Hausersammlung 5 Mark gesammelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0010

Mansfeld-Sangerhausen

Die Mansfeld-AG der Sorge enthoben

Der Eislebener Bürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung Die Viertauer abgelehnt — Renegat Lämmer in der SPD gelandet

A.-K. Eisleben. Unsere letzte Stadtverordnetenversammlung war von zahlreichen Zuhörern besucht. Die Wahlen des Stadtverordneten-Vorstandes standen auf der Tagesordnung, und die kommunistische Fraktion war sich darüber klar, daß die SPD-Leitung einen ganz besonderen Schlag führen wollte. Der aus der SPD ausgeschlossene Renegat Lämmer saß zwischen „reinen Gewissenden" Kaufmann und Besser. Lämmer ist dort gelandet, wo er schon lange hingehört, nämlich bei den Sozialfaschisten.

Der Stadtverordnetenvorsteher gab einen Rückblick über das vergangene Jahr. Er führte aus, daß die Krise im Erzbergbau, der Mansfelder Streik und der Lohnabbau die Stadtverwaltung zu der Verringerung der Einnahmen und die Vergrößerung der Ausgaben in eine sehr schwierige Lage gebracht habe. Ständig wachse die Zahl der Wohlfahrtsempfänger und ständig steigen auch die Schulden der Stadt. Die Suche nach neuen Steuern ist nicht leicht. Dann verliert er noch ein paar salbungsvolle Worte über die Reichsgründungsfeier.

Der Bürgermeister Waltsgott hebt hervor, daß für die Mansfeld-AG die Sorge behoben sei.

Gegen Nazis und SPD ihr wiederum 7 Millionen geschenkt wurden.)

Dann meldete sich der Sozialdemokrat Besser zum Wort und gab dem Stadtverordnetenkollegium gegenüber den Wahrheiten Raum für seine Rachrede gegenüber dem KPD-Stadtverordneten Hammer antreten. Besser behauptete, Hammer hätte bei der letzten Tucker Ueberstunden geschoben.

Aber der Genosse Hammer wies ihm nach, daß er noch nie bei dieser Firma gearbeitet hatte.

Sozialdemokrat Besser war so als ganz erbärmlicher Lügner Lügenbolder gekennzeichnet. Bei der nachfolgenden Wahl des Stadtverordnetenvorstandes wurde der Ordnungsbläckler Höll Stadtverordnetenvorsteher gewählt. Der Mittelständler Lir zum Stellvertreter gewählt. Der Ordnungsbläckler Schmidt Schriftführer. Kein Sozialdemokrat ist mit in den Vorstand hineingekommen, und SPD-Keller erklärte darum etwas von Verzweiflung.

KPD-Genosse Hammer wurde in den Finanzausschuß gewählt.

Die Bierlieferverordnung wurde nach längerer Aussprache einstimmig abgelehnt.

Der Arbeiterwohlfahrt wurden 250 Mark zur Bestreitung der Weihnachtsbescherung gemacht haben. Nach längerer Debatte bewilligt. Einige weniger wichtige Sachen wurden den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Als Kriegsfolgelasten wurde festgesetzt, daß vierteljährlich

eine Mindestgebühr von 80 Pfennigen pro Haushalt

entrichten sei. Danach trat das Stadtverordnetenkollegium in nichtöffentliche Sitzung ein.

Arbeiter schreibt:

Die SPD ist am Ende ihrer Kunst

A.-K. Volleben. Am Sonntag war bei uns öffentliche Versammlung der SPD. Es war zum totlachen, wie sie mit Trommeln und Pfeifen 60 Mann hoch anmarschiert kamen — gegen den Faschismus. Zum Schutz waren noch 7 Landjäger und 2 Geheimpolizisten da. Das Thema lautete: „Die Nazis auf der Anklagebank". Der Referent Osterroth kennzeichnete die Nazis nach allen Regeln der Kunst. Von den Nazis war niemand zur Diskussion da.

Nun hat die KPD sprach der Genosse Brosowski. Dieser zeigte kein Wortier — ihm wurden nur 10 Minuten Redezeit zugebilligt — die Schuld der SPD an der Aufpäppelung des Faschismus. Die jetzige Regierung nichts anderes ist als Faschismus und trägt die SPD die Hauptschuld und darum auch an dem ganzen jetzigen Elend.

Genossen, wir kämpfen mit euch Reichsbannerarbeitern gegen den Faschismus, aber ohne eure Führer, denn diese sind ja Verräter.

Der kurze Anklagerede Brosowskis wurde mit großem Beifall begrüßt. **Die SPD ist am Ende ihrer Kunst. Sie können nur noch Leichenreden halten.**

Zornack-Geschichten in zweiter Auflage in Eisleben

A.-K. Eisleben. Es schwirren seit einem Monat in Eisleben allerlei Gerüchte über den schneidigen Polizeioberinspektor Gerhard Ueberschär herum. Alle „Klassenkampf"-Leser und Arbeiter kennen ja vom letzten Bergarbeiterstreik her Herrn Ueberschär nicht sehr genau. Er war einer von denjenigen, die Gummiknüppel sehr schneidig auf die Rücken der Bergarbeiter niedersausen ließen. Alle seine Handlungen zeugen von Brutalität und Geradheit.

Nun, wie gesagt, die jetzt von ihm in der ganzen Bevölkerung im Umlauf sind, welchen aber sehr stark von „Geradheit" ab. Inwieweit die Gerüchte der Wahrheit entsprechen, konnten wir noch nicht feststellen. Eins können wir unseren Lesern des „Klassenkampf" und der ganzen Arbeiterschaft mitteilen. Es hat von seiten des Polizeidezernenten eine Vernehmung stattgefunden.

Wir stellen die Anfrage an den Magistrat, ob er gewillt ist, eine klare Antwort zu geben, denn die Bevölkerung hat hierbei ein starkes Interesse, da es sich um einen höheren Polizeibeamten handelt. Ueber den Verlauf der Verhandlungen werden wir laufend berichten.

Mittelständler müssen in der Einheitsfront der Ausgebeuteten kämpfen

A.-K. Eisleben. Im „Eisleberer Tageblatt" vom 17. Januar stand ein Eingesandt mit der Ueberschrift „Schicksalszeit des Handwerks". Es wird darin berichtet über die Notlage der Handwerker. Wir Bauarbeiter kennen diese Notlage zur Genüge. Persönlich die Kollegen, die seit Jahrzehnten von diesen Meistern eingestellt wurden. Und deshalb nicht eingestellt, weil sie den Tarifsohn teilweise nicht erhielten oder aber Mißstände der Baustelle abstellten. Diese Kollegen kamen nie wieder. Jetzt auf einmal beginnt man sich, daß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine „Schicksalsgemeinschaft" bestände. Die Bauarbeiter haben aber von dieser Schicksalsgemeinschaft nichts in der Vergangenheit gemerkt, sondern immer das Gegenteil davon: gemaßregelt oder keine Wiedereinstellung nach dem Streik. Ich könnte die Firmen namentlich anführen, der es in 25 Jahrzehnte so gehandhabt wurde.

Es wird Klage geführt über die Unterbietung bei Vergebung von Bauarbeitern. Hier war es hauptsächlich die Firma Schaefer, Inhaber Schüler, die sich die größten Unterbietungen leistete. Weil diese Firma meistens Lehrlinge beschäftigte und Firma bisselbsen mit einem Stundenlohn von 15, 17, 18 und weniger abspeiste. Dieser Herr Schüler war so gemein, daß er angestellten, die ausgelernt hatten, das Angebot zu machen, er wolle sie weiter beschäftigen, wenn sie für 50 Pfennige Stundenlohn arbeiten würden! So hat dieser Schicksalsgemeinschaftler die Notlage der ausgelernten jungen Proletarier ausgenutzt.

Es wird auch über Schwarzarbeit geschrieben. Wir sind die Leute, die die Schwarzarbeit aufheben, aber hierbei muß gesagt werden, daß 60 Prozent der Meister in Eisleben keine praktische Bauarbeit ausführen können.

Wir möchten diesen Schicksalsgemeinschaftlern nur eins sagen: Aus dieser Notlage gibt es innerhalb dieses Systems kein Entrinnen. **Wer es ehrlich meint, der muß sich in die Reihen der Kommunisten begeben und gemeinsam mit ihnen kämpfen für einen Arbeiterstaat.** Einen anderen Ausweg gibt es nicht.

Die Nazis entlarven sich selbst

A.-K. Riestedt. In der vergangenen Woche hielten die Nazis in Riestedt eine öffentliche Versammlung ab, in der ihr Reichstagsabgeordneter Tiebel sprach. Als Saalschutz hatten sich die Nazis einen SA-Trupp in Stärke von 20 Mann von Sangerhausen geholt. Ungefähr 50 Riestedter Einwohner waren erschienen, meist Kleinbauern und Gewerbetreibende, die nach einem Ausweg aus ihrer Elendslage suchen. Auch ungefähr 40 Proletarier waren da, die einmal hören wollten, was für Phrasen ein nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter verzapft. Der Referent erzählte viel über die Not und das Elend des werktätigen Volkes. Aber einen Ausweg, wie die wirtschaftliche Not beseitigt werden soll, konnte er nicht zeigen. Das faschistische Italien war das lockende Ziel, das ihm vorschwebte und das er auch den Erschienenen schmackhaft machen wollte. Die Kommunisten bezeichnete er als Agenten Moskaus und Förderer der Weltrevolution. Die russischen Führer wären alle Juden und schon deshalb wären die Nazis Feinde des russischen Regimes.

Ich war bisher auch nur ein parteiloser Arbeiter und mußte noch nicht recht, zu wem ich halten sollte. Aber nun möchte ich den Einwohnern von Riestedt und allen anderen Proletariern und Ausgebeuteten sagen:

Diejenigen, die am 14. September die Nazis gewählt haben und dabei gehofft haben, daß diese Partei etwas tut zur Verbesserung der Lebenslage der Ausgebeuteten, die haben sich arg geschnitten.

Sie alle sind elend betrogen worden von der Nazi-Partei. Ihr „großer" Hitler, der bei den Großindustriellen in Versammlungen und Sitzungen spricht, ist bestimmt nicht der Interessenvertreter der Arbeiter, Bauern und Mittelständler.

Gerade auf Grund der Naziversammlung habe ich eingesehen, daß jetzt jeder Arbeiter Schluß machen muß mit dem Beiseitestehen.

Ein jeder muß offen Stellung nehmen. Ich bin eingetreten in die Kommunistische Partei, die einzige Partei, von der ich überzeugt bin, daß sie sich restlos für die Interessen der Arbeiterschaft einsetzt und die kämpfende Arbeiterschaft zum Siege führt.

Nordhausen

LLL-Feier in Nordhausen

im Zeichen der Vorbereitung des Kampfkongresses

A.-K. Nordhausen. Die Klarinettenabteilung und die Proletarische Bühne hatten die Ausgestaltung der Feier übernommen. Rote-Hilfe-Transparente, rote Fahnen und Bilder der großen Toten schmückten den Saal. Glänzende Kampfesstimmung herrschte unter den Versammelten. Genosse Ludwig sprach über die Ermordung unserer Vorkämpfer. Die Lehre aus den Januarkämpfen 1919 muß auch in den Januartagen 1931, zur Zeit der roten Delegiertenkonferenzen, im Vordergrunde stehen. Liebknecht und Luxemburg sind nicht umsonst gefallen. Es kommt der Tag, dann werden wir die Richter sein!

Der äußere Erfolg der Veranstaltung ist 7 neue Parteigenossen, 2 neue „Klassenkampf"-Leser.

Die Radiohörer fordern proletarische Sendeprogramme

A.-K. Nordhausen. Zu dem am 18. Januar stattgefundenen Kampfkongreß gegen den Faschismus entsandte die Ortsgruppe Nordhausen des Freien Radio-Bundes Deutschlands drei Delegierte. Nachdem der Genosse B. die brüderlichen Kampfesgrüße der Ortsgruppe übermittelt hatte, kennzeichnete er auf das Treffendste den reaktionären Kurs der Rundfunkgesellschaften. Des weiteren zeigte er die Wege und Ziele des FRSB auf. Nachfolgende Resolution wurde vom Kongreß einstimmig angenommen:

„Der am 18. Januar tagende Kampfkongreß gegen den Faschismus nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Rundfunkgesellschaften sich im faschistischen Fahrwasser betätigen. Die Teilnehmer der Konferenz protestieren gegen die Vergewaltigung von Millionen von Arbeiterhörern und fordern die sofortige Absetzung der Kirchenpropaganda. An deren Stelle sind Uebertragungen aus Moskau sowie Veranstaltungen der Ifa und des Freien Radio-Bundes zu setzen. Der Kongreß gelobt, alles einzusetzen, um die Verwirklichung der uns interessierenden proletarischen Uebertragungen zu ermöglichen."

Werktätige von Eisleben!

Der Verband proletarischer Freidenker mit Feuerbestattung ruft auch auf, eure zur Schulentlassung kommenden Kinder aus dem Konfirmandenunterricht herauszunehmen. Schickt sie zum Vorbereitungsunterricht zur Jugendweihe der proletarischen Freidenker. Befreit sie von dem Einfluß der Pfaffen. Anmeldungen nehmen entgegen: Walter Bernhardt, Eisleben, Petrikirchplatz 4; Oskar Hund, Eisleben, Freistraße 43; Wilhelm Bielau, Eisleben, Stadt. Schlachthof; „Klassenkampf"-Filiale, Eisleben, Brinterweg 30.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Glänzende LLL-Feier in Torgau

A.-K. Torgau. Vor vollbesetztem Hause fand in Torgau im Bürgergarten eine LLL-Feier statt. Die Agitproptruppe der KPD von Torgau zeigte sehr gut gelungene Szenen. Auch eine von Arbeitern und Arbeiterinnen zusammengestellte Musikgruppe bot ihr Bestes. Genosse Kirske schilderte die Taten unserer großen Führer und die Mitschuld der Sozialdemokraten am Meuchelmord. Die Schande eines Noske wird nie von den Arbeitern vergessen werden. 15 000 tote Proleten liegen ihm an. Genosse Kirske zeigte dann weiter auf, wie es in der USSR unter der Herrschaft der Arbeiter und Bauern aussieht.

Alle Anwesenden gelobten, mit ganzer Kraft mitzuarbeiten an großen Werk, damit auch wir in Deutschland bald einen solchen Staat aufbauen können.

Genosse Dietze wies dann besonders darauf hin, daß jetzt 1400 revolutionäre Arbeiter von der Klassenjustiz in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Republik eingesperrt sind. Er rief zur Solidarität mit den Eingekerkerten und ihren Familien auf. Eine Sammlung für die Rote Hilfe, die daraufhin vorgenommen wurde, ergab den Betrag von 9 Mark. Trotz Massenerwerbslosigkeit, trotzdem sie selber alle im größten Elend leben, gaben die Proleten ihren Groschen. Mehrere neue Parteigenossen wurden aufgenommen.

Wir werden weiter so arbeiten und wir sind fest überzeugt, daß der entschlossene Kampf der Werktätigen den Sieg über alle Ausbeuter davontragen wird.

Gut gelungene LLL-Feier in Delitzsch

A.-K. Delitzsch. Trotz des ungünstigen Wetters hatte sich unsere LLL-Feier eines guten Besuches zu erfreuen. Eine ansehnliche Zahl von Genossen ließ es sich trotz des Wetters nicht nehmen, vorher durch mehrere Straßen der Stadt zu demonstrieren, unter Vorantritt des Arbeiter-Zambourhors. Zum erstenmal seit geraumer Zeit wirkte bei der LLL-Feier außer der „Prol. Tribüne" auch der KPD mit. Die Jugendgenossen werden gemerkt haben, daß sie sich in Zukunft viel mehr beteiligen müssen, damit das Zusammenspiel der einzelnen Spieler gewährleistet ist. Der Saal war dem Tage entsprechend gut dekoriert und vollständig in rot mit den dementsprechenden Losungen gehüllt.

Gen. Br. Rothe (Halle) hielt die Ansprache. Ausgehend von dem Wirken Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs für die Revolution, rief Gen. Rothe nochmals die an ihnen verübten Grausamkeiten den Anwesenden ins Gedächtnis zurück und geißelte scharf den Verrat der SPD. Gen. Rothe ließ die Verhältnisse von 1921, 1923 u. usf. nach einmal Revue passieren, und zeigte klar auf, wie recht die Kommunisten gehabt haben, als sie die jetzigen Verhältnisse schon lange vorausgesagt hatten. Wir alle müssen Lenin nachsteren, dann wird auch bei uns der Sieg der Volksrevolution nicht ausbleiben!

Der Referent bewies klar und deutlich, daß SPD und Brandleristen die besten Wegbereiter des Faschismus sind.

Nur durch Massenmobilisierung für die KPD und RGO sowie den Kampfbund gegen den Faschismus wird es uns gelingen, jede faschistische Diktatur zu beseitigen und einen Arbeiterstaat zu schaffen.

Die Erwerbslosen gedenken Karls, Rosas und Lenins

A.-K. Liebenwerda. Eine gut besuchte Erwerbslosenversammlung fand am Dienstag in Liebenwerda statt. Genosse Hirsch, der als Referent erschienen war, gedachte unserer gemordeten Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wie auch Lenins. Er wies in seinen Ausführungen nach, daß die Arbeiterklasse von dem jetzt herrschenden kapitalistischen System nichts anderes als weitere Verelendung, Unterdrückung und Ausbeutung zu erwarten hat. Auch die große Mitschuld der SPD an dem Elend und an der Not, das jetzt unter der Arbeiterklasse herrscht, zeigte der Referent auf. An Hand von Beispielen zeigte Genosse Hirsch, daß es eine geschichtliche Notwendigkeit sei, dieses System unter Führung der KPD und der RGO niederzuringen und dafür einen Arbeiterstaat aufzubauen.

60 Broschüren wurden in dieser Versammlung verkauft und mehrere Aufnahmen für die Jugend, für die Kommunistische Partei und für die RGO gemacht.

Erfolgreiche Veranstaltung in Kobershain

A.-K. Kobershain. Zur LLL-Feier in Kobershain hatten sich zahlreiche Einwohner eingefunden. Eine revolutionäre Agitproptruppe von Torgau zeigte in sehr gut gelungenen Szenen die Unterschiede zwischen dem kapitalistischen System und dem sozialistischen System in der USSR. Die Gedenkrede für unsere großen Führer hielt der Genosse Diebe aus Torgau. Er zeigte die große Mitschuld der sozialdemokratischen Führer an dem Meuchelmord an Karl und Rosa auf. Folgerichtig sind die SPD-Führer den 1914 eingeschlagenen Weg weitergegangen und haben der jetzigen faschistischen Diktatur in den Sattel geholfen. Jetzt führten sie „Kampf dem Faschismus" und sind doch selber diejenigen, die die größte Schuld haben, daß es so weit gekommen ist.

Wenn jetzt nicht die Einheitsfront aller Werktätigen geschaffen wird, dann wird die faschistische Diktatur in immer schärferen Gewaltmaßnahmen sich auswirken gegen das gesamte Proletariat.

Der Genosse Richter aus Schildau forderte alle Anwesenden eindringlich auf, der Kirche den Rücken zu kehren und Schluß zu machen mit dieser Stütze der kapitalistischen Ordnung. Die Genossin Voigt aus Torgau, die auf seit einigen Tagen von der Klassenjustiz von schweren Anklagen freigesprochen werden mußte, sprach auch und appellierte mit anfeuernden Worten an alle Anwesenden, nicht mehr Amboß, sondern Hammer zu sein und sich in die Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft einzuordnen. Mehrere Neuaufnahmen für die KPD wurden gemacht. Einige jugendliche Genossen traten in den KJVD ein.

Auch diese Veranstaltung hat bewiesen, daß die Worte Lenins „Heran an die Massen!" von den Genossen der Partei beherzigt werden. Immer zahlreicher werden unsere Reihen. Deshalb, Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern, vormärts im Geiste Lenins, dann werden wir siegen.

Schreckensruf der „Torgauer Tante"

A.-K. Ganz erschreckend muß der Demonstrationsumzug, welcher am vergangenen Sonntag vom HSB durchgeführt wurde, auf die zarten Nerven des Redakteurs des Torgauer Käseblättchens gewirkt haben. Vielleicht waren seine Nerven auch noch etwas angegriffen, weil der Reichsgründungsrummel des Stahlhelms und der übrigen reaktionären Verbände in Torgau eine glatte Pleite war. Ganze vier Gruppen hatte man mit Mühe und Not auf die Beine gebracht.

Der Redakteur des Käseblättchens schreibt also in seiner Nummer vom 21. Januar unter der Ueberschrift „Veranwortungslos": Fünf- bis achtjährige Bengels wären mit einer blutroten Sowjetfahne durch die Straßen gezogen und die Eltern, die das zuließen, wären doch ganz verantwortungslose Menschen. Wir glauben es dem bürgerlichen Schmöt gern, daß eine klassenbewußt erzogene Jugend ihm auf die Nerven geht. Diese Kinder, die jetzt schon im Geiste unserer großen Führer erzogen werden, die werden sich nicht als billige und willige Ausbeutungsobjekte einmal mißbrauchen lassen. Sie werden sich auch nicht als Schlachtvieh für die Imperialisten hergeben.

Wir werden gerade, weil das Bürgertum über eine solche Erziehung der proletarischen Jugend jammert, alle unsere Kräfte daransetzen, alle Arbeiterkinder im Jung-Spartakus-Bund zu organisieren.

Der Jugend gehört die Zukunft und eine rote Jugend ist die Gewähr für den Aufbau eines roten Arbeitervaterlandes.

Torgauer Magistrat ordnet Verlängerung der Fortbildungsschulzeit an

Die Jungarbeiter müssen sich dagegen wehren

A.-K. Torgau. Eine große Anzahl früherer Fortbildungsschüler hat schriftlich vom Magistrat die Anweisung erhalten, nach weiter die Fortbildungsschule zu besuchen. Die Schüler fanden sich zusammen und besprachen, was dagegen zu unternehmen sei. Der gerade anwesende Lehrer stellte sich den Schülern entgegen und sagte, daß die Abhaltung einer Versammlung und die Wahl eines Schülerobmannes Zeit hätte bis zum Schluß des Unterrichts. Die Schüler bestanden aber auf ihrem Willen und der Lehrer mußte sich fügen. Es wurde ein Obmann gewählt, der die Vertretung der Schüler gegenüber dem Lehrerkollegium übernehmen soll. Bis auf weiteres müssen die Schüler 14 Stunden pro Woche die Schule besuchen.

Die ganze Gesichte hat nur den einen Zweck, die Jugendlichen in reaktionärem Sinne zu beeinflussen und sie widerstandsunfähig für das von den Nazis beantragte Arbeitsdienstpflichtjahr zu machen.

Die jugendlichen Arbeiter müssen gegen diese Pläne der Nazis kämpfen. Das können sie aber nur, wenn sie geschlossen mit dem Kommunistischen Jugendverband und der gesamten revolutionären Arbeiterschaft auftreten.

Jugendgenossen, bringt Aufklärung unter die Schüler in den Fortbildungsschulen. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.

Alle heran an die Arbeit!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0011

Ihre Zeitung

ist der Klassenkampf. Sie
wahrt, vertritt und kämpft rückhaltlos für

Ihre Interessen

Hinaus mit der bürgerlichen und
sozialdemokratischen Presse.
Hand- und Kopfarbeiter lesen

den Klassenkampf!

Bekanntmachungen

Wohnungsordnung für den Stadtkreis Halle
Polizei-Verordnung

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. 3. 1850 (G. S. S. 265), der §§ 183 und 184 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883 (G. S. S. 195), sowie auf Grund des Wohnungsgesetzes vom 28. 3. 1918 (G. S. S. 30), der dazu erlassenen Ausführungs-Anweisung vom 11. 5. 1918 und der Verordnung über Benutzungsplänen und -Aufsicht vom 6. 2. 1924 (MGBl. S. 44) wird hiermit unter Zustimmung des Magistrats nachstehende Polizeiverordnung (Wohnungsordnung) für den Stadtkreis Halle erlassen:

A. Allgemeines.

§ 1. Die Wohnungsordnung bezweckt Erhaltung und Besetzung von Mißständen im Wohnungswesen der Stadt Halle mit dem Ziele einer Verbesserung der Wohnungsverhältnisse.

B. Geltungsbereich der Wohnungsordnung.

§ 2. Der Wohnungsordnung unterliegen einschließlich der im § 5 aufgeführten Hausteile:
1. Wohnungen, die einschließlich Küche aus 4 oder weniger zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen bestehen.
2. Größere Wohnungen, in denen nicht zur Familie gehörige Personen gegen Entgelt als Zimmermieter, Einlieger (Einlegierer, Mieter, Kost- und Quartiergänger) oder Schlafgänger (Schlafer, Schlafstelle, Schlafstellen, Schlafgänger, Schlafburschen und -Mädchen) aufgenommen werden.
3. Wohn- oder Schlafräume, die von Dienst- oder Arbeitgebern ihren Hausgehilfen, Gewerbe- oder Handlungsgehilfen, Gesellen, Lehrlingen oder sonstigen Angestellten oder Arbeitern zugewiesen sind.
4. Wohn- oder Schlafräume von Mietwohnungen, sofern sie im Keller oder in einem nicht voll ausgebauten Dachgeschoß liegen.
5. Lediganstalten und Arbeiterunterkünfte.

Räume, die miteinander in unmittelbarer, offener Verbindung stehen (z. B. Zimmer und Alkoven), gelten als 1 Raum.

C. Anforderungen an Wohngebäude und Wohnungen.

§ 3. Als Wohn- oder Schlafräume, sowie Küchen, dürfen nur solche Räume benutzt werden, die zum dauernden Aufenthalte von Menschen baupolizeilich genehmigt sind.

Ausnahmen sind nur zulässig für Gebäude, die z. Zt. des Inkrafttretens des Wohnungsgesetzes vom 28. 3. 1918 bereits bewohnt waren.

§ 4. Für jede Wohnung müssen die für eine Haushaltung erforderlichen Einrichtungen (Gelegenheitsrichtungen, Kochstelle, Abort) und Nebenräume (z. B. Keller, Boden) in ausreichender Zahl vorhanden sein. Es ist zu erstreben, daß auf jede Wohnung eine eigene Wasserzapfstelle mit Ausguß und ein eigener Abort entfallen.

§ 5. Wohngebäude, Wohnungen und Zubehör, Hausflure, Treppen, Höfe und sonstige, der gemeinsamen Benutzung der Bewohner dienenden Teile des Hauses müssen sich in gutem Zustande befinden, insbesondere den gesundheitlichen und sicherheitspolizeilichen Anforderungen entsprechen.

D. Anforderungen an die Behandlung und Belegung der Wohnungen.

§ 6. Die in § 5 genannten Räume und Anlagen dürfen nicht in zweckwidriger und den baulichen Zustand beeinträchtigender Weise benutzt werden. Insbesondere ist verboten:
1. die Beschädigung oder Verunreinigung der Räume,
2. das Verursachen von Feuchtigkeit oder schlechter Luft mangels genügender Lüftung,
3. das Waschen und Trocknen von größeren Mengen oder Gliedern Wäsche in Wohnungen, Hofbauten u. ähnl. die Halbbarkeit der Gebäudeteile schädigende Verrichtungen,
4. die zweckwidrige und nachteilige Benutzung von Beleuchtungs-, Wasserleitungs-, Entwässerungs-, Bade-, Heizungs-, Koch- und Dunstabzugsanlagen, das Verkoppeln oder Verschmutzen der Aborte und Ausgüsse,
5. das Legen von Knochen, Lumpen, einen Ableit Geruch verbreitenden Gegenständen oder nicht brennbaren Stoffen und das unsachgemäße Aufbewahren von Abfallstoffen aller Art (Müll usw.), sowie die Aufbewahrung größerer Mengen von Nahrungs- und Genußmitteln in Schlafräumen,
6. das Halten von Kleintieren (z. B. Kaninchen, Geflügel usw.), wenn sich Belästigungen ergeben.

§ 7. Wohnungen sind von tierischen Schädlingen (beispielsweise Ratten, Mäusen, Wanzen u. a. Ungeziefer) freizuhalten.

§ 8. Die Belegung der dieser Verordnung (§ 2) unterliegenden Wohnungen und Räume soll gesundheitlichen und sittlichen Anforderungen entsprechen.

E. Aufnahme familienfremder Personen.

§ 9. Familienfremde Personen, insbesondere:
a) Hausgehilfen, Gewerbe- und Handlungsgehilfen, Lehrlinge oder sonstige Angestellte und Arbeiter des Wohnungsinhabers.
b) Zimmermieter, Einlieger (Einlegierer, Mieter, Kost- und Quartiergänger) und Schlafgänger (Schlafburschen und Schlafmädchen) dürfen in eine Wohnung nur unter folgenden Bedingungen aufgenommen werden:
1. Die Vorschrift des § 8 darf nicht verletzt werden.
2. Die aufgenommenen Familienfremden (ausgenommen Ehepaare oder Kinder unter 10 Jahren) müssen nach dem Geschlecht getrennt in verschiedenen Räumen untergebracht werden.
3. Der Zugang zu den Schlafräumen der Familienfremden darf nicht durch Schlafräume der Familie des Vermieters oder von Angehörigen des anderen Geschlechtes führen.
4. Die Schlafräume der Familienfremden müssen von innen verschließbar und gegen außerhalb Schlafräume von Angehörigen des anderen Geschlechtes abgeschlossen sein.
5. Für jeden Familienfremden muß ein besonderes Bett zur alleinigen Benutzung vorhanden sein; die Betten dürfen nicht von verschiedenen Personen schichtweise nacheinander benutzt werden.
6. Die jeden Familienfremden zur alleinigen Benutzung stehenden Fläche, ein Waschbecken, ein Kleiderfach zur alleinigen Benutzung stehen.
7. Die den Familienfremden zur Verfügung stehenden Räume sollen heizbar sein.

F. Durchführung der Wohnungsordnung.

§ 10. Die Durchführung der Wohnungsordnung liegt dem Wohnungsamt ob. Den mit der Wohnungsaufsicht von diesem betrauten Personen, sowie den in ihrer Begleitung befindlichen und zu gleichen Zwecke amtlich beauftragten Personen ist der Zutritt zu allen Räumen, die zum Aufenthalte von Menschen benutzt werden, sowie zu allen Nebenräumen, Zugängen, Aborten und dergl. zu gestatten und alle erforderliche Auskunft wahrheitsgemäß zu erteilen.

Die genannten Personen sind berechtigt, Skizzen und Pläne aufzunehmen, sowie Lichtbildaufnahmen zu machen.

§ 11. Bleiben die Versuche, bei Nichtbeachtung der Vorschriften der Wohnungsordnung zunächst durch Rat, Belehrung oder Mahnung Abhilfe zu schaffen und Räumung der Wohnungen oder Beseitigung der Schäden durch den Hauseigentümer oder Wohnungsinhaber herbeizuführen, ergebnislos, so ist der Magistrat (Wohnungsamt) berechtigt, die erforderlichen Anordnungen zu erlassen und nach § 132 Landesverwaltungsgesetz zwangsweise durchzuführen. Insbesondere kann die Benutzung von Wohnungen oder einzelnen Wohn- und Schlafräumen, auch Küchen, die den Vorschriften der Wohnungsordnung nicht entsprechen, ganz untersagt oder von der Beseitigung bestimmter, die Gesundheit oder Sittlichkeit gefährdender Zustände abhängig gemacht werden.

Außerdem kann polizeiwidrig des Strafverfahrens nach § 15 die Ausweisung der in die Wohnung aufgenommenen Personen oder im Falle des § 2 Ziffer 1 auch die Ausweisung vorübergehend selbständiger Familienangehöriger der Wohnungsinhaber angeordnet werden.

Eine gesperrte Wohnung darf vor Beseitigung der die Räumung begründenden Ursachen und ohne Genehmigung des Wohnungsamtes nicht wieder in Benutzung genommen werden.

§ 12. Die Vermieter, Dienst- oder Arbeitgeber sind verpflichtet, leere Wohnungen und Räume, die der Wohnungsordnung unterliegen, binnen 3 Tagen nach erfolgter Räumung, oder, falls eine solche nicht erfolgt ist, nach ihrem Freiwerden dem Wohnungsamt anzumelden und innerhalb 3 Tagen nach erfolgter Bezugnahme anzumelden.

§ 13. Am Eingang zu Räumen, die als Schlafstellen vermietet werden, ist ein sichtbarer Aushang vom Vermieter anzubringen, der in leicht erkennbarer Weise die vom Wohnungsamt genehmigte Höchstzahl der Schlafgänger enthält.

§ 14. Zuwiderhandlungen der Vermieter, ihrer Beauftragten, sowie der Mieter gegen die Vorschriften der Wohnungsordnung werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder zu Ersatzgefängnis mit Haft bis zu 2 Wochen bestraft.

§ 15. Die Wohnungsordnung tritt mit dem Tage der Verkündung, § 12 erst nach Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes in Kraft. Sie tritt — soweit nicht vorher anderweit verordnet wird — spätestens am 31. Dezember 1950 außer Kraft.

Halle, den 23. Januar 1931.

Die Polizei-Verwaltung.
Dr. Rive.

Die Verpfändung der Pfänder mit den Pfandnummern 60 836 bis 66 464 (Pfandscheine bis April 1930) wird vom 10. Februar 1931 ab von 9 Uhr vormittags an dem Leihamt an der Marktkirche 4 stattfinden. Versteigert werden Taschenuhren alte Art, lediger Gold- und Silbergegenstände, feuter Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke, Pelze und verschiedene andere Sachen. **Einzuerlösen nur bis Sonnabend, den 7. Februar 1931.** Die ersteren Pfandscheine können in der Zeit vom 16. März 1931 bis 9. März 1932 abgehoben werden.

Halle, den 26. Januar 1931.

Leihamt der Stadt Halle.

Anerkannt beste Bezugsquelle für 320
billige böhmische Bettfedern

1 Pfund graue, cute, gefüllte Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 M, halbweiße, flaumige 1,50 M. u. 1,40 M.; weiße, flaumige, gefüllte 1,70 M., 2 M., 2,50 M., 3 M.; sowie, gefüllte Halbdaunen Herrschaftsfedern 4 M., 5 M., 6 M.; halbweiße Daunen 5 M., weiße 7 M., hochfeine 10 M. Versand jeder beliebigen Menge 50 Pfennig geg. Nachnahme, v. 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet, od. Geld zurück. Muster u. Preisliste kostenlos
S. Benisch, Prag XII, Amerika ulica Nr. 1141, Böhmen

Radio! Sämtliche Markenfabrikate!
Reelle Preise! Teilzahlung!
Ingenieur Otto Berbig 322
Fernruf 31177 Moritzzwinger 2 Fernruf 31177

Geschäfts-Eröffnung!
Einer geehrten Einwohnerschaft von Stadt und Land die ergebene Mitteilung, daß ich die Bewirtschaftung des Restaurants
„Zu den vier Jahreszeiten"
übernommen habe.
Es wird mein vornehmstes Bestreben sein, den mich beehrenden Gästen dürch freundliche und schnelle Bedienung bestgepflegter Getränke, guter, bürgerlicher Küche einen angenehmen Aufenthalt zu bieten und bitte ich um freundliche Unterstützung.
Vollkommen renoviert! H. Oettler-Biere.
Tel. 1174 **Otto Schunke Weißenfels** 170

Rakete Die nall. Lachbühne!
Heute bis 4 Uhr! Ab 24 Uhr Bockbierstrummel! Mützen und jedes 5. Bockbier gratis! Nur Ueberraschungen!
Sonntag 3½ Uhr Das volle Progr.! Für 50 Pf. Eintritt Kinder 25 Pf.
„Dem Griesgram zum Trotz"
337 beitfelt sich unser Maskenball am 2. Febr

Preiswerte gut gearbeitete **Sofas**
55.– 85.– 107.– 116.– 135.– 145.– RM.
Ruhebetten
35.– 45.– 55.– 60.– 85.– RM.
Große Auswahl
Gebr. Jungblut
Halle a. S., Albrechtstr. 37

Gasthaus „Zur goldenen Tonne", Weißenfels
Heute Sonnabend findet das
erste Nachtschlachtefest
statt. Dazu ladet freundlichst ein 169 Der fanfte Hugo

Masken für Damen und Herren in großer Auswahl v. 3.50 an
Zeugner & Riebel
Ob. Leipziger Straße 61-62, Hof, 2 Treppen

Möbel
zu außergewöhnlich niedrigen Preisen und günstigen Bedingungen kauft man im
Möbelhaus Möllmann
Wittenberg
Bezirk Halle
Collegienstraße Nr. 74
Telephon 2220 166

Wir suchen
Kassierer u. Werber
in Jessen, Kemberg, Kleinwittenberg, Piesteritz, Pratau und Zahna. Gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierte Kollegen, die in der Lage sind, den bereits geschaffenen Bestand weiter auszubauen, wollen sich schriftlich wenden an die Rechnungsstelle der
Volksfürsorge
Wittenberg-Bez. Halle
Kurfürstenstraße 15

Freitag früh 7½ Uhr entschlief sanft, infolge Gehirnschlages, unsere liebe Mutter, Schwester und Großmutter im Alter von 63 Jahren, Frau
Mathilde Siedersleben
geb. Rannenberg.
Dies zeigen an
Die trauernden Hinterbliebenen
Trauerfeier zur Einäscherung findet Montag 14½ Uhr auf dem Gertraudenfriedhof statt.

171 **Danksagung!**
Für die liebevolle Anteilnahme beim Hinscheiden unseres teueren Entschlafenen
Gustav Pillert
sagen wir allen Verwandten u. Bekannten, seinen Arbeitskollegen und Meistern des Neumarkts unseren herzlichen Dank.
Besonders danken wir dem Arbeiter-Gesangverein Ammendorf, sowie Herrn Schreyer für seine trostreichen Worte am Grabe
An alle Trauer
Frau Marie Pillert u. Kinder nebst Eltern u. Geschwister
Ammendorf, den 22. Januar 1931

Oeffentlicher Vortrag

Der Schriftsteller u. ehemalige Biologe am Kaiser-Wilh.-Institut, Bromberg
Ferdinand Vergin-Berlin
spricht am **Montag, dem 26. Januar 1931,** abends 8 Uhr im **Wintergarten, Halle,** Magdeburger Straße 66, über:
Die Sünde wider das Brot
Aus dem Inhalt:
Der Irrtum der Kalorienlehre — Tragödien durch falsche Ernährung — Weißbrotverzehr und Magenkrankheiten — Der Irrtum des Brotgesetzes — Vernünftige Zubereitung des Brotes durch Anwendung des Steinmetz-Verfahrens
Ferner: Vorführung des hochinteressanten Kulturfilmes
Maschine und Brot
Vortrag und Film gehen alle an, darum ist jedermann herzlich willkommen.
Nach dem Vortrag Fragenbeantwortung
Eintritt frei! Eintritt frei!

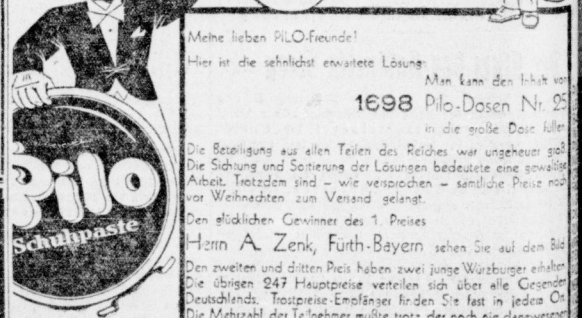
Licht- und Kraftwerke Wittenberg, G. m. b. H.
Wittenberg, Hallesche Str. 32
Installation von: 167
Elektrische Anlagen
Gas- und Wasseranlagen
Lieferung von:
Gas- und Stromgeräten
Beleuchtungskörpern
Auf Miete mit Eigentumserwerb

Thalia-Theater
Heute, Sonnabend, 20 – 22½ Uhr
Der keusche Lebemann
Schwank von Arnold und Bach
Sonntag, 25. 1. 20 – 22½ Uhr
Der Mustergatte
Schwank von Anera Hoppner

Löwen-Apotheke
Wittenberg, Collegien

Billig und doch **gut!**
kaufen Sie alles zu
Einheitspreisen
von 25 50 95
1.45 1.95 2.
bei
Carl Reiter, Weißenfels, Judenstr. 8
Bitte um Besichtigung der ausgestellten Waren

Die **LÖSUNG** der grossen **PILO-Preisfrage**



Meine lieben PILO-Freunde!
Hier ist die sehnlichst erwartete Lösung:
Man kann den Inhalt von
1698 Pilo-Dosen Nr. 25
in die große Dose füllen.
Die Bezeichnung aus allen Teilen des Reiches war ungeheuer groß. Die Sichtung und Sortierung der Lösungen bedeutete eine gewaltige Arbeit. Trotzdem sind – wie versprochen – sämtliche Preise noch vor Weihnachten zum Versand gelangt.
Den glücklichen Gewinner des 1. Preises
Herrn A. Zenk, Fürth-Bayern
sehen Sie auf dem Bild.
Den zweiten und dritten Preis haben zwei junge Würzburger erhalten.
Die übrigen 247 Hauptpreise verteilen sich über alle Gegenden Deutschlands. Trostpreise-Empfänger für den Sie fast in jedem Ort.
Die Mehrzahl der Teilnehmer mußte trotz der noch nie dagewesenen Zahl von 10950 Preisen leider leer ausgehen. Ihnen gilt mein ganz besonderes Dank für das Interesse an Pilo und der großen Pilo-Preisfrage.
Hören Sie alte auf meinen Rat:
Denken Sie beim Einkauf immer an Pilo! Informieren Sie sich über alle Pilo-Erzeugnisse.
Man kann nie wissen, was kommt!
Der PILO-PETER
PILO-HARTPASTE, PILO-SCHUHWEISS, PILO-FLÜSSIG DAS FAMOSE PRODUKT FÜR FEINES LEDER ALLER FARBEN, PILO-SPEZIAL-SCHUHCREME IN DER TUBE, PILO-LACKLEDER POLITUR

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310124-15/fragment/page=0012